

REFORMPAKET DER MIT

**Wie die Wirtschaft
wieder wachsen kann**

EXPERTEN SCHLAGEN ALARM

Droht im Herbst die Pleitewelle?

NEUMITGLIED
WALDEMAR HARTMANN

**„Dürfen uns nicht von der
SPD treiben lassen“**

PROF. RAFFELHÜSCHEN IM INTERVIEW

**„Der Lockdown hat uns
Millionen Lebensjahre
gekostet“**



Elektrisierende Gelegenheit.

Jetzt exklusiv für Businesskunden¹: rein elektrisch Audi e-tron fahren für nur € 399,- pro Monat zzgl. MwSt.



Jetzt digital erleben.
Kosten laut Mobilfunkvertrag.



Sichern Sie sich den Umweltbonus inklusive Innovationsprämie² und das kostenfreie Servicepaket Audi ServiceKomfort³.

Leasingbeispiel für Businesskunden¹: Audi e-tron S line 50 quattro⁴

⁴Stromverbrauch (kombiniert) in kWh/100 km: 23,6–21,4 (NEFZ); 25,4–21,8 (WLTP); CO₂-Emissionen (kombiniert) in g/km: 0; Effizienzklasse: A+. Angaben zu den Kraftstoff-/Stromverbräuchen und CO₂-Emissionen bei Spannbreiten in Abhängigkeit von der gewählten Ausstattung des Fahrzeugs.

€ 399,-

pro Monat zzgl. MwSt.

Leistung:	71 kWh/230 kW
Vertragsdauer:	36 Monate
Jährliche Fahrleistung:	10.000 km
Monatliche Leasingrate:	€ 399,- zzgl. MwSt.
Sonderzahlung (entspricht Bundesanteil am Umweltbonus ²):	€ 5.000,-
Audi ServiceKomfort ³ monatlich:	€ 0,-

Ein Angebot der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Zzgl. Überführungskosten und MwSt. Bonität vorausgesetzt. Nur beim teilnehmenden Audi Partner erhältlich.

¹Das Angebot gilt nur für Kunden, die zum Zeitpunkt der Bestellung bereits sechs Monate als Gewerbetreibender (ohne gültigen Konzern-Großkundenvertrag bzw. in keinem gültigen Großkundenvertrag bestellberechtigt), selbstständiger Freiberufler, selbstständiger Land- und Forstwirt oder Genossenschaft aktiv sind.

²Etwaige Rabatte bzw. Prämien sowie der Herstelleranteil am Umweltbonus sind im Angebot bereits berücksichtigt. Der Erwerb (Kauf oder Leasing) eines neuen Audi e-tron 50 quattro⁴ durch Privatpersonen, Unternehmen, Stiftungen, Körperschaften und Vereine nach dem 18.05.2016 wird mit dem Umweltbonus inklusive Innovationsprämie gefördert, sofern das Fahrzeug nach dem 03.06.2020 und bis zum 31.12.2021 zugelassen und der Erwerb nicht zugleich mit anderen öffentlichen Mitteln gefördert wird. Das Fahrzeug muss im Inland auf den/die Antragsteller/-in zugelassen werden (Erstzulassung) und mindestens sechs Monate zugelassen bleiben. Sofern das Fahrzeug nach dem 04.11.2019 erstmalig zum Straßenverkehr zugelassen wird, beträgt die Höhe des Umweltbonus inklusive Innovationsprämie insgesamt € 7.500,-. Ein Drittel des Umweltbonus wird seitens der AUDI AG direkt auf den Nettokaufpreis gewährt, zwei Drittel des Umweltbonus (Bundesanteil am Umweltbonus inklusive Innovationsprämie) werden nach positivem Zuwendungsbescheid auf Antrag beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) unter www.bafa.de ausbezahlt. Der Antrag auf Gewährung des Bundesanteils am Umweltbonus muss spätestens ein Jahr nach Zulassung über das elektronische Antragsformular unter www.bafa.de eingereicht werden. Auf die Gewährung des Umweltbonus besteht kein Rechtsanspruch und die Förderung endet mit Erschöpfung der bereitgestellten Fördermittel, spätestens jedoch zum 31.12.2025. Nähere Informationen zum Umweltbonus sind auf den Internetseiten des BAFA unter https://www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Elektromobilitaet/Neuen_Antrag_stellen/neuen_antrag_stellen.html abrufbar.

³Beinhaltet Inspektion und Verschleiß der Audi Leasing, Zweigniederlassung der Volkswagen Leasing GmbH, Gifhorner Straße 57, 38112 Braunschweig. Mit identischer Laufzeit-Laufleistungs-Kombination ist die Audi Anschlussgarantie der AUDI AG, Auto-Union-Str. 1, 85045 Ingolstadt, kostenlos zu Audi ServiceKomfort für Neuwagen zubuchbar. Gültig für gewerbliche Einzelkunden inkl. ausgewählter Sonderabnehmer und bis zum 30.09.2020. Laufzeit 12–48 Monate und Fahrleistung bis 32.500 km p. a. Nur für Neuwagen.

Das abgebildete Fahrzeug ist teilweise mit Sonderausstattungen gegen Mehrpreis ausgerüstet.

Foto: Thorsten Schneider vielbauch.de

Neustart mit der Sozialen Marktwirtschaft



MIT:EDITORIAL

*Liebe Herrinnen
und Herr,*

die Folgen des Corona-Virus schlagen noch immer mit voller Wucht durch. Die Arbeitslosenzahlen steigen, noch immer sind Millionen Menschen in Kurzarbeit. In ganzen Branchen liegen die Umsätze weiter am Boden, auch der Außenhandel bleibt schwach.

Deutschland hat die größten Auswirkungen zwar mit großzügigen und schnellen Hilfen aufgefangen. Aber auch ein reiches Land wie Deutschland kann nicht große Teile der Wertschöpfung langfristig aus dem Haushalt ersetzen.

Wir müssen also klug und vorausschauend wirtschaften. Schon jetzt steht fest: Die Weltwirtschaft wird nach Corona eine andere sein. Sie wird nicht nur digitaler sein, auch die globalen Lieferketten werden sich neu anordnen. Die Firmen werden enger zusammenrücken und ihre Lagerhaltung ausweiten. Das macht sie zwar widerstandsfähiger, aber auch weniger profitabel. Zu dem Konzentrationsprozess in der Wirtschaft gesellt sich ein wuchernder Staat, der sich immer mehr beteiligt, immer mehr haftet, immer mehr umverteilt. Beides zusammen – mehr Konzentration und mehr Staat – bremst den Wettbewerb, die Innovationskraft und das Wachstum. Doch gerade Wettbewerb, Innovationen und Wachstum werden in der Nach-Corona-Welt mehr denn je gebraucht! Um hier gegenzusteuern, brauchen wir einen klugen Dreiklang:

Erstens: Wir müssen unseren Unternehmen helfen, über die Akutphase zu kommen – und eine Insolvenzelle im Herbst verhindern. Gleichwohl werden wir als Staat nicht jedes Unternehmen retten können. Einige haben eine zu lange Durststrecke vor sich. Für diese Unternehmen sollten wir das Insolvenzrecht anpassen. Wir brauchen ein Corona-Restrukturierungsinstrument, um die Gläubiger an einen zu Tisch holen. Und wenn die Krise vorbei ist, muss es leichter sein, die Geschäfte fortzuführen. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 19.

Zweitens: Wir müssen den Unternehmen zügig eine Perspektive geben. Sie müssen darauf vertrauen können, dass es sich auch in Zukunft lohnt, in Deutschland zu investieren. Dazu müssen wir auf zusätzliche Lasten in Form von höheren Steuern und Abgaben, Energiepreisen und Bürokratie verzichten. Nur wenn alles, was zusätzlich belastend ist, zurückgestellt wird, können sich die Unternehmen auf die Bewältigung der Krise konzentrieren. Der Koalitionsausschuss hat im April ein entsprechendes „Belastungsmoratorium“ beschlossen. Die Regierung hält sich aber nicht daran. Zudem müssen wir den positiven Schwung aus einigen Entscheidungen, die in der Not geboren wurden, mitnehmen. Der plötzliche Durchbruch von flexibleren Arbeitszeiten und Videokonferenzen zeigt, wie einfach vieles möglich ist. Wir brauchen eine Wachstumsagenda, um den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland fit für die Zeit nach Corona zu machen. Mehr dazu lesen Sie auf Seite 10.

Drittens: Wir werden nur zu Wettbewerb, Innovationen und Wachstum zurückfinden, wenn die Hilfsinstrumente nach der Krise auslaufen, national wie europäisch. Wir brauchen eine klare Exit-Perspektive. Instrumente wie der Wirtschaftsstabilisierungsfonds sind nicht für eine lenkende Industriepolitik gedacht, die europäischen Hilfsprogramme nicht für eine dauerhafte Haftungsvergemeinschaftung.

Wir müssen allen Kräften entgegentreten, die eine Verstaatlichung von Unternehmen und eine Vergemeinschaftung von Haftung vorantreiben wollen. Die Soziale Marktwirtschaft bleibt unser Erfolgsrezept – vor der Krise, in der Krise und nach der Krise!

Herzliche Grüße

Carsten Linnemann
MIT-Bundesvorsitzender

Impressum

Herausgeber:
Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Dr. Carsten Linnemann MdB und den Hauptgeschäftsführer Thorsten Alsleben

Schadowstraße 3, 10117 Berlin
E-Mail: redaktion@mit-bund.de
www.mit-bund.de

Chefredaktion:
Thorsten Alsleben (v.i.S.d.P.)

Chef vom Dienst:
Hubertus Struck

Redaktion:
Micha Knodt
Richard Praetorius

Verlag, Anzeigenleitung und Druck:
Union Betriebs-GmbH (UBG)
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
Telefon: 02226 802-213
Telefax: 02226 802-222
E-Mail: verlag@ubgnet.de
www.ubgnet.de
Geschäftsführer: Jürgen von Meer
Projektleitung: Sonja Bach-Meiers

Art-Direktion:
UBG Büro Berlin

Titelbild:
Stephen Davies/stock.Adobe.com

Druckauflage
3. Quartal/2020:
26 000 Exemplare
Die Mitgliedschaft in der IVW und die daraus resultierende Auflagenkontrolle wird seit dem 1. Quartal 2017 nahtlos fortgeführt.

Anzeigenverkauf:
Nielsen I, II, V, VI
Verlagsvertretung Getz
Telefon: 02205 86179
E-Mail: info@getz-medien.de

Nielsen IIIa, IIIb, IV, VII
Braun Medien GmbH
Telefon: 0202 3178693
E-Mail: info@braun-medien-gmbh.de

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und Verwendung nur mit Genehmigung.
© Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Das Mittelstandsmagazin erscheint sechsmal jährlich. Für Mitglieder der MIT ist der Bezug des Mittelstandsmagazins im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Dieser Ausgabe liegen Beilagen vom VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG und der Google Germany GmbH bei. Wir bitten unsere Leser um freundliche Beachtung.



10

MIT:EDITORIAL
Neustart mit der Sozialen Marktwirtschaft 3
von Carsten Linnemann

MIT:KOLUMNE
Lieferkettengesetz: Die Regierung will zu viel 8
Frank Specht
Der Staat sollte nicht von Unternehmen verlangen, was seine ureigenste Aufgabe wäre.

MIT:TITEL
„Die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft neu entfesseln“ 10
Die MIT hat ein umfassendes Reformkonzept zur Stärkung der deutschen Wirtschaft vorgelegt.

ADVERTORIAL
Gesucht: Hands-on-Mentalität 14

MIT:THEMA
Corona als Chance Mittelständler trotzen der Krise 16
Corona hat viele Mittelständler in Existenznöte gebracht. Manche haben aber auch die Chance genutzt und ihre Unternehmen neu ausgerichtet.

Insolvenzexperten warnen Droht Deutschland jetzt die Pleitewelle? 19
Bislang haben nur wenige Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. Doch bei etlichen Firmen wird nun das Geld knapp.



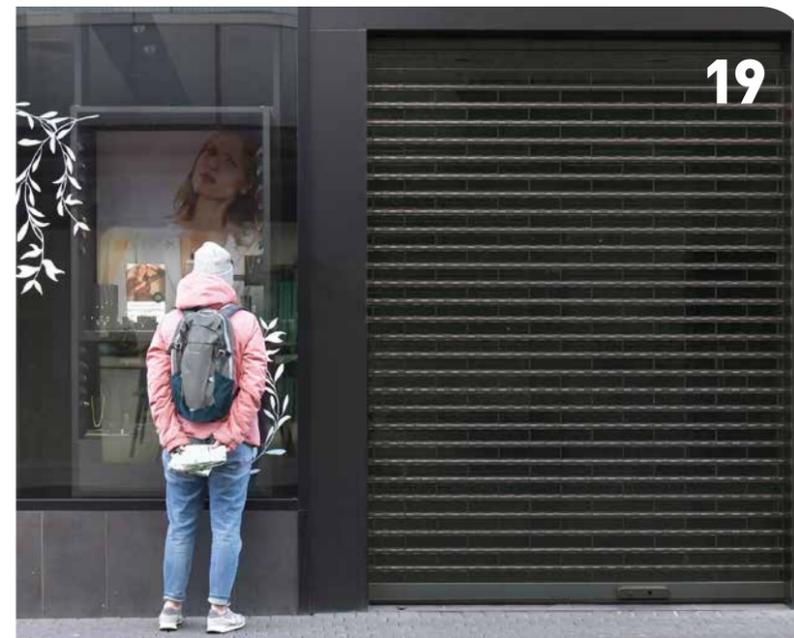
16



22

MIT:INTERVIEW
Bernd Raffelhüschen „Der Lockdown hat uns Millionen Lebensjahre gekostet“ 22
Ökonom Bernd Raffelhüschen rechnet nicht mit einer schnellen Erholung der Konjunktur. Eher dauere es Jahre, bis Deutschland wieder auf dem Wachstumspfad sei.

Waldemar Hartmann „Wovon träumt die SPD nachts?“ 30
ARD-Kulturreporter Waldemar „Waldi“ Hartmann ist der MIT beigetreten. Carsten Linnemann sprach mit ihm über einen möglichen CSU-Kanzlerkandidaten, SPD-Kandidat Olaf Scholz und glattgebügelte Sprache in Sport und Politik.



19



30

MIT:ERKLÄRT
Förderprogramme von Bund und EU Gehört allein dem grünen Wasserstoff die Zukunft? 28
Wie die Bundesregierung und die EU-Kommission die Wasserstofftechnologie fördern wollen.

MIT:DEBATTE
Pro & Contra Braucht die CDU eine Frauenquote? 32
Silvia Breher und Jana Schimke diskutieren.

MIT:FAKTEN 6,9
Liquidität ist das Top-Thema im Mittelstand, die Steuersenkung droht zu verpuffen und die Wirtschaft sieht China zunehmend kritisch.

MIT:INSIDE
EU-Check 34
Mitgliederstatistik 38
Neumitglieder 39

Fotos: Carl-Jürgen Bartsch/stock.adobe.com; Laurence Chaperon; MIT: picture alliance/dpa | Marijan Murat; picture alliance / Foto Huebner | Foto Huebner

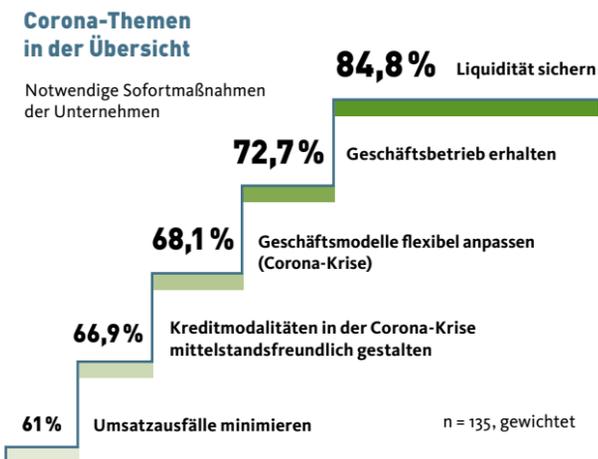


Rentner arbeiten am liebsten in Teilzeit

Gut 39 Prozent der deutschen Unternehmen mit mehr als fünf Mitarbeitern haben 2019 Menschen beschäftigt, die bereits das Renteneintrittsalter erreicht haben. Einer Auswertung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge arbeiten Rentner in rund 32 Prozent der Firmen in Vollzeit, in 43 Prozent der Firmen in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit. Gut drei Viertel der Unternehmen beschäftigen sie als 450-Euro-Kräfte. Wichtiger als Geld sind den Rentnern laut IW die sozialen Kontakte und der Spaß an der Arbeit. Die Studie zeigt auch, dass häufig dort noch ältere Mitarbeiter arbeiten, wo der Altersschnitt generell hoch ist. Zudem sind es vornehmlich einkommensreichere Rentner, die weiter arbeiten.

Liquiditätssicherung ist Top-Thema

Der Mittelstand hat sich nach Ansicht des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn weitgehend auf die „neue Normalität“ nach Corona eingestellt. Laut Zukunftspanel Mittelstand, für das 135 Experten befragt wurden, stehen derzeit die Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit, die Digitalisierung und die Fachkräftesicherung als wichtigste Handlungsfelder im Fokus der Unternehmen. Weniger relevant ist aktuell die Gestaltung der internationalen Beziehungen. Die Experten raten Mittelständlern deshalb dazu, auf heimische Märkte zu setzen. Als aktuelles Top-Thema wird Liquiditätssicherung genannt. Es folgen „Geschäftsbetrieb erhalten“ und „Geschäftsmodelle flexibel anpassen“. Aus Sicht der Experten kommt es nun vor allem darauf an, die Kreditmodalität mittelstandsfreundlich zu gestalten.



Quelle: IfM 2020, eigene Darstellung, Werte gewichtet

Verpufft die Steuer-senkung?

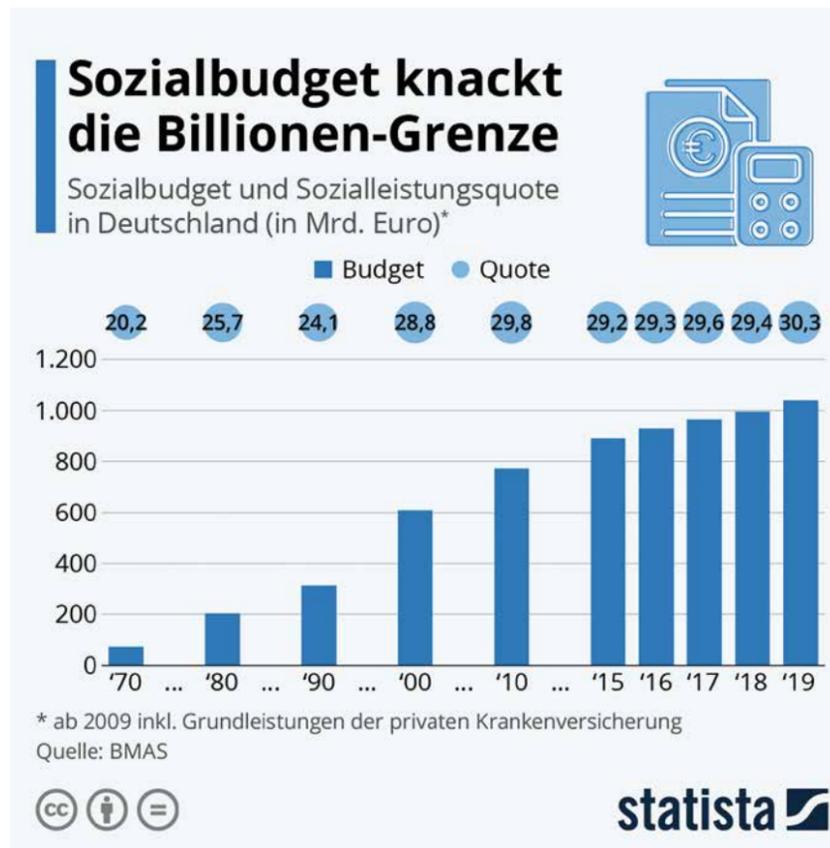


Der deutsche Mittelstand erwartet wenig von der Mehrwertsteuersenkung. Laut einer Umfrage des Mittelstandverbands ZGV rechnen nur 17 Prozent der befragten Betriebe mit einem Konjunkturimpuls. Rund zwei Drittel schätzen die Absenkung als negativ ein und beklagen zusätzlichen Aufwand und Kosten. Eine Mehrheit von 60 Prozent rechnet zum 1. Januar 2021 wegen der Rück-Umstellung zudem mit einem ähnlichen Aufwand wie bei der Absenkung zum 1. Juli 2020. Auch das Haushaltskrisenbarometer des Leibniz-Instituts deutet auf eine Verpuffung hin. 89 Prozent der Konsumenten gaben an, ihre Pläne nicht zu ändern. Sieben Prozent wollen Anschaffungen aus dem nächsten Jahr vorziehen. Nur vier Prozent planen Anschaffungen, die sie sonst nicht gemacht hätten.

Foto: industrieblick/stock.adobe.com

Sozialausgaben steigen weiter

Die Sozialausgaben in Deutschland haben 2019 erstmals die Grenze von einer Billion Euro überschritten. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegt das Sozialbudget bei einer Quote von knapp über 30 Prozent. 2018 waren es 29,4 Prozent, wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitteilt. Der Sozialstaat wächst somit stärker als die Wirtschaft. Das Sozialbudget umfasst Sozialtransfers wie die Sozialhilfe und Grundsicherung, aber auch die Alterssicherung, Krankenversicherung und das Kindergeld. Den größten Anteil der Kosten tragen die Arbeitgeber mit rund 35 Prozent.



Unternehmen hoch verschuldet

Unternehmensschulden nach Ländern im vierten Quartal 2019 (in Prozent des BIP)*



Quelle: BIZ

Vor allem in Frankreich und China sind viele Unternehmen hoch verschuldet. Auch in Japan beträgt die Verschuldung von Unternehmen mehr als 100 Prozent des Bruttoinlandsproduktes des jeweiligen Landes. Das zeigen Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Deutschland liegt mit rund 60 Prozent im unteren Mittelfeld. Die Werte stellen die Situation vor der Corona-Krise dar. Experten rechnen deshalb mit einem deutlichen Anstieg im Jahr 2020, da der Kreditbedarf vieler Unternehmen steigen wird. Gerade in Frankreich finanzieren sich viele große Unternehmen aufgrund der aktuellen Niedrigzinsen über Kredite. In China drängt vor allem die Planwirtschaft die Unternehmen zur hohen Verschuldung.

„Angezählt“



Bei der Mehrheit der deutschen Unternehmen (55 Prozent) hat die Corona-Pandemie den digitalen Wandel vorangetrieben. Das ist das Ergebnis einer Befragung des Ifo-Instituts unter rund 800 Personalleitern. 31 Prozent der Unternehmen führten zum Beispiel Computer-Programme zur Zusammenarbeit im Betrieb ein. Weitere 36 Prozent intensivierten die Nutzung vorhandener digitaler Instrumente.

64 Prozent der Unternehmen planen, häufiger Online-Konferenzen einzuberufen. 61 Prozent wollen Dienstreisen dauerhaft einschränken. Corona brachte auch den Durchbruch für das Homeoffice. 73 Prozent der Unternehmen, die während Pandemie verstärkt auf das Arbeiten von zuhause setzten, planen auch in Zukunft mehr davon anzubieten.

Lieferkettengesetz: Die Regierung will zu viel

Von
Frank Specht

Stellen Sie sich vor, Sie gehen zum Bäcker und kaufen ein Brötchen. Und nun sollen Sie plötzlich nicht nur dafür haften, dass der Bäcker seine Mitarbeiter anständig behandelt, sondern auch dafür, dass der Hersteller der Teigknetmaschine anständige Löhne zahlt und dass beim Anbau des Weizens keine Pestizide die Umwelt verseuchen.

Völlig abwegig? Nicht, wenn man sich anstelle des Brötchenkäufers einen mittelständischen Unternehmer denkt. Er soll künftig dafür Sorge tragen, dass entlang seiner Lieferkette die Menschenrechte eingehalten werden. Dass also etwa Rohstoffe nicht aus Bürgerkriegsgebieten kommen oder Lieferanten keine Kinder für sich arbeiten lassen.

So will es die Regierung. Das entsprechende Gesetz, das Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) vorantreiben, ist aber gleich in mehrfacher Hinsicht fragwürdig.

Erstens: Der Staat darf nicht von Unternehmen verlangen, was seine ureigenste Aufgabe wäre und wo er selbst Probleme hat. Bei jedem Staatsbesuch in China werden die Menschenrechte allenfalls hinter verschlossenen Türen angesprochen, um die diplomatischen Beziehungen zu Deutschlands wichtigstem Handelspartner nicht aufs Spiel zu setzen. Und der kleine Mittelständler mit einem Lieferanten aus China soll jetzt dafür sorgen, dass Uiguren nicht diskriminiert oder die Demokratiebewegung in Hongkong nicht mundtot gemacht wird?



Frank Specht (50) ist wirtschaftspolitischer Korrespondent im Hauptstadtbüro des Handelsblatts in Berlin. Er berichtet vornehmlich über die Themen Arbeitsmarkt und Gewerkschaften.

Zweitens: Ein Unternehmer kann und muss das eigene Handeln verantworten und dafür auch in Haftung genommen werden können. Für die gesamte Lieferkette, die leicht aus Hunderten oder gar Tausenden Gliedern besteht, kann er dies aber unmöglich leisten und darf deshalb auch nicht in Haftung genommen werden.

Drittens: Die Bundesregierung ist nicht gewillt, auf eine Lösung im europäischen oder gar im internationalen Rahmen zu warten. Ein nationaler Alleingang schwächt aber die Wettbewerbsposition der deutschen Wirtschaft. Ihr werden Sorgfaltspflichten aufgebürdet, die Konkurrenten im Ausland nicht haben.

Viertens: Wenn die noch mitten in der Corona-Krise steckenden Unter-

nehmen derzeit etwas nicht gebrauchen können, dann sind es zusätzliche Berichts- und Nachweispflichten. Die Unternehmensbefragung, mit der die Regierung herausfinden wollte, ob eine gesetzliche Regelung überhaupt nötig ist, wurde trotz der Pandemie und mit methodisch fragwürdigem Design durchgezogen. Sie verkommt damit zur Alibi-Veranstaltung für ein Gesetz, das zumindest Teile der Regierung um jeden Preis durchsetzen wollen.

Der Schutz der Menschenrechte ist jedem Mittelständler ein ureigenes Anliegen. Schon weil Investoren oder Kunden es verlangen, wird er in seinem Verantwortungsbereich alles Mögliche tun, um Kinderarbeit oder andere Verstöße zu vermeiden. Denn sonst bedeutet der Reputationsschaden leicht das Ende.

Mehr aber kann von ihm nicht verlangt werden, auch nicht per Gesetz. Weitgehende Haftungsregeln würden nicht nur viele Geschäftsbeziehungen unmöglich machen, sondern im schlimmsten Fall zum Rückzug deutscher Unternehmen aus vielen Entwicklungs- und Schwellenländern führen. Zumindest hinter den eigenen Werkstoren können sie dort aber für anständige Arbeitsbedingungen sorgen. Diesen Beitrag für die Menschenrechte, den die Unternehmer gerne leisten, sollte die Regierung nicht dadurch aufs Spiel setzen, dass sie zu viel will.

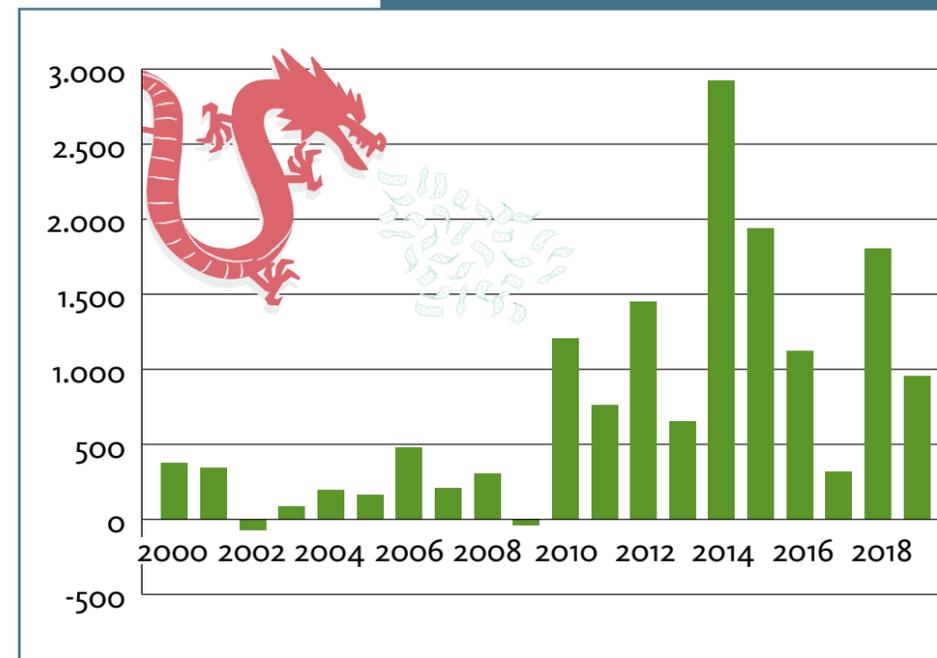
Der Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Foto: Frank Beer

Unternehmen sehen China kritisch

In den vergangenen zehn Jahren haben chinesische Unternehmen verstärkt deutsche Firmen aufgekauft. Flossen zwischen 2000 und 2009 noch höchstens 500 Millionen Euro pro Jahr nach Deutschland, waren es in den Jahren danach oft mehr als eine Milliarde Euro. Erklärtes Ziel Chinas ist es, in den Branchen technologisch aufzuholen, in denen europäische Firmen bislang vorn liegen: etwa in der Autobranche, der Medizintechnik und der Robotik. Deutschland und die EU haben jedoch reagiert und wollen ausländische Direktinvestitionen stärker überprüfen. Das trifft auf Zustimmung: Rund 70 Prozent der im IW-Zukunftspanel befragten Betriebe befürworten Maßnahmen, die Deutschland besser gegen Übernahmen aus China schützen, wenn diese staatlich subventioniert sind oder auf wichtige Sektoren abzielen.

Direktinvestitionen: Chinas Engagement
So viele Millionen Euro an Direktinvestitionen flossen aus China und Hongkong nach Deutschland



Quellen: Deutsche Bundesbank, Institut der deutschen Wirtschaft, © 2020 IW Medien/IWD



Diplomatische Note

Eine Note ist im diplomatischen Verkehr die formelle schriftliche Mitteilung eines Staates an einen anderen Staat. Die diplomatische Note kann von einem Bevollmächtigten unterzeichnet sein (note signée) oder unsigniert mündliche Verhandlungen zusammenfassen (Verbalnote). Der gegenseitige Briefwechsel wird daher Notenwechsel genannt. Mit Noten können völkerrechtlich bindende Verträge abgeschlossen werden. Österreich und Italien zum Beispiel haben im Jahr 1997 so die gegenseitige Anerkennung akademischer Qualifikationen besiegelt. Ein historisches Beispiel sind auch die Stalin-Noten, mit denen der sowjetische Diktator im Jahr 1952 den drei Westmächten vorschlug, Verhandlungen zur Wiedervereinigung eines neutralen Deutschlands aufzunehmen.

Migration größte Bedrohung

Jeder fünfte Europäer betrachtet Migration als größte Bedrohung für die Sicherheit in seinem Land. In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov nannten 21 Prozent der Befragten Einwanderung an erster Stelle, noch vor den Folgen des Klimawandels (17 Prozent). Am häufigsten bewerteten mit 64 Prozent die Griechen die Migration als Bedrohung für die Sicherheit. In Deutschland sind 24 Prozent dieser Meinung. Terrorismus wird von 13 Prozent der Europäer genannt, am häufigsten von den Franzosen (23 Prozent) und Briten (21 Prozent). Die Umfrage zeigt weiter, dass die Hälfte der befragten Bürger in Europa (50 Prozent) Vertrauen in ihre jeweiligen Regierungen haben, die militärische Verteidigung des eigenen Landes zu verbessern. Die Schweden (34 Prozent) und die Deutschen (36 Prozent) haben im Vergleich das geringste Vertrauen.



MIT LEGT WACHSTUMSSTÄRKUNGSPAKET VOR

„Die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft neu entfesseln“

Das Coronavirus hat die deutsche Wirtschaft an die Kette gelegt. Die Einschätzungen darüber, wann sich die Konjunktur wieder vollständig erholen wird, gehen weit auseinander. Klar ist: Um schnell wieder auf den Wachstumspfad zu kommen, sollte die Politik die Unternehmen von Fesseln befreien und auf die Kräfte von Markt und Wettbewerb vertrauen.



Der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende MIT-Vorsitzende Matthias Heider rät zu Optimismus: „Deutschland hat das Potenzial, mit Mut und Zuversicht die Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden und zu neuem Wachstum zu finden.“

Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal so schnell und stark eingebrochen wie noch nie. Das Bruttoinlandsprodukt fiel von April bis Juni um 10,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Sieben Jahre ökonomischen Wachstums wurden so in nur drei Monaten ausradiert. Laut Statistischem Bundesamt handelt es sich um den stärksten Rückgang seit Beginn der vierteljährlichen BIP-Berechnungen im Jahr 1970.

Zuvor hatten bereits die Wirtschaftsweisen ihre Konjunkturprog-

nose für 2020 noch einmal deutlich nach unten geschraubt: Sie rechnen inzwischen mit einem Minus von 6,5 Prozent. Im März war der Sachverständigenrat noch von einem Einbruch des Bruttoinlandsproduktes (BIP) – „im schlimmsten Fall“ – um 5,4 Prozent ausgegangen.

„Die Corona-Pandemie wird voraussichtlich den stärksten Einbruch der deutschen Wirtschaft seit Bestehen der Bundesrepublik verursachen“, sagt Lars Feld, Vorsitzender des Sachverständigenrates. Zwar dürfte die Wirtschaft 2021 bereits wieder wach-

Fotos: MIT

sen. Doch Feld warnt: „Eine Rückkehr auf das Niveau des BIP vor der Pandemie ist nicht vor dem Jahr 2022 zu erwarten.“ Auch das Münchener Ifo-Institut rechnet eher mit zwei verlorenen Jahren: „Das bedeutet, dass Deutschland wie andere Länder auch einen permanenten Wohlstandsverlust erleidet“, sagt Ifo-Chef Clemens Fuest.

Eine düstere Prognose gibt der Freiburger Ökonom Bernd Raffelhüschen ab: „Der jetzige Zusammenbruch aller globalisierten Wertschöpfungsketten führt dazu, dass wir optimistisch betrachtet erst in einigen Jahren, vielleicht sogar erst in zehn Jahren, wieder den Wachstumspfad erreichen werden, auf dem wir zuvor waren“, sagt er im Interview mit dem Mittelstandsmagazin (siehe Seite 22). Grund sei eine nachhaltige Verhaltensveränderung der Bevölkerung.

Wachstumsstärkungspaket

Was Feld, Fuest und Raffelhüschen eint: Sie alle mahnen langfristige, strukturelle Reformen an. Darauf setzt auch ein umfassendes Wachstumsstärkungspaket, das der MIT-Bundesvorstand Ende Juli verabschiedet hat. „Unser primäres wirtschaftspolitisches Ziel muss es sein, wieder Vertrauen in die Märkte zu schaffen und neues Wachstum zu generieren“, sagt Matthias Heider, stellvertretender MIT-Bundesvorsitzender und Vorsitzender der federführenden Wirtschaftskommission. „Dazu müssen wir Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf den Weg bringen und vor allem die bürokratischen Belastungen abbauen, mit denen sich gerade unsere mittelständischen Unternehmen herumschleppen.“ Dorin Müthel-Brenncke, ebenfalls MIT-Vize und Co-Vorsitzende der Wirtschaftskommission, betont: „Im Fokus sollen die Unternehmen stehen, die vor der Krise erfolgreich waren und nur wegen der Pandemie ausgebremst wurden.“



Dorin Müthel-Brenncke ist MIT-Vize und führt einen Dachdecker- und Zimmereibetrieb. Sie kritisiert die Undurchsichtigkeit der Förderpakete für den Mittelstand.

Steuerlast senken

Das Wachstumsstärkungspaket setzt auf die Felder Steuern, Finanzierung, Investitionen, Förderungen, Ausschreibungen und Bürokratie. Die im internationalen Vergleich hohen Unternehmenssteuern sollen gesenkt werden. Gewinne, die im Unternehmen verbleiben, sollen deutlich niedriger besteuert werden. Einzelunternehmern und Personengesellschaften will die MIT die Möglichkeit geben, wie eine Kapitalgesell-

„Die Corona-Pandemie wird voraussichtlich den stärksten Einbruch der deutschen Wirtschaft seit Bestehen der Bundesrepublik verursachen.“

Lars Feld,
Vorsitzender des Sachverständigenrates

schaft besteuert zu werden – und umgekehrt auch. Bürger sollen über die Einkommensteuer und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags entlastet werden. Neben der Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge sieht das Konzept unter anderem eine dauerhafte und vereinfachte Absenkung der Mehrwertsteuersätze sowie eine Verbesserung der steuerlichen Rücktrags- und Abschreibungsmöglichkeiten vor.

Finanzierung verbessern

Im Bereich Finanzierung fordert die MIT, dass vor allem für leistungsstarke Unternehmen ein einfacherer Zu-



Das Wachstum ist infolge der Pandemie stark eingebrochen. Die MIT fordert deshalb Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

gang zu Finanzierungen geschaffen wird. „Das darf nicht an überzogenen Sicherungsanforderungen der Kreditwirtschaft scheitern“, stellt Heider klar. Liquiditätshilfen in Form von Krediten seien nur eine vorübergehende Lösung. Neben den KfW-Darlehensprogrammen müssten auch flexiblere Angebotslinien der Bürgschaftsbanken und Beteiligungsgesellschaften sichergestellt sein. Das gelte insbesondere für Unternehmen mit bis zu zehn Mitarbeitern.

„Viele Strukturen stammen aus vergangenen Zeiten und passen heute nicht mehr.“

Dorin Müthel-Brenncke

Investitionen in die öffentliche Infrastruktur müssen nach Ansicht der MIT schneller fließen. Dazu bringt die MIT eine Aufstockung der Förderquoten und gezielte Förderprogramme für Kommunen ins Gespräch. Priorität soll die Förderung der energetischen Infrastruktur haben, beispielsweise Stromtrassen, Off-shore-Anlagen oder Wasserstofftankstellen. Finanzdienstleistungen und –instrumente wie Leasing und Mietkauf sollen gestärkt werden, da sie Investitionen anschieben.

Förderprogramme vereinfachen

„Einer der größten Engpässe bei Förderungen von Investitions-, Innovations- und Forschungsvorhaben ist

deren Undurchsichtigkeit für den Mittelstand“, sagt Müthel-Brenncke, die einen Dachdeckerbetrieb in Schwerin führt. Daher sei ein leicht verständliches Förderpaket nötig, das die Förderung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Blick nimmt. Das Förderpaket soll auch die Digitalisierung des Schulunterrichts verbessern. „Jeder Schüler muss digital am Unterricht teilnehmen können, wenn Präsenzunterricht nicht möglich ist“, sagt Müthel-Brenncke. Darüber hinaus will die MIT die Innovationsprogramme ZIM und INNO-KOM mit mehr Mitteln ausstatten.

Ausschreibungen sollen nach Ansicht der MIT sicherstellen, dass Produkte wie Schutzausrüstungen oder Arzneimittel auch im Krisenfall zugänglich sind. Die Wertgrenzen für freihändige Vergabe will die MIT erhöhen. Die Haushaltsvorschriften von Bund und Ländern sollen so geändert werden, dass der Staat Rechnungen der Privatwirtschaft schneller begleicht. Eine Startup-Klausel im Vergaberecht soll es Gründern ermöglichen, sich auch ohne größere Referenzprojekte an Ausschreibungen zu beteiligen.

Belastungen reduzieren

„Jetzt in der Krise ist die Zeit zu hinterfragen, ob alles, was dem Mittelstand an Berichts- und Dokumentationspflichten auferlegt wird, auch künftig abgefordert werden muss“, sagt Matthias Heider. Statt dem Mittelstand mit Misstrauen und Kontrolle zu begegnen, müsse der Staat auf Vertrauen setzen. Die MIT fordert unter anderem einen „One-Stop-Shop“ für sämtliche Unternehmensdaten bei Behörden. So müssten Daten nur einmal erfasst werden. Neue Gesetze, die zusätzliche Bürokratie bringen, sollen nach drei Jahren automatisch auslaufen. Gründer sollten in den ersten Jahren von vielen Auflagen befreit werden. Sämtliche Verwaltungsvorgänge sind zu digitalisieren, Arbeitszeiten ohne Frist zu flexibilisieren.

Solide Finanzen und Strukturen

Den in der Corona-Krise aufgehäuften Schuldenberg sollte die Bundesregierung schnellstmöglich wieder abbauen. „Ab 2022 sollten keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Bis spätestens 2032 muss Deutschlands Defizit wieder unter der 60-Prozent-Marke liegen“, fordert Heider. „Sobald die Steuereinnahmen wieder steigen, müssen wir zu der von der MIT lange geforderten Drittel-Regelung kommen: Je ein Drittel der Mehreinnahmen müssen in Schuldentilgung, steuerliche Entlastung und Zukunftsinvestitionen fließen.“ Die Sozialbeiträge sollen bei maximal 40 Prozent gedeckelt werden.

Heider und Müthel-Brenncke fordern insgesamt mehr Mut, quer zu denken: „Viele Strukturen stammen aus vergangenen Zeiten und passen

heute nicht mehr“, so Müthel-Brenncke. Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern müssten neu verteilt, die Finanzierung neu geregelt werden. Mehr Mut sei auch in der Gesetzgebung gefragt. „Es muss die Möglichkeit geben, Alternativen zur aktuellen Regulierung auszuprobieren oder neue Ideen auch ohne langwierige Gesetzgebungsänderungen durchzusetzen“, findet Müthel-Brenncke. Das MIT-Konzept sieht deshalb Experimentierklauseln vor, mit denen in festgelegten Bereichen vom Gesetz abgewichen werden kann. Für die Ministerien von Bund und Ländern sieht die MIT einen Einstellungs- und Verbeamtungstopps vor: Für jede neue Stelle müsse in anderen Bereichen eine Stelle abgebaut werden.

„Neues Wachstum möglich“

Die MIT fordert nun, dass diejenigen

Maßnahmen, die der Bundestag nicht bereits beschlossen hat, in einem Wachstumsstärkungsgesetz gebündelt und zeitnah umgesetzt werden. „Wir wollen die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft neu entfesseln. Der deutsche Mittelstand lebt vom Wettbewerb in Rahmenbedingungen, in denen er seine besonderen Stärken wie Flexibilität, Leistungsfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft entfalten kann“, sagt Heider, der zu Optimismus aufruft: „Deutschland hat das Potenzial, mit Mut und Zuversicht die Folgen der Corona-Pandemie zu überwinden und zu neuem Wachstum zu finden.“



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

Anzeige

wachsen MIT DER IBB

Für Unternehmen, die wachsen

Sie suchen die passende finanzielle Förderung, damit sich Ihr Geschäft vergrößern kann? Wir haben sie. Kompetent, zuverlässig und mit dem Ziel, Ihr Unternehmen langfristig erfolgreich zu machen. Sprechen Sie mit uns!
Hotline Wirtschaftsförderung: 030 / 2125-4747

ibb.de/wachsen

**Investitionsbank
Berlin**

Gesucht: Hands-on-Mentalität

In Corona-Zeiten werden Unternehmensgründungen rar. Die Branchenmesse deGUT – Deutsche Gründungs- und Unternehmertage – will sich dem entgegenstemmen und Mut machen. Denn: Deutschland braucht die Vielfalt seiner KMU, der kleinen und mittleren Unternehmen. Vom 9. Oktober an findet sie in Berlin-Treptow statt.

Wenn Anne Lemcke über ihre Motivation redet, Familienunternehmerin zu werden, gerät sie schnell ins Schwärmen: „Mein Mann Stefan und ich wollten schon immer gerne etwas machen was man in der Hand halten kann. Dass du sagen kannst: Das ist unser Produkt, das haben wir gemacht.“ Herausgekommen war eine erfrischend neue Handelsmarke in einem ziemlich alten Handelssegment: Bei „Ankerkraut“ gibt es seit 2013 Gewürze und Tees, allerdings in völlig neuen Kreationen und Geschmacksvarianten wie „Bambus-salz“ oder „Chili-Flockensalz“. Vor dem

Weindepot – Gewürze und Gewürzmischungen dieser Qualität finden überall dankbare Abnehmer. Natürlich auch im Online-Selbstvertrieb.

Das ist eine der Erfolgsgeschichten, die auf der deGUT präsentiert werden, auch um Nachahmer auf den Geschmack zu bringen. Denn der Weg in die Selbstständigkeit ist – von wegen „selbst und ständig“ – noch immer steinig. Tillmann Stenger, Vorstandsvorsitzender der ILB, gibt die Rezeptur der deGUT Preis: „Die Messe ist eigentlich ein Marktplatz für Information über Gründung, Coaching für Gründer, vor allem auch Networking.“ Im vergangenen Jahr hatten sich 6.000 Teilnehmer eingefunden, um sich mit den rund 130 Ausstellern über die Absichten und Ideen für den Weg in die Selbstständigkeit auszutauschen. Wie viele es in diesem Jahr werden, kann vor dem Hintergrund der Corona-Beschrän-

kungen nicht abschließend gesagt werden. Doch die Veranstalter sind zuversichtlich.

Dass ein lebendiger Mittelstand für den Wirtschaftsstandort Deutschland überlebensnotwendig ist, davon ist auch der Mittelstandsbeauftragte

„Ein zweiter Lockdown würde gerade den Mittelstand massiv gefährden.“

Thomas Bareiß,
Mittelstandsbeauftragter

der Bundesregierung, Thomas Bareiß, überzeugt. Er warnt deshalb vor einem erneuten Lockdown aufgrund steigender Infektionszahlen: „Ein zweiter Lockdown würde gerade den Mittelstand massiv gefährden“, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland. Sinnvoller als nationale seien regionale Maßnahmen. Mit den politischen Hilfsmaßnahmen habe die Regierung zwar viel getan, um wirtschaftliche Auswirkungen abzufedern. „Allerdings sind trotz starker mittelständischer Strukturen die Unternehmen nicht unbegrenzt belastbar“, so MIT-Mitglied Bareiß.

Autor: Manfred Löhr

„Die Messe ist vor allem Networking.“

Tillmann Stenger,
Vorstandsvorsitzender der ILB

Hintergrund eines stetig steigenden Interesses an der kreativen Zubereitung von Speisen gehören Hamburgs einflussreiche Gewürzhändler mit inzwischen 70 Mitarbeitern zum Who-is-who des deutschen Gewürzmarkts. Der Erfolg gibt dem Ehepaar recht: Bis heute ist „Ankerkraut“ in rund 4.000 Geschäften deutschlandweit vertreten. Ob Supermarkt, Feinkostladen oder

Deutsche Gründer- und Unternehmertage

Deutschlands beliebteste Messe rund um die Themen Existenzgründung und Unternehmertum

**9. – 10. Oktober,
jeweils von 10 – 18 Uhr**

ARENA Berlin (Treptow)
www.degut.de

JETZT GEHT'S APP IN DIE ZUKUNFT.

Mit dem Förderprogramm „Digital Jetzt“ sichern Sie durch digitale Innovationen Ihre Wettbewerbsfähigkeit.

**JETZT
BEANTRAGEN!**

bmwi.de/digital-jetzt



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Investitionen von heute.
Erfolg von morgen.



Corona hat viele Mittelständler in Existenznöte gebracht. Manche haben aber auch die Chance genutzt und ihre Unternehmen neu ausgerichtet. Wir zeigen zwei Mittelständler, die mit innovativen Lösungen ihr Know-how zur Hilfe gegen das Coronavirus einsetzen konnten: Der eine baut mobile Labore, der andere stellt Desinfektionsmittel her. Beide müssen um Zulassungen und Zertifizierungen kämpfen.

Als die Reifen in der Formel 1 wegen der Corona-Zwangspause im Frühjahr stillstanden, geriet auch das Geschäft der Bischoff + Scheck AG ins Stocken. Der Fahrzeugbauspezialist aus Rheinmünster in Baden-Württemberg produziert unter anderem Pferdetransporter, TV-Übertragungswagen, aber auch Logistikfahrzeuge für die Formel 1. „Wir haben Bereiche, die komplett brach liegen. Manches kommt gerade langsam, mit großem Aufwand wieder ins Rollen. Aber die Auswirkungen sind dramatisch“, sagt Geschäftsführer Bernd Bischoff. Das Coronavirus zwang den Fahrzeugbauer, wie viele andere Unternehmen, zum Umdenken. Da kam Bischoff eine Idee: „Wir haben vor zwölf Jahren zusammen mit dem Fraunhofer-Institut für Biomedizinische Technik begonnen, mobile Labore zu bauen. Damals ging es zum Beispiel um das Ebolavirus in Afrika“, berichtet er. „Das Labor ist heute noch in Afrika im Einsatz. Nun wollten wir ein mobiles Labor gegen Covid-19 bauen.“ Ein solches Labor soll in Firmen mit Verdachtsfällen oder in Schulen oder aktuell auch in Flughäfen eingesetzt werden können – überall dort, wo schnell hohe Testkapazitäten mit schnellen Ergebnissen gefragt sind.

Fotos: picture alliance/dpa | Marijan Murat; Nikolay Kazakov

USA fegt Markt leer

Das technische Know-how war bei Bischoffs Firma bereits vorhanden. „Am Anfang war es die größte Herausforderung herauszufinden, welche Tests überhaupt offiziell anerkannt

sind“, sagt Bischoff. Auch die Verfügbarkeit der Tests sei ein Problem gewesen. Gerade die USA hätten zu Beginn der Pandemie die Tests vom Markt weggekauft. Zudem musste das Unternehmen ein logistisches Konzept erarbeiten. „In dem Moment, in dem ein Covid-19-Patient in die Arztpraxis kommt, ist die Praxis kontaminiert. Der Arzt und das medizinische Personal müssen dann unter Umständen in Quarantäne“, so Bischoff.

Das mobile Labor ist nach einem positiven Corona-Test hingegen sehr schnell wieder einsatzbereit. Speichelproben oder Blutentnahmen finden über eine Durchreiche-Schleuse statt. So wird durch konstruktive Maßnahmen das Übertragungsrisiko minimiert. Das Labor hat zwei voneinander getrennte Testräume. Sollte in einem der Räume ein positiver Corona-Fall entdeckt werden, kann in dem zweiten Raum weiter getestet werden. Ist eine Probe positiv, wird die betroffene Person erneut mit einem PCR-Test nachgetestet. Ist auch diese Probe positiv, wird der kontaminierte Behandlungsraum durch die integrierte UV-Bestrahlung desinfiziert. Dies dauert etwa 20 Minuten. Danach kann der Untersuchungsablauf fortgesetzt werden. Bis zu 600 Tests können pro Tag im mobilen Labor durchgeführt werden.

Arbeitsstättenverordnung bremst

„Für den Bau des ersten Labors haben wir rund vier Monate gebraucht“, berichtet Bischoff. Einen Großteil dieser Zeit nimmt die Entwicklung und der Zertifizierungsprozess in Anspruch. „Wenn das erledigt ist, ist der Rest reine Produktion. Wir sind in der Lage, 30 bis 40 mobile Labore schnell fertig zu stellen.“ Doch bislang steht das bereits gebaute Labor ungenutzt auf dem Firmengelände. Denn es fehlt noch eine Zulassung: neben den medizinischen Anforderungen muss auch die Arbeitsstättenverordnung eingehalten und nachgewiesen werden. Spätestens Mitte September soll auch das abgeschlossen sein. „Dass der Einsatz des Labors an der Arbeitsstättenverordnung scheitert, ist nicht zu erwarten. Die Politik ist sich aber nach wie vor nicht einig, ob sie mehr testen lassen will oder nicht“, findet Bischoff. Zwar habe es Anfragen aus der Politik gegeben. „Das war aber nie verbindlich, sondern nur für den Fall der

CORONA ALS CHANCE

Mittelständler trotzen der Krise



Mobillabor statt Motorsport: Bernd Bischoff rüstete in der Krise um.



Regierte schnell auf die Krise: MIT-Mitglied und Pharma-Spezialist Dirk Hüttenberger

Fälle, dass die Krise wieder schlimmer wird. Und dann muss es bekanntlich ja wieder ganz schnell gehen“, kritisiert er. Stattdessen würden vielerorts eigene Testzentren aufgebaut, an denen lediglich die Abstriche durchgeführt werden können. Der eigentliche Test muss dann aber wieder in externen Laboren durchgeführt werden. Deren Kapazitäten sollten aber wieder ihren ursprünglichen Aufgaben vor der Pandemie zurückgeführt werden. „Wenn die Pandemie überstanden ist, etwa weil ein Impfstoff gefunden wurde, sind die Testzentren obsolet. Die mobilen Labore hingegen können weiterhin genutzt werden“, sagt Bischoff. Dieses Vorgehen kann der Kraftfahrzeugbaumeister nicht nachvollziehen: „Aus dem Mittelstand, aus der Wirtschaft kommen gerade in der Krise gute Initiativen und Lösungen. Die Politik lässt davon aber vieles ins Leere laufen. Dafür fehlt mir jedes Verständnis.“

Desinfektionsmittel statt Krebsmedikament

Bessere Erfahrungen mit der Politik hat Dirk Hüttenberger gemacht. Das Landesvorstandsmitglied der MIT Rheinland-Pfalz arbeitet als Leiter für Forschung und Entwicklung bei der Synverdis GmbH. Das Heidelberger Forschungsunternehmen hat sich auf die Behandlung von Krebs spezialisiert. „Wir stellen Krebsmedikamente her, machen klinische Studien und arbeiten dazu mit Kliniken zusammen. Wir haben ein Medikament, das sehr erfolgreich gegen Krebs eingesetzt werden kann, aber noch zugelassen werden muss“, berichtet Hüttenberger. Die Kliniken, mit denen die Forscher für die Studien zusammenarbeiten, hätten in der Coronakrise keine Patienten mehr gehabt. „Wir planen aktuell eine Phase-3-Studie für unser Krebsmedikament. Das ist die letzte Phase vor der Zulassung, da braucht man viele Patienten“, erklärt er. Da es zu wenig Patienten gab, musste die weitere Entwicklung des Krebsmedikaments vorerst eingestellt werden.

„Wir haben dann entschieden, Desinfektionsmittel herzustellen und Apotheken direkt zu beliefern“, sagt Hüttenberger. Dazu ist eine spezielle Genehmigung erforderlich. „Da muss ich wirklich ein Lob an die Behörden aussprechen – wir hatten die Genehmigung innerhalb von 48 Stunden.“ Daraufhin musste Synverdis entscheiden, welche der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zugelassenen Rezepturen für Desinfektionsmittel genutzt werden soll und wie sie die Rezepturen möglichst effizient mischen können.

„Wichtig war, dass wir die Rezeptur mit den bereits vorhandenen Geräten herstellen können. Neuanschaffungen wären zu teuer gewesen.“

Mittelstand ist in der Krise flexibel

Es dauerte zwei Wochen, das Labor umzustellen. „Wir mussten möglichst effizient produzieren, sonst wäre die Produktionsmenge gar nicht rentabel gewesen“, erklärt Hüttenberger. Erschwert wurde die Umstellung durch einen Artikel im Deutschen Ärzteblatt. Dort hieß es, die WHO-Rezepturen seien nicht mehr ausreichend wirksam gegen resistente Krankenhauskeime. „Wir waren dann noch einmal zwei Wochen damit beschäftigt, unsere Produktion für die neue Rezeptur umzustellen.“ Hier hätte sich aber die Stärke des Mittelstands gezeigt: „Bei uns sind die Entscheidungswege kurz. Eine Situation verändert sich und wir passen uns schneller an als die großen Betriebe“, sagt Hüttenberger stolz. Diese Flexibilität zahlte sich aus. Synverdis war eine der ersten Firmen, die die neue Rezeptur ausliefern konnte.

Das Unternehmen produziert rund 700 Liter Desinfektionsmittel in der Woche. „Zeitweise haben wir die benötigten Rohstoffe gar nicht mehr bekommen. Die Preise für Alkohol sind teils um das Siebenfache angestiegen. Meine Mitarbeiter haben wie Börsenhändler am Telefon gesessen, um Alkohol einzukaufen“, berichtet das MIT-Mitglied. Auch Handschuhe und Schutzmasken waren schwer zu bekommen – und deutlich teurer. Überhaupt seien die Gewinnmargen bei Desinfektionsmitteln deutlich kleiner als bei Krebsmedikamenten. „Dafür haben wir hier keine Kosten für Forschung und Entwicklung. Für die Erforschung unseres Krebsmedikamentes haben wir bislang 15 Millionen Euro investiert, zehn Millionen werden nochmal dazu kommen.“

Mittlerweile sinkt die Nachfrage nach Desinfektionsmitteln. Synverdis baut deswegen ein weiteres Standbein auf. Das Medikament Remdesivir habe sich als wirksame Arznei für besonders schwere Corona-Fälle erwiesen, sagt Hüttenberger. „In einigen Fällen kann es den Unterschied zwischen Leben und Tod machen.“ Inzwischen haben die Heidelberger den Wirkstoff eingekauft und können nun ein Medikament daraus herstellen. „Für die Zulassung fehlen uns aber auch hier, Gott sei Dank, Patienten für eine Studie. Es gibt in Deutschland schlicht zu wenige Corona-Fälle“, sagt Hüttenberger. Aber auch das kann sich ja schnell ändern. ●



Micha Knodt
Volontär
knodt@mit-bund.de



INSOLVENZEXPERTEN WARREN

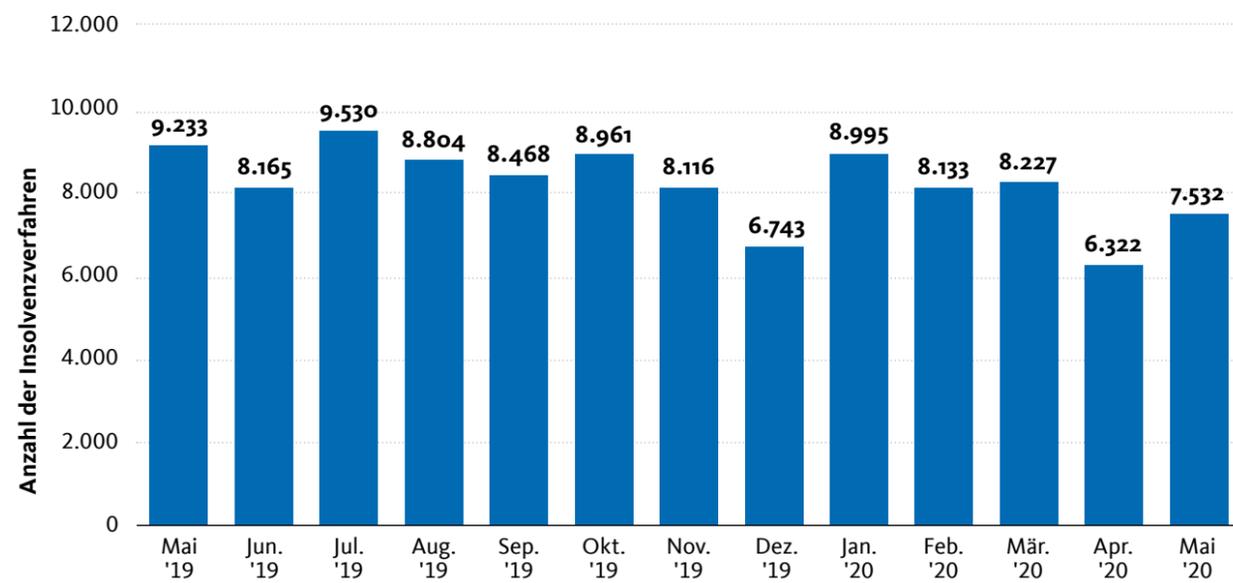
Droht Deutschland jetzt die Pleitewelle?

Dank der umfangreichen Corona-Rettungsmaßnahmen haben bislang nur wenige Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. Doch bei etlichen Firmen wird zunehmend das Geld knapp. Rollt jetzt eine Insolvenzwelle an?

Auf den ersten Blick wirkt es paradox: Die Corona-Pandemie hat Deutschland und die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt, die Umsätze brachen in vielen Branchen monatelang ein. Und doch sind die Unternehmensinsolvenzen in Deutschland rückläufig. Im Mai 2020 haben die deutschen Amtsgerichte 1.504 Unternehmensinsolvenzen gemeldet. Das waren nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 9,9 Prozent weniger als im Mai 2019. Die meisten Insolvenzen gab es im Handel (247) und Baugewerbe (235). Im Gastgewerbe wurden im Mai bloß 164 Insolvenzanträge gemeldet. Im Schnitt waren die Unternehmen allerdings größer als vor einem Jahr, denn die voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger lagen mit knapp 3,1 Milliarden Euro deutlich über der Summe des Vorjahresmonats von 2,5 Milliarden Euro. Der rückläufige Trend soll sich nach Einschätzung des Statistischen Bundesamtes im Juli sogar deutlich verstärken. Dann könnte es schätzungsweise 29 Prozent weniger eröffnete Unternehmensinsolvenzverfahren geben.

Insolvenzantragspflicht ausgesetzt

Ursächlich für diese Entwicklung dürfte vor allem die seit März ausgesetzte Insolvenzantragspflicht sein. Das heißt: Ist eine Firma überschuldet und kann ihre Zahlungsverpflichtungen nicht bedienen, ist der Geschäftsführer derzeit nicht wie sonst verpflichtet, innerhalb von drei Wochen den Antrag auf Insolvenz beim zuständigen Amtsgericht einzureichen. Voraussetzung dafür ist, dass das Unternehmen vor dem 31. Dezember 2019 noch nicht zahlungsunfähig war. Die Regelung gilt bis zum 30. September 2020.



Quelle: Statista 2020

Anzahl der Insolvenzverfahren insgesamt in Deutschland von Mai 2019 bis Mai 2020

Folgt auf die derzeitige Ruhe also im Herbst der Sturm? Darauf deutet eine Studie der Wirtschaftsauskunftei Creditreform hin. Danach werden immer mehr offene Rechnungen nur noch mit Verspätung bezahlt. Die Auskunftei hat rund 3,5 Millionen Rechnungsbelege aus dem ersten Halbjahr ausgewertet. Die durchschnittliche Verzugsdauer bei offenen Rechnungen stieg demnach im ersten Halbjahr auf 10,82 Tage. Mit 2.188 Euro lag der Durchschnittsbetrag der verspätet bezahlten Rechnungen außerdem um gut fünf Prozent über dem Vorjahresniveau.

Kettenreaktion droht

„Insgesamt hat die Krise einen spürbaren Druck auf die Liquidität erzeugt“, sagt Patrik-Ludwig Hantzsch, Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform. „Damit droht eine Kettenreaktion insbesondere in stark verflochtenen Wirtschaftsbereichen bis hin zu vermehrten Insolvenzen.“ Um den gestiegenen Ausfallrisiken entgegenzuwirken, hätten Kreditgeber und Lieferanten ihre Zahlungsziele bereits gekürzt. „Insbesondere kleineren Unternehmen werden nicht mehr

„Die Aussetzung der Insolvenzantragpflichten führt dazu, dass zahlungsunfähige und überschuldete Unternehmen andere anstecken und infizieren.“

Jörn Weitzmann, Rechtsanwalt

so lange Zahlungsziele eingeräumt“, sagt Hantzsch. Negative Auswirkungen der Pandemie auf das Zahlungsverhalten ließen sich vor allem in der Industrie und in Exportbranchen beobachten.

Der Kreditversicherer Euler Hermes rechnet deshalb schon bald mit einer Welle von Firmenpleiten rund um den Globus. Für Deutschland erwarten die Experten einen Anstieg der Insolvenzen im laufenden Jahr um vier Prozent und 2021 um acht Prozent. Wegen der ausgesetzten Insolvenzantragspflicht gebe es aktuell noch relativ wenige Fälle, sagt Ron van het Hof, Deutschland-Chef von Euler Hermes. „Aber der Schein trügt, und im Herbst schlägt für viele die Stunde der Wahrheit.“

Markt muss sich selbst reinigen

Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) schlug deshalb bereits vor, die Insolvenzantragspflicht für den Teil der Unternehmen, die überschuldet, aber nicht zahlungsunfähig sind, um ein weiteres halbes Jahr bis Ende März 2021 auszusetzen. Jörn Weitzmann, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Insolvenzrecht und Sanierung im Deutschen Anwaltverein, hälft davon nichts: „Die Aussetzung der Insolvenzantragpflichten führt dazu, dass zahlungsunfähige und überschuldete Unternehmen andere anstecken und infizieren“, warnt der Rechtsanwalt. Solche Betriebe, die noch laufen, aber eigentlich schon tot sind, werden auch Zombie-Unternehmen genannt. Die wirtschaftliche Lage der Unternehmen, so Weitzmann, würde mit einer weiteren Aussetzung nicht verbessert. „Es ist deshalb wichtig, diese Unternehmen in den Turnaround – und wo dieses nicht klappt in den Exit – zu schicken.“ Wie ein Obsthändler „faule Kirschen“ aus der Obstschütte aussortiere, um zu verhindern, dass andere infiziert werden, so gelte das auch für Unternehmen, meint Weitzmann.

„Insgesamt hat die Krise einen spürbaren Druck auf die Liquidität erzeugt.“

Patrik-Ludwig Hantzsch,
Leiter der Wirtschaftsforschung bei Creditreform

Die Rechtspolitiker der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag können sich derzeit allenfalls eine Verlängerung um drei weitere Monate vorstellen. „Wir dürfen den Selbstreinigungsprozess des Marktes nicht ausschalten“, sagt Jan-Marco Luczak, rechtspolitischer Sprecher der Unionsfraktion. „Unternehmen, die unabhängig von Corona nicht gesund sind und keine wirtschaftliche Perspektive haben, müssen aus dem Markt ausscheiden.“ Es sei unangebracht, über diese weiter die schützende Hand des Staates zu halten, so Luczak. Das liege weder im Interesse aller anderen Marktteilnehmer noch im Interesse des Gläubigers.

Grundlegende Reform

Wie die MIT spricht sich auch die Unionsfraktion für eine schnelle Reform des Insolvenzrechts aus. „Unternehmen, die aufgrund der Corona-Pandemie in eine finanzielle Schieflage geraten sind, muss früh und unbürokratisch eine Sanierung ermöglicht und ihnen damit eine echte Fortführungsperspektive gegeben werden“, sagt Luczak.

MIT-Chef Carsten Linnemann hält es deshalb für sinnvoll, wenn sich die angeschlagenen Unternehmen und ihre Gläubiger an einen Tisch setzen und gemeinsam versuchen würden, Lösungen zu finden. „Das wäre auch im Interesse der Gläubiger. Für Hotelobjekte etwa, die von einer Insolvenz betroffen sind, werden Vermieter heute keine neuen Mieter finden“, sagt Linnemann. Er sieht grundsätzlich zwei Wege: „Zum einen könnten wir die Umsetzung der EU-Restrukturierungsrichtlinie vorziehen, zum anderen sollten wir im bestehenden Insolvenzrecht einen besonderen Corona-Schutzschirm schaffen, der beispielsweise kurzzeitig vor Zwangsvollstreckungen schützt, um mit den Gläubigern verhandeln zu können.“ Ziel der EU-Restrukturierungsrichtlinie ist es, ein europaweit vergleichbares Sanierungsverfahren außerhalb der Insolvenz zu schaffen. Deren Umsetzung ist erst zum Juli 2021 verpflichtend, wäre aber gerade jetzt besonders hilfreich.

„Winterschlaf-Verfahren“

Daneben schlägt die MIT als Aufgablösung vor allem für kleine und mittlere Unternehmen ein Sonderinsolvenzverfahren vor. Mit diesem „Winterschlaf-Verfahren“ sollen die Hürden für den Schritt in eine solche Insolvenz vorübergehend erleichtert werden. Dafür soll es befristet bis Ende 2021 zwei Wege geben: Zum einen soll eine einstufige Eigenverwaltung oder ein Direktzugang zu einem Schutzschirmverfahren eingeführt werden, wenn der Schuldner wegen drohender und krisenbedingter Insolvenz selbst einen Eröffnungsantrag gestellt hat. Damit könnten die Unternehmer unterstützt werden, die am Markt erfolgreich waren. Sollte keine Lösung über die Eigenverwaltung zustande kommen, soll der Schuldner in einem Sonderinsolvenzverfahren bis zu zwei Jahre nach der Insolvenz ein besonderes Wiederkaufsrecht bekommen.

In beiden Fällen soll nach erfolgreichem Wiederanfahren den Gläubigern die Möglichkeit gegeben werden, durch einen Besserungsschein mindestens einen Teil ihrer Forderungen zurückzuerhalten.

Eine weitere Aussetzung der Insolvenzantragspflicht jedenfalls sieht die MIT skeptisch. Eine Verlängerung sollte allenfalls möglich sein, um die vorgeschlagenen Änderungen im Restrukturierungs- und Insolvenzrecht noch umsetzen zu können.



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

BERND RAFFELHÜSCHEN IM INTERVIEW

„Der Lockdown hat uns Millionen Lebensjahre gekostet“

Der Finanzprofessor Bernd Raffelhüschen rechnet nicht mit einer schnellen Erholung der Konjunktur. Eher dauere es mehrere Jahre, bis Deutschland wieder auf dem Wachstumspfad sei. Im Interview mit Mittelstandsmagazin-Chefredakteur Thorsten Alsleben verrät Raffelhüschen, warum er die Hilfspakete der Bundesregierung für Beruhigungsmittel hält, wieso auch der Lockdown Lebensjahre kostet und was das Rentensystem anstelle der Grundrente eigentlich braucht.

Herr Professor Raffelhüschen, Peter Altmaier sagt: Im Herbst wird die Rezession überwunden sein. Carsten Linnemann sagt: Im Herbst droht eine Pleitewelle. Was ist Ihre Prognose?

Raffelhüschen: Die Linnemann'sche Version, mit hundertprozentiger Sicherheit. Wenn es gut läuft, werden wir ein konjunkturelles, U-förmiges Szenario bekommen. Die Wirtschaft würde allerdings drei, vier Jahre brauchen, um wirklich wieder Fuß zu fassen. Tatsächlich glaube ich aber eher, dass wir keinen konjunkturellen Einbruch, sondern einen Wachstumseinbruch erleben werden. Und ein solches Szenario wäre viel, viel schlimmer. Denn bei einem konjunkturellen Impuls, so wie im Lehman-Crash 2007, geht das Wachstum erst kurz runter, um dann aller-

dings über kurz oder lang wieder auf den normalen Pfad zu gelangen. Das ist die effektive Nachfrage, die die Bundesregierung mit dem Konjunkturprogramm adressiert. Was wir tatsächlich brauchen, ist aber etwas ganz anderes. Wir brauchen keine Konjunkturimpulse, sondern Wachstumsimpulse: also letztlich ein Wachstumsprogramm statt eines Konjunkturpakets.

Warum wird die Erholung so lange dauern?

Der Grund liegt darin, dass wir unsere filigran strukturierte Marktwirtschaft nicht einfach an- und ausschalten können wie eine Spielzeugeisenbahn. Zunächst kommt der Kaltstart – so wie bei der deutschen Wiedervereinigung. Bei dieser hat der Prozess einige Jahrzehnte gebraucht. Der jetzige Zusam-



menbruch aller globalisierten Wertschöpfungsketten führt dazu, dass wir optimistisch betrachtet erst in einigen Jahren, vielleicht sogar erst in zehn Jahren wieder den Wachstumspfad erreichen werden, auf dem wir zuvor waren.

Welche nachhaltigen Schäden hat die Corona-Krise gebracht?

Wir haben unsere Automobilwirtschaft deutlich heruntergefahren und die gesamten touristischen Wertschöpfungsketten unterbrochen. Wir haben Lieferketten im europäischen und transatlantischen Kontext unterbrochen. All dies wieder in Ordnung zu bringen, wird dauern.

Aber die ersten Hotels sind schon wieder ausgebucht, die ersten Lieferanten liefern wieder.

„Die Finanzkrise war im Grunde Pillepalle im Verhältnis zu dem, was wir jetzt erleben.“

Ja, aber wenn wir uns überlegen, wie viele Lkw vorher auf der Straße waren und wie die Hotels jetzt besucht sind, dann sehen wir, dass da noch viel fehlt und häufig noch keine Gewinne gemacht werden. Daher ist meine Einschätzung, dass dieser Wachstumseinbruch eben doch längerfristiger ist, als wir es ursprünglich gedacht haben. Selbst wenn wir zu einem U-förmigen, konjunkturellen Impuls kommen, dann wäre es trotzdem nicht ausreichend, ein Konjunkturprogramm zu stricken. Statt einer befristeten Mehrwertsteuersenkung hätten wir eine Steuervereinfachung gebraucht, zum Beispiel mit einer Mehrwertsteuer von 16 oder 15 Prozent auf alles. Oder: Statt den Kommunen, die ja schon vor der Krise gezeigt haben, dass sie nicht haushalten können, jetzt noch mehr Geld zu geben, wäre eine Reform der Gewerbesteuer sinnvoller gewesen.

Der Lockdown war zwar zu Lasten der Wirtschaft, aber er hat doch gesundheitlich genutzt oder nicht?

Der Lockdown hat massive negative Folgen und insofern muss man die Verhältnismäßigkeit hinterfragen. Wir haben keine Möglichkeit, Leben zu retten. Wir haben nur die Möglichkeit, Leben zu verlängern oder zu verkürzen. Das kann Politik, mehr aber nicht. Das, was wir an Leben „gerettet“ haben, sind Lebensjahre, die als Lebenserwartung derer, die gestorben sind, nicht besonders lang waren. Die Lebenser-



wartung des Durchschnittstoten war im Maximum neun Jahre, wahrscheinlich durch Vorerkrankungen eher zwei bis vier. Hier haben wir Lebensjahre gewonnen. Aber wir haben viel mehr Lebensjahre verloren durch das Unterbrechen der Wertschöpfungsketten, die den technischen Fortschritt begründen. Denn ohne technischen Fortschritt gibt es auch keinen medizinisch-technischen Fortschritt.

Kann man das errechnen, was das ungefähr gebracht hat?

Wenn man annimmt, dass wir den Zuwachs an Lebenserwartung, der jedes Jahr im Minimum circa fünf Wochen beträgt, um zwei Wochen verkürzt hätten, dann hätten wir durch den Lockdown drei Millionen Lebensjahre verloren. Bei drei Monaten wären es 30 Millionen. Wir haben durch den Lockdown wahrscheinlich zwischen drei Millionen und 30 Millionen Lebensjahre für alle verloren. Und gewonnen haben wir zwischen 30.000 und 400.000 Lebensjahren.

Dann hätte man den Lockdown besser nicht gemacht?

Wenn alle Länder weltweit abgestimmt gehandelt hätten, wäre ein sehr moderater Lockdown möglicherweise ausreichend gewesen. Aber wenn Deutschland alleine agiert und der Lockdown anderer Länder auch bei uns einen Wirtschaftsstillstand erzwingt, dann habe ich gar nicht die Chance, den Lockdown zu vermeiden.

Das ist aber keine Schuldzuweisung. Im Nachgang ist es leicht zu sagen, alle hätten besser miteinander kommunizieren müssen. Ein Virus ist etwas Internationales, und so kann die Lösung auch nur eine internationale sein. Ich hoffe, dass sich die Regierungen mindestens für die Zukunft vornehmen, ein abgestimmtes gemeinsames Verhalten aller Industrienationen hinzubekommen und nationale Alleingänge zu unterlassen.

Wie würden Sie die Hilfs- und Rettungspakete der Bundesregierung benoten?

Bei ganz wenigen Maßnahmen würde ich eine 1 bis 2 vergeben. Bei den meisten Maßnahmen würde ich eine 4 minus bis 6 vergeben. Im Konjunkturpaket wurde eine vernünftige Strategie gewählt, indem wir gesagt haben: Wir müssen Unternehmen vor Insolvenzen bewahren, die nur situativ zahlungsunfähig sind. Das heißt, der steuerliche Rücktrag von Verlusten aus der jetzigen Phase in die Phase der Vergangenheit ist das vernünftigste Mittel. Wir hätten das ein bisschen großzügiger regeln können. Aber immerhin ist das die richtige Maßnahme. Sie stützt Unternehmen, die Gewinne gemacht haben, und nicht die Unternehmen, die vorher schon quasi insolvent waren. Manche Maßnahmen wie die Investitionsförderung oder die verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten sind ebenfalls zu begrüßen.

Und was ist nicht gut?

Es ergibt keinen Sinn, das Füllhorn über alles auszuschütten. Eine Mehrwertsteuersenkung um drei Prozentpunkte ist quasi nichts anderes als eine Unterstützung der effektiven Nachfrage. Aber sind die Leute wirklich im Kaufrausch, wenn Produkte des Alltags meist nur wenige Cent weniger kosten? Ich sehe nicht, dass wir den Konsum anheizen. Stattdessen haben wir einen administrativen Moloch geschaffen. Denn jeder, der mal mit der Mehrwertsteuer hantiert hat, weiß,

„Wir haben mit der Grundrente gerade das unsozialste Rentenpaket unserer Geschichte verabschiedet, das unsolidarischer nicht sein kann.“

wie komplex das Ganze ist. Die Umstellung ist für viele Unternehmen ein Problem. Die Politik wollte ein Signal setzen, aber die Kauflust verpufft, weil die Menschen mit Maulklappen durch die Geschäfte müssen.

Der Ökonom Hans-Werner Sinn hat die Gesamthöhe der Corona-Krisenmaßnahmen auf 1,3 Billionen Euro beziffert. Das muss doch spürbar sein?

Ich traue mir derzeit nicht zu, den wirtschaftlichen Impuls vollständig abzuschätzen. Das Problem ist die Verhaltensänderung der Bevölkerung. Wir haben keine konjunkturelle Delle wie 2008, als es einen kurzen Auftragseinbruch gab, es dann aber auch schnell wieder weiter ging. Ich beobachte derzeit, dass die Menschen anders miteinander umgehen, anders kaufen, anders ihren Urlaub planen. Das ist etwas sehr Strukturelles. Deshalb glaube ich, dass sich die Krise länger auswirkt.

Also sind die Rettungsmaßnahmen nicht wirklich eine Medizin?

Die Rettungsmaßnahmen sind ein teures Beruhigungsmittel mit extremen Nebenwirkungen für die nächsten Generationen.

Was müsste jetzt an strukturellen Änderungen jenseits der Hilfspakete kommen?

Die strukturellen Änderungen in der Wirtschaftspolitik sind relativ einfach. Wir brauchen eine Strukturreform in der Unternehmensbesteuerung, aber auch schon seit Jahren. Das hätten wir jetzt angehen müssen. Genauso müs-

sen wir die Kommunalfinanzen auf eine andere Basis stellen. Derzeit können Kommunen gar nicht anders, als sich konjunkturzyklisch zu verhalten. Die Gewerbeertragssteuer und die Körperschaftsteuer brechen ein. Da ist nichts mehr. Auf der anderen Seite hätten wir etwas sparsamer in der Krise sein sollen. Die psychologische Komponente wirkt nicht wirklich und die Schulden wachsen uns über den Kopf. Bei den Ausgaben hätten wir vorsichtiger agieren müssen. Wir wissen seit Jahrzehnten, dass wir ein strukturelles Ausgabenproblem haben. Wir haben einen Sozialstaat, der so groß ist wie noch nie...

... der aber auch hilft, weil die Arbeitnehmer durch das Kurzarbeitergeld erst einmal nicht in die Arbeitslosigkeit entlassen werden.

Das ist richtig. Das Kurzarbeitergeld war immer ein Momentum, das uns hier abfedern ließ. Und das war eine solide Grundlage für kurzfristige konjunkturelle Impulse. Aber die Frage ist, ob wir diese Kurzarbeiter wieder zurückbekommen in Lohn und Brot oder ob sie in

strukturelle Arbeitslosigkeit rutschen. Wahrscheinlich wird ein Teil der Kurzarbeit in eine strukturelle Arbeitslosigkeit münden. Dies wäre das Schlimmste, was uns passieren kann, denn die bekommen wir erst durch langfristige Strukturprogramme wieder weg.

Wie bewerten Sie die Grundrente? Die Befürworter sagen: Wir können doch nicht mit zehn Milliarden Euro die Lufthansa retten und dann 1,5 Milliarden Euro für arme Rentner verweigern.

Das ist kompletter Blödsinn, denn das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Die 1,5 Milliarden Euro für die Grundrente sind eine völlig irrationale, unsystematische, administrativ schon im Vorfeld verunglückte, quasi alle Grundprinzipien der Rente mit Füßen tretende und vernichtende Maßnahme, die wir unterlassen hätten sollen. Aber es ist klar: Wir machen seit Jahrzehnten nichts anderes, als Wahrgeschenke an die Alten zu verteilen. Armut zum Beispiel wird im Alter anders behandelt als in jungen Jahren. Wir haben keinen Gleichbehandlungsgrundsatz mehr bei Armut, was wichtig war für unseren Sozialstaat. Das Lebensleistungsprinzip der Rentenversicherung war seit Adenauer klar – jetzt ist es ausgehebelt. Und das Absurde ist jetzt noch, dass die Corona-Pandemie durch die entsprechende Kurzarbeit und durch die entsprechenden tariflichen Abschlüsse wahrscheinlich zu einem negativen Impuls auf die Löhne führen wird. Und dieser negative Impuls auf die Löhne müsste solidarisch mitgetragen werden durch die Rentner, die diese negativen Impulse dank Hubertus Heil aber nicht mitmachen müssen. Das Rentenniveau, und das ist das Absurde, wird durch die Corona-Pandemie steigen. Wir bekommen massive Einbußen von den Erwerbstätigen in ihren Löhnen und die, die sie dann mitfinanzieren, die Rentner, machen das nicht mit, sondern kriegen sogar noch obendrauf ein Rentenniveau, das um zwei oder drei Prozentpunkte steigen wird.

Das ist ja eigentlich unsozial gegenüber der Krankenschwester oder dem Feuerwehrmann, die in der Krise arbeiten mussten und das jetzt finanzieren müssen.

Wir haben mit der Grundrente gerade das unsozialste Rentenpaket unserer Geschichte verabschiedet, das unsolidarischer nicht sein kann.

Wie könnten die Rentenkassen wieder stabilisiert werden? Reichen die Vorschläge der Rentenkommission?

Die Rentenkommission hat einen Bericht geschrieben, der das Papier nicht wert war. Selbst die Reisekosten hätte ich mir eingespart bei dieser Rentenkommission. Das war ja absurd, was dabei herausgekommen ist. Das, was wir 2003 als Rürup-Kommission vorgeschlagen haben, nämlich eine beitragsstabilisierende Strategie, das war vernünftig – die Nachhaltigkeitsgesetzgebung wie auch die Rente mit 67. Lebenserwartungsanstieg heißt, dass wir natürlich die ansteigende Lebenserwartung auch so korrigieren müssen, dass wir für das, was wir länger an Rente beziehen, auch ein bisschen länger arbeiten müssen. Und der Nachhaltigkeitsfaktor war ja nichts anderes, als zu sagen: Ich mache für die junge Generation die Beiträge konstant. Aber der Nachhaltigkeitsfaktor ist jetzt leider abgeschafft, ausgerechnet in der Zeit, in der die Babyboomer in Rente gehen. Die Babyboomer sind der Verursacher und das Problem der jungen Generation zugleich. Sie sind die vielen, die von den wenigen immer länger ihre Bezüge haben wollen. Zukünftige Politiker werden diesen Sozialstaat wieder auf ein vernünftiges Maß zurückführen müssen.

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (62) ist Professor für Finanzwissenschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. An der Universität Bergen in Norwegen leitet er zudem das Institut für Volkswirtschaftslehre. Der Nordfriese war 2002 und 2003 Mitglied der Rürup-Kommission zur Stabilisierung der Sozialversicherung. Er engagiert sich zudem als Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft und als Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Raffelhüschen ist verheiratet und Vater von drei Kindern.

Foto: Laurence Chaperon

Aber die Rentner werden eine immer größere Wählergruppe. Das wird ja kein Politiker machen.

Das ist genau der Punkt. Der Medianwähler ist bereits jetzt jenseits der 55. Die Mehrheit liegt ganz klar fest. Insofern können wir nur an die Alten der Zukunft appellieren, an die Kinder zu denken. Denn die Kinder werden überfordert.

Welche Maßnahmen sind notwendig?

Ganz klar eine längere Lebensarbeitszeit. Wir müssen das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln, so wie das in Skandinavien bereits seit Jahrzehnten gemacht wird. Wir müssen den Babyboomern sagen, dass sie nicht ihre Kinder mit einer Abgabenquote jenseits von 40 Prozent belasten dürfen. Denn jenseits von 40 Prozent Sozialabgaben plus der Steuerlast, die auf diesen Schultern noch ruht, das macht genau das Akzeptanzproblem aus, von dem ich gesprochen habe. Keiner von uns würde weit über 40 Prozent Sozialabgaben zahlen und dann nochmal 30 Prozent Steuerquote ertragen. Insofern werden wir diese Adjustierung unseres Sozialstaates in die Wege leiten müssen. Denn wir verteilen heute ja schon ein Drittel unseres Bruttoinlandsproduktes um in den sozialen Sicherungssystemen.

Das heißt, der Rentner der Zukunft wird ein geringeres Wohlstandsniveau haben müssen?

Das kommt darauf an, wie er agiert. Er wird im Regelfall aus der gesetzlichen Rente eine Basisversorgung beziehen. Er wird auch in der Gesundheitsversorgung in irgendeiner Form rationiert werden müssen. Er wird bei der Pflege, auch da können wir nicht für alle auf alle Zeit alles finanzieren, eine Selbstbeteiligung schlucken. Er wird mehr Selbstbehalte zugemutet bekommen. Wir werden vielleicht bei der Pflege zum Beispiel auf eine Karenzzeit hinauslaufen, bei der die Menschen das erste Jahr selber zahlen müssen. Dann werden natürlich die



Alten sagen: Das ist unzumutbar. Dann werden wir denen sagen müssen, die Alten mussten früher alles selbst bezahlen, es sei denn, sie bekamen Sozialhilfe. Auch bei der Gesundheitsversorgung müssen wir uns klar machen: Wir haben ein sehr, sehr gutes Gesundheitsversorgungssystem. Die Leute schimpfen immer, aber so gut wie in Deutschland ist es kaum in einem anderen Land. Das hat auch die Corona-Pandemie gezeigt. Diese komfortable Situation haben wir natürlich mit einem sehr hohen Ausgaben-Niveau bekommen. Und daran müssen wir arbeiten.

Die Defizitquote ist durch die Neuverschuldung in diesem Jahr ungefähr auf dem Stand wie nach der letzten Wirtschaftskrise. Wie schnell kommen wir wieder auf Vor-Corona-Niveau?

Wir werden Ende des Jahres bei rund 80 Prozent expliziter Staatsschuldenquote liegen. Und die sollten wir dann relativ schnell zurückfahren.

Zehn Jahre hat es beim letzten Mal gedauert, um auf unter 60 Prozent Defizitquote zu kommen.

Die letzten zehn Jahre vor der Corona-Pandemie waren das deutsche Wirtschaftswunder Nummer zwei. Wir haben zwar zehn Jahre Finanzkrise gefeiert in den Medien. Aber tatsächlich



haben wir über 40 Quartale ununterbrochenes Wachstum und einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen gehabt. Wir haben drei, vier Millionen Menschen mehr in der Erwerbsfähigkeit gehabt. Das heißt, wir haben nichts anderes erlebt, als was wir Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre schon einmal erlebt haben: ein Wirtschaftswunder. Dieses Wirtschaftswunder dann als „10 Jahre Finanzkrise“ zu feiern, das ist eine deutsche Eigenart. Das schaffen nur wir. Aber dennoch: Diese zehn Jahre waren außergewöhnlich gut. Und diese außergewöhnliche Zeit hat uns eine Rückführung der Staatsschuldenquote gebracht von 80 auf 60 Prozent.

Und Sie glauben, das gelingt nicht noch mal?

Nur wenn wir das dritte Wirtschaftswunder bekommen. Aber normalerweise hat der Mensch in seinem Leben nicht die Wahrscheinlichkeit, drei Wirtschaftswunder zu erleben. Das ist sehr selten. Deshalb wird es länger dauern. Nur der Punkt ist: Das sind die expliziten Schulden. Die versteckten Staatsschulden sind viel, viel größer. Die Finanzkrise war im Grunde pillepalle im Verhältnis zu dem, was wir jetzt erleben. Wir haben eine Ausweitung der expliziten Staatsschulden von 60 auf 80 Prozent. Wir haben eine Ausweitung der versteckten Staatsschulden von 160 auf 280 Prozent des BIP. All das, was jetzt mit der Ausweitung der versteckten Staatsschuld passiert, umfasst mehr als ein BIP. Das heißt auf gut Deutsch, dass wir die expliziten Staatsschulden vielleicht um

700 Milliarden Euro erhöhen. Aber mit Verlaub: Die versteckten Staatsschulden wachsen mit weit über 3.000 Milliarden Euro.

Wie lösen wir das?

Das Problem ist, dass die impliziten Schulden irgendwann zu expliziten Schulden werden. Irgendwann fliegen uns diese Schulden um die Ohren. Und da liegt natürlich die Krux: Solange wir keine Zinsen zahlen auf unsere

Staatsschulden, läuft die Sache wie geschmiert. Und dann kann ich auch mit 100 Prozent oder 120 oder 150 Prozent Schuldenquote agieren. Ich darf halt bloß keine Zinsen zahlen. Und diese Niedrigzinsphase sehe ich noch ziemlich lange, denn der Staat kann keine Zinsen zahlen. Wenn wir in Deutschland Zinsen auf unsere versteckten und offengelegten Schulden zahlen würden, da würden wir heute schon mehr Zinsen zahlen, als wir in Bildung investieren. Den Zinssatz von null, den brauchen nicht nur die Italiener oder Spanier, den brauchen wir Deutschen genauso.

Die letzten Fragen bitte nur mit Ja oder Nein beantworten. Sie haben einen Joker. Finden Sie, dass Politiker zu viel auf Virologen und zu wenig auf Ökonomen gehört haben.

Ja.

Wird Deutschland in drei Jahren strukturell besser dastehen als vor der Krise?

Nein.

Wird Deutschland die Krise besser überwinden als die meisten anderen Industriestaaten?

Joker.

Werden Sozialabgaben dauerhaft bei maximal 40 Prozent liegen?

Nein.

Sehen Sie in der Bundesregierung mindestens einen überzeugten und überzeugenden Marktwirtschaftler?

Nein.

Zum Schluss eine Satzvervollständigung: „Wenn mir ein CDU-Kanzler nach der Wahl das Arbeits- und Sozialministerium anbieten würde...“

... würde ich das annehmen. ●

Anzeige

Insolvenz vermeiden: mit neuen Strategien

Spürbare Absatzeinbrüche, fehlende Umsätze und so manchem Mittelständler droht letztlich die Insolvenz. DATEV und der steuerliche Berater können kompetent unterstützen und beraten, damit das Unternehmen im besten Falle erst gar nicht in diese Lage gerät. Ein Ausweg: neue Strategien.



Krise als Chance

Mit neuen Ideen und einer anderen Perspektive lassen sich ganz neue Wege beschreiten. Zum Beispiel neue Produkte einführen, neue Absatzkanäle schaffen oder ein gänzlich neues Geschäftsmodell etablieren. In einem solchen Fall ist es sinnvoll, sich professionelle Hilfe zu holen – mit betriebswirtschaftlicher Beratung. Der Steuerberater kann so entscheidend dazu beitragen, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens wiederherzustellen. Ist die Insolvenz

bereits in greifbare Nähe gerückt, verschafft das COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz zumindest bis zum 30.09.2020 Luft.

Die Krise gemeinsam meistern

Sie haben viele neue Ideen und möchten diese betriebswirtschaftlich prüfen lassen? Ihr steuerlicher Berater und DATEV unterstützen umfassend mit kompetenter Beratung und passenden Softwarelösungen. Auch bei drohender Insolvenz hilft Ihnen Ihr Steuerberater bei allen Fragen gerne weiter.

Weitere Informationen rund um das Thema Insolvenz finden Sie unter: www.trialog-magazin.de

DATEV eG

90329 Nürnberg
Telefon +49 911 319-0
E-Mail info@datev.de
Internet www.datev.de
Paumgartnerstraße 6–14



FÖRDERPROGRAMME VON BUND UND EU

Gehört allein dem grünen Wasserstoff die Zukunft?



Setzen vornehmlich auf „grünen“ Wasserstoff: Energieminister Peter Altmaier und Forschungsministerin Anja Karliczek bei der Vorstellung der nationalen Wasserstoffstrategie.

Die Bundesregierung und die EU-Kommission wollen die Wasserstofftechnologie massiv fördern. In ihrem Fokus liegt vor allem grüner Wasserstoff. Die blaue Variante soll nur übergangsweise genutzt werden. Worin liegt der Unterschied, welche Ziele verfolgen Deutschland und die EU – und kann Wasserstoff wirklich langfristig Öl und Gas ersetzen?

Was ist Wasserstoff?

Wasserstoff ist das leichteste und am häufigsten vorkommende chemische Element des Universums. Da er nicht in der freien Natur, sondern fast nur gebunden vorkommt – zum Beispiel als Bestandteil von Wasser – wird zu seiner Produktion Energie benötigt. Wasserstoff kann erzeugt werden aus fossilen Brennstoffen wie Erdgas, Erdöl und Kohle sowie aus Biomasse. Im Gegensatz zu elektrischem Strom ist Wasserstoff gut speicherbar und lässt sich auch über längere Zeiträume transportieren. Er ist nicht von Sonne oder Wind abhängig. Und: Bei der Verbrennung an der Luft entstehen nur Wasserdampf und geringe Mengen Stickoxide. Daher gilt Wasserstoff als vielfältig einsetzbarer und klimafreundlicher Energieträger.

Ein wichtiger Anwendungsbereich ist die Mobilität. Besonders für lange Strecken, für Lkw, Busse, Züge oder für den Schiffs- und Flugverkehr können Wasserstofflösungen die eher leistungs- und reichweitenbeschränkten Batteriefahrzeuge ergänzen. Aber: Die Technologie ist im Vergleich mit dem Dieselmotorkraftstoff noch recht teuer. Zudem gibt es bisher kaum Tankstellen.

Nationale Wasserstoffstrategie

Sowohl das Bundeskabinett als auch die EU-Kommission haben vor der politischen Sommerpause je eine eigene Wasserstoffstrategie vorgestellt. Die Bundesregierung will Deutschland zum technologischen Vorreiter machen. „Mit der Wasserstoffstrategie stellen wir die Weichen dafür, dass Deutschland bei Wasserstofftechnologien die Nummer eins in der Welt wird“, sagt Bundesenergieminister Peter Altmaier. Der CDU-Minister sieht Wasserstoff als „einen Schlüsselrohstoff für eine erfolgreiche Energiewende.“ Die Strategie sieht vor, dass bis 2030 Erzeugungsanlagen von bis zu fünf Gigawatt Gesamtleistung entstehen.

Insgesamt sind sieben Milliarden Euro für die Förderung von Wasserstofftechnologien und zwei Milliarden Euro für internationale Partnerschaften vorgesehen. Neben der Mobilität liegen der Wärmesektor und vor allem auch die Stahl- und Chemieindustrie im Fokus. Bei der Umsetzung soll ein eigens einberufener Wasserstoffrat helfen.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass sich in den nächsten zehn Jahren ein globaler und europäischer

Wasserstoffmarkt herausbilden wird. Auf diesem Markt wird neben sogenanntem grünem Wasserstoff (siehe Kasten) auch blauer oder türkiser, also nur indirekt CO₂-neutraler Wasserstoff gehandelt werden. Die Bundesregierung betont in ihrer Strategie zwar, vor allem auf grünen Wasserstoff zu setzen. Wegen der engen Einbindung in die europäische Energieversorgungsinfrastruktur sollen in Deutschland aber zumindest übergangsweise auch andere Formen eine Rolle spielen.

Strategie der EU-Kommission

Auch die Wasserstoffstrategie der EU-Kommission sieht eine massive Förderung des klimafreundlichen Energieträgers vor. Bis 2024 soll die Wasserstoff-Produktion aus erneuerbaren Energien auf bis zu eine Million Tonnen steigen, bis 2030 auf zehn Millionen Tonnen. Die Kommission geht davon aus, dass grüner Wasserstoff wegen der stark sinkenden Preise für Ökostrom in einigen Regionen ab 2030 preislich mit Wasserstoff auf Basis fossiler Energien mithalten könnte. Um die Strategie mit konkreten Projekten zu unterfüttern und pri-

vate Gelder zu organisieren, gründete die Kommission zudem eine sogenannte Wasserstoffallianz mit europäischen Unternehmen. Wirtschaftsverbände reagierten überwiegend positiv auf die Strategie. Wie das Konzept der Bundesregierung rückt auch die EU-Strategie den grünen Wasserstoff in den Mittelpunkt.

Nicht auf eine Farbe beschränken

Carsten Linnemann, MIT-Bundesvorsitzender und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, begrüßt die Stoßrichtung der Strategien ausdrücklich: „Die Wasserstoffstrategien zeigen auf, wie die Potenziale von Wasserstoff gehoben werden können.“ Er mahnt jedoch Technologie- und Sektorenoffenheit an: „Es muss Forschung, Technik und Wirtschaft überlassen werden, mit welchen Technologien unsere Klimaschutzziele am besten erreicht werden können.“

Die MIT hat sich deshalb in einem Beschluss dafür ausgesprochen, nicht alleine auf grünen Wasserstoff zu setzen, sondern auch andere technologische Optionen zu fördern. Auch dürfe es keine Beschränkungen geben, in welchen Bereichen Wasserstoff eingesetzt wird. „Unser Ziel ist es, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine Nachfrage für Wasserstoff entsteht“, sagt Marie-Luise Dött, Co-Vorsitzende der MIT-Kommission Energie und Umwelt. Wenn Deutschland seine Wasserstoffproduktion politisch limitiere, würden die Hersteller ins Ausland abwandern. „Der Preis für klimaneutralen Wasserstoff wird zum Standortfaktor im internationalen Wettbewerb“, so die umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die MIT kämpft schon lange für einen marktwirtschaftlichen Handel mit CO₂-Zertifikaten, um die Emissionen marktgerecht zu verringern. Bürokratische und marktferne Vorgaben, etwa die von den Grünen geforderte Beimischungsquote bei Flugkraftstoffen, lehnt die MIT ab.

Rund ein Fünftel des Energieverbrauchs der deutschen Privathaushalte wird aktuell durch Strom gedeckt. Den Rest der benötigten Energie liefern laut Umweltbundesamt vor allem Erdgas und Öl. Langfristig könne Wasserstoff diese fossilen Brennstoffe ersetzen, glaubt Dött: „Dafür bedarf es aber sehr viel Wasserstoff zu wettbewerbsfähigen Preisen.“ Als eine der wenigen verbliebenen europäischen Industrienationen mit einem starken Maschinen- und Anlagenbau dürfte Deutschland jedenfalls das Know-how besitzen, um bei allen Wasserstoff-Technologien an die Spitze zu gelangen.



Hubertus Struck
Redakteur/CvD
struck@mit-bund.de

Wasserstoff-Farbenlehre

Obwohl das Gas eigentlich farblos ist, weist das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ihm je nach Ursprung unterschiedliche Farben zu. Grüner Wasserstoff wird durch Elektrolyse von Wasser hergestellt, wobei für die Elektrolyse hier ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien zum Einsatz kommt. Unabhängig von der gewählten Elektrolysetechnologie erfolgt die Wasserstoff-Produktion dementsprechend CO₂-frei.

Grauer Wasserstoff wird dagegen aus fossilen Brennstoffen gewonnen. Meist wird bei der Herstellung Erdgas unter Hitze in Wasserstoff und CO₂ umgewandelt. Das CO₂ wird anschließend ungenutzt in die Atmosphäre abgegeben und verstärkt nach Ansicht des BMBF den globalen Treibhauseffekt.

Blauer Wasserstoff ist die CO₂-neutrale Version von grauem Wasserstoff. Denn hier wird das CO₂ bei der Entstehung abgeschieden und gespeichert, zum Beispiel dort, wo zuvor Erdgasvorkommen gespeichert waren. Das CO₂ gelangt so nicht in die Atmosphäre und die Wasserstoffproduktion kann laut BMBF bilanziell als CO₂-neutral betrachtet werden.

Türkiser Wasserstoff wird über die thermische Spaltung von Methan hergestellt. Statt CO₂ entsteht fester Kohlenstoff. Voraussetzungen für die CO₂-Neutralität des Verfahrens sind die Wärmeversorgung des Hochtemperaturreaktors aus erneuerbaren Energiequellen sowie die dauerhafte Bindung des Kohlenstoffs.



Tritt für die Soziale Marktwirtschaft ein: Sportreporter-Legende Waldemar Hartmann unterzeichnet den Mitgliedsantrag der MIT.



Neben dem Sportplatz von „Blau Weiss Berolina“ mitten in Berlin fühlt sich Waldemar Hartmann wohl. Der gebürtige Nürnberger lebt heute in Leipzig und arbeitet als Moderator.

„Wovon träumt die SPD nachts?“

ARD-Kultreporter Waldemar „Waldi“ Hartmann (72) hat die CDU bereits in den Landtagswahlkämpfen in Sachsen und Thüringen unterstützt. Jetzt konnte Carsten Linnemann ihn für die MIT werben. Mit dem MIT-Vorsitzenden sprach Hartmann über einen möglichen CSU-Kanzlerkandidaten, SPD-Kandidat Olaf Scholz und glattgebügelte Sprache in Sport und Politik.

Waldi, du hast eine spannende Karriere hinter dir. Du bist mit 18 Jahren ausgezogen, um DJ zu werden. Mit 21 Jahren hast du dich als Kneipier selbstständig gemacht und wurdest schließlich zur Sportreporter-Legende. Wie kamst du von deiner Kneipe „Waldis Club“ zur ARD-Sendung „Waldis Club“?

Hartmann: Damals war ich zuerst Volontär und dann freier Mitarbeiter bei einer Augsburger Zeitung. Daneben habe ich die Kneipen betrieben. Die erste hieß „Waldis Club“, die zweite „Waldis Pub“. Als ich dann zum Radio und später zum Fernsehen wechselte, habe ich die Kneipen verkauft. Nach einigen Jahren als Moderator, zuletzt mit Harald Schmidt zusammen bei Olympia als „Waldi und Harry“, bot mir die ARD eine eigene Sendung an. Ich dachte damals, es wäre doch eine runde Geschichte, wenn sich der Kreis wieder schließen und die Sendung „Waldis Club“ heißen würde. Zu meiner Überraschung nahm die ARD meinen Vorschlag an.

Viele wissen aber nicht, dass du nicht nur Sport gemacht hast... Genau, ich habe damals im Bayerischen Rundfunk zuerst beim Hörfunk für politische Sendungen gearbeitet. Zu dieser Zeit führte Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum ersten Mal eine regelmäßige Pressekonferenz ein. Das gab es vorher nicht. Bei seinem Vorgänger Alfons Goppel gab es nur Verlautbarungen des Regierungssprechers. Nachfragen waren überhaupt nicht zugelassen.

Für die Politiker war das natürlich das Paradies. Von den Kollegen beim BR, die schon viel länger als ich in der Redaktion waren, wollte aber keiner den Job übernehmen. Irgendwie hatten sie Bammel vor Strauß. Ich nicht, er war ja quasi mein politischer Held. Daraus hat sich ein gutes Verhältnis entwickelt. Sein Sohn Franz-Georg war später mein Trauzeuge.

Franz Josef Strauß, der ja 1980 Bundeskanzler werden wollte, bringt uns zur aktuellen Kanzlerdiskussion. Die MIT hat sich für Friedrich Merz ausgesprochen. Aber das Rennen ist noch offen. Könntest du dir einen CSU-Kanzlerkandidaten vorstellen?

Natürlich kann ich mir Markus Söder sehr gut vorstellen. Er hat in der Krise souverän regiert und über Monate hinweg mit Abstand die besten Umfrageergebnisse gehabt – doch dann kam das Test-Fiasko bei den Reiserückkehrern. Da musste auch Söder erleben, wie es ist, wenn mal nicht alles rund läuft und die mediale Empörungswelle zum Tsunami wird. Und, nur mal nebenbei: Die an den Grenzen positiv getesteten Rückkehrer wären auch positiv gewesen, wenn sie die Ergebnisse nicht erst verspätet bekommen hätten. Häme ist im Zusammenhang mit Gesundheit ohnehin fehl am Platz. Trotzdem sehe ich Söder noch vorn. Wäre das Kandidatenrennen ein Fußballspiel, führt Söder jetzt nicht mehr 5:0, vielleicht nur noch 2:0.

Welchen Ratschlag würdest du den Parteispitzen geben?

Wir dürfen uns jetzt nicht von der SPD treiben lassen. Mich wundert ohnehin, wie eine Partei, die in den Umfragen bei 14 bis 16 Prozent liegt, einen Kanzlerkandidaten aufstellt. Da frage ich mich: Wovon träumt die SPD nachts? Olaf Scholz dürfte doch erst einmal damit beschäftigt sein, den Wirecard-Skandal und die Cum-Ex-Affäre aufzuarbeiten und das Verhältnis der SPD zur Linkspartei zu klären. Die Union sollte deshalb nicht so sehr auf andere Parteien schauen, sondern zunächst die Corona-Krise bewältigen und parallel

Fotos: MIT

– ohne sich zu zerfleischen – die Kanzlerfrage klären. Dafür wäre es gut, wenn die CSU noch vor der Wahl des CDU-Vorsitzenden klärt, ob sie einen eigenen Kandidaten hat.

Zurück zum Fußball: Die „Weißbier-Wutrede“ von DFB-Teamchef Rudi Völler im Interview mit dir ist unvergessen. Ihr seid am 6. September 2003 nach einem schwachen Spiel der Deutschen aneinandergeraten. Nervt es dich eigentlich, wenn du immer wieder darauf angesprochen wirst?

Frag mal Mick Jagger, ob er seinen Rolling-Stones-Hit „Satisfaction“ noch hören kann. So wie für ihn war das für mich nicht nur beruflich ein Hit, es machte sich auch auf dem Konto bemerkbar. Ich war danach zehn Jahre Werbebotschafter für eine große Brauerei. Ich bedanke mich deshalb jedes Jahr am 6. September bei Rudi für seinen „Million-Dollar“-Satz.

Heute habe ich nach jedem Spiel das Gefühl, Trainer und Spieler spulen immer die gleichen langweiligen Sätze ab. Ist das auch dein Eindruck?

Absolut. Der Wandel fing an, als Telefone plötzlich fotografieren konnten. Ab da wurden alle vorsichtiger. Die Spielerberater fingen an, ihre Spieler abzuschirmen. Als ich früher etwas wissen wollte, habe ich die Spieler noch selbst angerufen zuhause. Heute holen sich die Spieler eine Erlaubnis ab, um etwas sagen zu dürfen, was dreimal chemisch gereinigt wurde. Aber die Menschen wollen authentische Aussagen und Klartext hören – auch in der Politik! Einen Strauß oder einen Herbert Wehner gibt es in der Politik ja nicht mehr. Die meisten Politiker haben eine Schere im Kopf aus Angst vor einem Shitstorm im Netz. Wenn ich aber merke, dass alle Ecken und Kanten weg sind, klingt alles glatt und ich höre nicht mehr zu.

Umso mehr freue ich mich, dass wir dich jetzt als Neumitglied aufnehmen können. Jemanden, der noch Ecken und Kanten hat – und der ein Fan der Sozialen Marktwirtschaft ist.

Ich will die MIT als Selbstständiger gerne unterstützen, weil sie für eine bessere Politik im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft eintritt. Unsere Familienunternehmen sind die Herzkammer der Wirtschaft. Die haben einen ganz anderen Ansatz als Konzernmanager, die mit fremdem Geld hantieren und auch noch mit Millionen abgefunden werden, wenn sie den Laden an die Wand fahren.

PRO & CONTRA

Braucht die CDU eine Frauenquote?

In dieser Rubrik lassen wir Mitglieder der MIT zu Wort kommen.
Die Beiträge geben ihre persönliche Meinung wieder.

Die Struktur- und Satzungskommission der CDU hat dem kommenden Parteitag die Einführung einer verbindlichen Frauenquote vorgeschlagen. Diese soll für Gruppenwahlen, Delegiertenwahlen und auch Listenaufstellungen gelten (Details unter www.cdu.de/strukturundsatzungskommission). Ist eine verbindliche Quote das richtige Mittel, um die CDU attraktiver für Frauen zu machen?

Ihre Meinung zählt

Stimmen Sie mit ab auf der MIT-Webseite! Unter www.mit-bund.de/mitmachen/umfrage können Sie Ihre Meinung zum aktuellen Pro und Contra äußern. Über das Abstimmungsergebnis informieren wir im MIT:NEWSLETTER. Sollten Sie diesen noch nicht erhalten, können Sie ihn unter www.mit-bund.de/newsletter kostenlos abonnieren.

Die gläserne Decke durchbrechen

Die erste Kanzlerin, die erste Verteidigungsministerin, die erste Präsidentin der EU-Kommission. Die CDU hat es als bisher einzige Partei geschafft, herausragende Spitzenpositionen mit Frauen zu besetzen. Eben diese Spitzenfrauen müssen deswegen immer wieder als Argument der Quotengegner herhalten: „Gute Frauen“ hätten sich in der CDU schon immer durchgesetzt.

Frauen haben heute, das zeigen zahlreiche Studien, die besseren Schulnoten und Uni-Abschlüsse. Trotzdem sind sie in den Führungspositionen unserer Partei unterrepräsentiert. Es fällt schwer, sich vorzustellen, dass ausgerechnet bei uns keine „guten Frauen“ zu finden sind. Vielmehr scheint es so zu sein, dass unsere Strukturen eine gläserne Decke geschaffen haben, die für Frauen schwer zu durchbrechen ist. Wenn wir uns im Ziel, mehr Frauen in Verantwortung zu bringen, einig sind – was müssen wir dann tun, um das zu ändern?

Die große Dominanz von Männern in Führungsgremien findet sich nicht nur bei uns, sondern auch in der Wirtschaft. Wissenschaftler erklären dieses Phänomen mit dem Prinzip der homosozialen Reproduktion. Darunter versteht man die Auswahl nach dem Ähnlichkeits-

prinzip – also dass man seine Verbündeten nach der Ähnlichkeit der Herkunft, Ausbildung und eben auch Geschlecht aussucht. In der Praxis heißt das: Männer fördern Männer. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch, dass wir unsere Strukturen so anpassen müssen, dass mehr Frauen in die Position kommen, Frauen zu fördern. Eine Quote wird das natürlich allein nicht schaffen. Viele andere Faktoren wie eine Willkommenskultur vor Ort oder eine familienfreundlichere Organisation von Sitzungen spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Die Digitalisierung bietet hier viele Chancen.

Ein Allheilmittel ist die Quote nicht, sie kann aber einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, dass die gläserne Decke Risse bekommt. Sie wird dafür sorgen, dass die Sichtweisen und Herausforderungen von Frauen sichtbar werden, damit sie ihr Potenzial noch besser entfalten können. Das wiederum ist gut für die CDU. Es geht nämlich nicht nur um das wichtige Ziel der Gleichberechtigung. Es geht um unsere politische Zukunftsfähigkeit als letzte verbliebene Volkspartei. Die erhalten wir nur, wenn wir mehr Frauen ein attraktives Angebot machen können, sich bei uns zu engagieren. ●

PRO

Die Quote nutzt wenig und schadet viel

Braucht die CDU mehr Frauen? Eindeutig: ja! Ich würde uns aber dringend davon abraten, daraus ein Recht auf die Hälfte aller zu vergebenden Vorstandsplätze und Mandate zu formulieren. Durch eine starre Quote von 50 Prozent hätten Frauen gegenüber Männern in der CDU eine dreimal höhere Chance auf einen Posten, weil sie nur ein Viertel der Mitglieder stellen. Das widerspricht unserem Verständnis von Wahlfreiheit und Chancengerechtigkeit. Wenn am Reißbrett formuliert wird, wie wir zu leben haben, wird diese Idee scheitern. Wir sind auch hier immer weniger in der Lage, Realitäten vorurteilsfrei zu betrachten, weil allein das schon als politisch unkorrekt gilt – weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Nach dieser Lesart sind es die Männer, die Frauen diskriminieren und daran hindern, nach oben zu kommen. Diese dogmatische Haltung bedauere ich zutiefst, weil sie den Weg für gute und sinnvolle politische Entscheidungen versperrt.

Mit meiner ostdeutschen Herkunft gebe ich zu, in einer Gesellschaft aufgewachsen zu sein, in der Frauen wie selbstverständlich sogenannte Männerberufe erlernten, ihr gesamtes Erwerbsleben im Beruf standen und damit auch

finanziell unabhängig waren. Natürlich wissen wir, wie das System DDR zu bewerten ist, doch dieses selbstbewusste Frauenbild ist geblieben. Das wiedervereinigte Deutschland hat sich verändert. Ohne Quote.

Frauen sind trotzdem vielerorts unterrepräsentiert. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Genauso vielfältig müssen unsere Lösungen sein. Das Interesse an CDU-Politik, die Leidenschaft für Debatte oder die Motivation für das Ringen um die beste Lösung lassen sich nicht verordnen. Das müssen Frauen mitbringen, wenn sie sich für politisches Engagement entscheiden. Doch oftmals fehlt das Angebot zur aktiven Mitarbeit für Neumitglieder. Die Themen gehen an den Bedürfnissen interessierter Neumitglieder vorbei, und die Sitzungs- und Debattenkultur bei spätabendlichen Stammtischen wirkt auf wenige attraktiv. Wollen wir mehr Frauen in Vorständen und in Mandaten, brauchen wir sie zunächst in der Mitgliedschaft. Der Mangel an Parteienachwuchs und damit auch an Frauen hat programmatische und strukturelle Ursachen. Hierauf sollten unsere Aktivitäten als Volkspartei ausgerichtet sein. Die Quote dagegen nutzt wenig und schadet viel. ●

CONTRA



Silvia Breher (47) ist stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands und Landesvorsitzende der CDU Oldenburg. Die Bundestagsabgeordnete ist Mitglied der Struktur- und Satzungskommission der CDU und stimmte dort für die Frauenquote.



Jana Schimke (40) ist stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete. Die gebürtige Cottbuserin ist Mitglied der Struktur- und Satzungskommission der CDU und stimmte dort gegen die Frauenquote.

Fotos: Phil Dera; Claudia Anders

EU-Check

Irrwitzige Verordnung oder sinnvolle Richtlinie? In dieser Rubrik bewerten unsere EU-Experten des PKM Europe regelmäßig neue EU-Vorhaben.

Keine Tachografenpflicht für Handwerker

Mit dem Mobilitätspaket haben Europaparlament und Rat im Juli einheitliche Regeln für gewerbliche Fahrer und Kabotage in der EU beschlossen. Die Verordnung regelt Vorschriften zu Lenk- und Ruhezeiten im Transportbereich bei Wagen über 2,4 Tonnen und die Überwachung durch „intelligente Fahrtenschreiber“. Dadurch werden Lkw-Fahrer auf Langstrecken quer durch Europa vor Ausbeutung geschützt. Für mittelständische Unternehmen würde die Dokumentation von Fahrzeiten aber übermäßige Bürokratie verursachen. Deshalb sind Kleintransporter, die Warenverkehr fahren, komplett von der Tachografenpflicht ausgenommen. Zudem gilt die sogenannte Handwerker Ausnahme auch für Fahrzeuge unter 7,5 Tonnen, die zur Beförderung von Material und im Umkreis von 100 Kilometern eingesetzt werden. Dadurch werden im grenzüberschreitenden Lastenverkehr die Sozial- und Binnenmarktvorschriften durchgesetzt, ohne mittelständische Handwerksbetriebe unnötig zu belasten.

Rat kürzt Zukunfts-Investitionen

Mit dem 750 Milliarden Euro schweren Corona-Wiederaufbaufonds nimmt die EU Schulden auf, bei denen weder Rückzahlung noch Kontrolle der Mittelverwendung ausreichend geregelt sind. Der Kompromiss sieht zudem vor, dass die für den Mittelstand wichtigen Programme Horizont Europa und InvestEU radikal gekürzt werden. Damit sind starke Einschnitte bei der Forschungsförderung und Investitionen im Mittelstand zu befürchten.



Die Jury
Markus Ferber (CSU) und Dr. Markus Pieper (CDU) sind Mitglieder des Europäischen Parlaments und Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand Europe

PKM Europe
der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

Wiederaufbaufonds

EU-Mittel für Zukunftsprojekte einsetzen

Die EU-Staaten haben sich auf ein 750 Milliarden Euro umfassendes Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Folgen der Corona-Krise verständigt. Die Beschlüsse des EU-Gipfels bergen jedoch große Risiken. Die EU werde „immer mehr eine Transferunion, verknüpft mit einer langjährigen Verschuldung“, kritisierte MIT-Chef Carsten Linnemann. Er mahnte wie auch die MIT-Vorstandsmitglieder Markus Ferber und Markus Pieper an, dass die Mittel nun für „wirkliche Zukunftsprojekte mit europäischem Mehrwert verwandt werden und dass streng überprüft wird, ob die Empfängerländer die Bedingungen für die Finanzmittel einhalten.“ Immerhin: Den „sparsamen Fünf“ (Österreich, Schweden, Dänemark, Finnland und Niederlande) gelang es, das Volumen für reine Zuschüsse deutlich zu reduzieren.

Protektionismus

CO₂-Grenzsteuer würde Freihandel schwächen

Die MIT lehnt die von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagene Einführung einer CO₂-Grenzsteuer ab. „Eine CO₂-Grenzsteuer würde die weltweiten protektionistischen Tendenzen noch verstärken und den Freihandel abwürgen“, sagt MIT-Vorsitzender Carsten Linnemann. „Es wäre für unsere exportorientierte deutsche Wirtschaft fatal, ihr ausgerechnet in der Corona-Krise noch Sand ins Getriebe zu streuen.“ Eine Grenzabgabe würde zudem die Verbraucher belasten und sei ohnehin kaum praktikabel, da jedes Gut eine Einzelfallbetrachtung benötigte. Der Bundesvorstand der MIT sprach sich stattdessen für eine kostenlose Zuteilung von Zertifikaten aus. In dem Vorstandsbeschluss fordert die MIT außerdem den Abbau nationaler Abgaben, Umlagen und Steuern sowie die Verankerung des Prinzips der Technologieoffenheit auf allen europäischen Ebenen.

Steuervereinfachung

MIT und FDP-Mittelstand fordern Strukturreformen

Die beiden Vorsitzenden der Wirtschaftsvereinigungen von CDU/CSU und FDP, Carsten Linnemann und Dorian Hartmuth, haben gemeinsam eine Steuerstrukturreform und die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags gefordert. MIT-Chef Carsten Linnemann: „Wirkungsvoller als kurzfristige Konjunkturimpulse wären jetzt strukturelle Reformen, die den Standort dauerhaft attraktiver machen und Unternehmen und Arbeitnehmer dauerhaft entlasten.“ Dies hätte man längst umsetzen müssen, so Linnemann: „Aber spätestens jetzt während der Krise ist der richtige Zeitpunkt, um den Unternehmen den Aufschwung zu erleichtern.“ Linnemann und Hartmuth, Vorsitzender der FDP-nahen Bundesvereinigung Libe-

raler Mittelstand, fordern den Bundesfinanzminister auf, endlich die längst überfällige Strukturreform der Unternehmenssteuern anzugehen. Die Belastungen für Kapitalgesellschaften sollen auf maximal 25 Prozent begrenzt werden. Auch müsse die Regierung das vom Koalitionsausschuss angekündigte Wahlrecht bei der Besteuerung für Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften schnell umsetzen. Auch sollte der Einkommensteuertarif für untere und mittlere Einkommen abgesenkt werden. Die meisten Arbeitnehmer könnten außerdem schnell durch eine Verdoppelung des Werbungskostenpauschbetrags entlastet werden. Dies wäre gleichzeitig eine Bürokratieentlastung für Steuerpflichtige und die Finanzverwaltung.

MIT im Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“

Das MIT-Vorstandsmitglied Finn Hänsel (38) ist in den Beirat „Junge Digitale Wirtschaft“ des Bundeswirtschaftsministeriums berufen worden. Der Beirat berät Wirtschaftsminister Peter Altmaier zu Fragen der digitalen Transformation. Hänsel ist Gründer des Gesundheits-Startups Sanity Group für medizinische Hanf-Produkte. Zuvor führte er unter anderem die Geschäfte der Brauerei Berliner Berg sowie des Umzugs-Startup Movinga, das 2016 mit dem Deutschen Mittelstandspreis der MIT ausgezeichnet wurde. Hänsel engagiert sich als Beisitzer im MIT-Bundesvorstand und als stellvertretender Kreisvorsitzender der MIT Berlin-Mitte.



Digitale Transformation

Corona

MIT:FUTURA und Mittelstandspreis abgesagt

Das Präsidium der MIT hat entschieden, das Digitalevent MIT:FUTURA sowie die Verleihung des Deutschen Mittelstandspreises der MIT in diesem Jahr nicht stattfinden zu lassen. Der Mittelstandspreis, den die MIT jährlich im Rahmen ihres Parlamentarischen Abends verleiht, sollte am 7. September stattfinden, die MIT:FUTURA am 23. September. Die Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie wären jedoch zu groß gewesen. Derzeit wird geprüft, wann die beiden Veranstaltungen nachgeholt werden können.

Bundestag muss sich beschränken

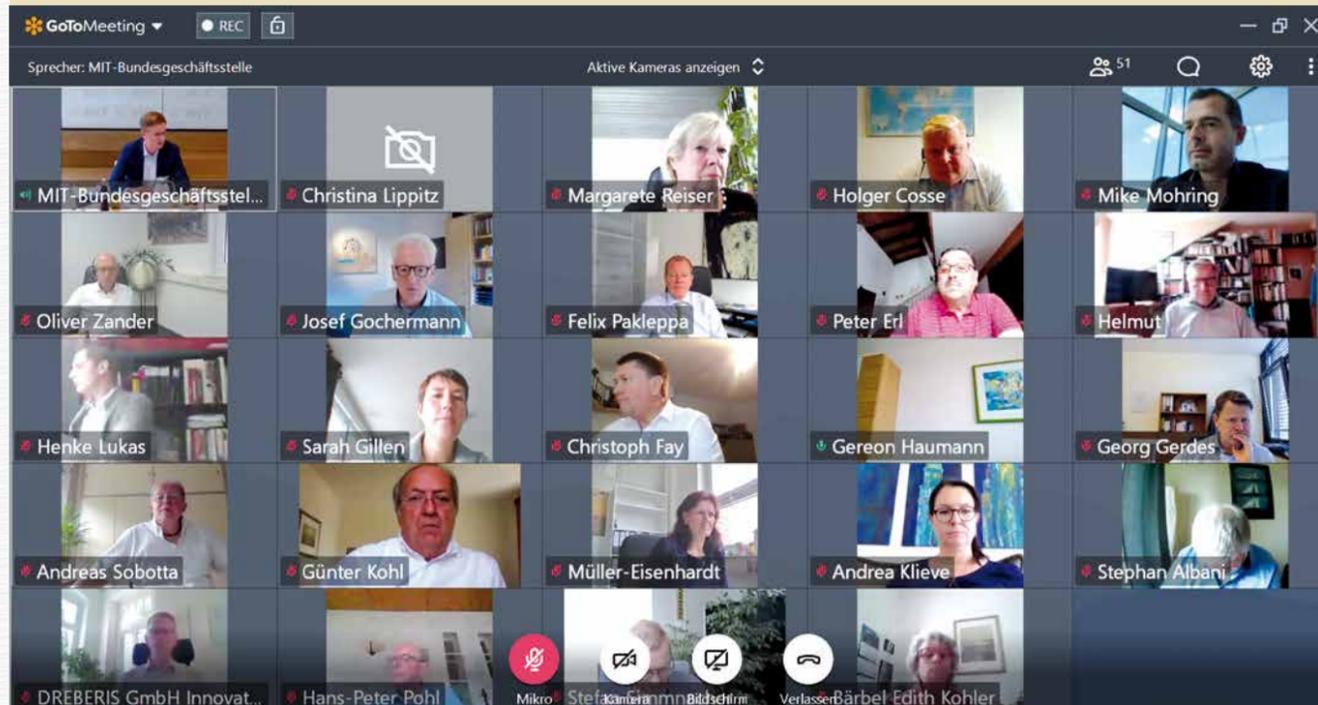
Die MIT hat den Druck auf die Koalition für eine Reform des Wahlrechts erhöht und einen eigenen Vorschlag vorgelegt. Das MIT-Präsidium stellte drei Prämissen für die Reform auf: Es soll erstens eine moderate Reduzierung der Direktwahlkreise geben. Überhangmandate sollen zweitens nicht vollständig durch Listenmandate ausgeglichen werden. Drittens soll der erste, länderbezogene Zuteilungsschritt deutlich reduziert werden. Dies würde zu einer weiteren deutlichen Reduzierung von Ausgleichsmandaten bereits für die kommende Bundestagswahl 2021 führen. Das MIT-Präsidium forderte die Parteispitzen von Union und SPD auf, zur Wahlrechtsreform einen Koalitionsausschuss einzuberufen. Christian von Stetten, MIT-Präsidiumsmitglied und Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (PKM): „Die Politik verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie der Bevölkerung Einschnitte abverlangt, aber selbst nicht in der Lage ist, sich zu beschränken.“ Der Druck hat gefruchtet: Der Koalitionsausschuss wird sich im September mit dem Wahlrecht befassen.

Wahlrechtsreform

Energiepolitik

EEG abschaffen, Zertifikatehandel ausweiten

Der MIT-Bundesvorstand hat eine Reihe energiepolitischer Beschlüsse verabschiedet. Eine nationale CO₂-Bepreisung dürfe es nur geben, wenn die Belastungen für die Unternehmen gleichzeitig kompensiert würden. „Die Kompensation muss grundsätzlich Unternehmen aller Branchen offenstehen und einen besonderen Fokus auf den Mittelstand legen“, lautet der Beschluss. Die MIT will zudem die Erneuerbaren Energien marktfähig machen. Das deutsche EEG erfüllt diese Voraussetzungen nicht und soll daher endgültig auslaufen. „Neue Anlagen, die eine staatliche Förderung beantragen, müssen im Rahmen von Ausschreibungen ausgeschrieben werden, die sicherstellen, dass Kosten und Emissionen am effizientesten eingespart werden“, sagt Henning Aretz, Vorsitzender der MIT-Kommission Energie und Umwelt. Zudem will die MIT bessere Rahmenbedingungen für die mittelständische Wirtschaft zur Nutzung der Photovoltaik. Um das Stromsystem stabil und sicher zu halten, fordert die MIT unter anderem einen schnelleren Ausbau der Übertragungsnetze und eine genaue Analyse des Kohleausstiegs. Kohlekraftwerke sollten erst dann abgeschaltet werden, wenn das System garantiert stabil gehalten werden kann.



Arbeitsmarktreformen

Homeoffice-Rechtsanspruch wäre praxisfremd

Die MIT will den starren deutschen Arbeitsmarkt umfassend reformieren. Der Bundesvorstand verabschiedete einen Beschluss, der unter anderem eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit, mehr Hinzuverdienst bei Minijobs und den Erhalt von Werkverträgen vorsieht. „Das Arbeitsrecht muss an die modernen Gegebenheiten angepasst und flexibler ausgestaltet werden“, sagt MIT-Vize Jana Schimke. „Sämtliche Gesetzesvorhaben, die den Mittelstand mit zusätzlichen Abgaben oder bürokratischen Auflagen belasten, müssen auf Eis gelegt werden.“ Der Beschluss sieht eine Stärkung von Homeoffice vor – einen Rechtsanspruch darauf lehnt die MIT aber ab. „Die Corona-Krise zeigt, dass in vielen Betrieben die Bereitschaft für Homeoffice bereits gängige Praxis ist. Daher besteht kein Bedarf für pauschale, rechtliche Vorgaben“, so Michael Littig, der mit Schimke die Kommission Arbeit und Soziales leitet. Staatliche Vorgaben seien an dieser Stelle praxisfremd und widersprächen den Grundzügen des Arbeitsrechts. Diese Position bekräftigte auch Schimke im ZDF-Morgenmagazin (Foto).

Technologieoffenheit

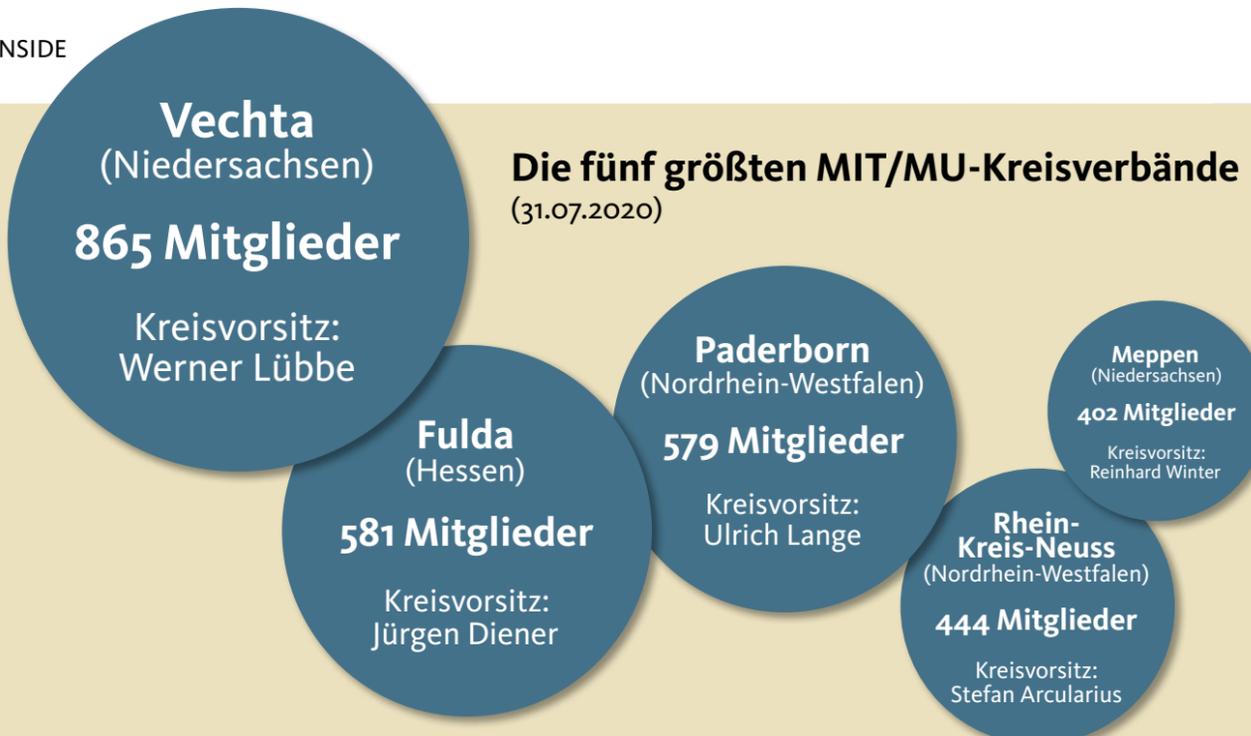
Wasserstoff als Brennstoff der Zukunft

Die Politik sollte nach Ansicht der MIT nicht alleine auf grünen Wasserstoff setzen (siehe auch Seite 28). Um der Wasserstofftechnologie zum Durchbruch zu verhelfen, fordert die MIT, die Förderung von CO₂-neutralem Wasserstoff technologieoffen zu vergeben. Neben grünem Wasserstoff sollten auch andere technologische Optionen gefördert werden. Es muss Forschung, Technik und Wirtschaft überlassen werden, mit welchen Techno-

logien die Klimaschutzziele am besten erreicht werden können. Auch darf es keine Beschränkungen geben, in welchen Bereichen Wasserstoff eingesetzt werden darf. Die MIT kämpft schon lange für einen marktwirtschaftlichen Handel mit CO₂-Zertifikaten, um die Emissionen marktgerecht zu reduzieren. Bürokratische Vorgaben wie etwa Beimischungsquoten lehnt die MIT ab.

Mitgliederstatistik

Die fünf größten MIT/MU-Kreisverbände
(31.07.2020)



Verbände mit dem größten absoluten Zuwachs
(31.05.2020 – 31.07.2020)



Verbände mit dem größten relativen Zuwachs
(31.05.2020 – 31.07.2020)



„Ich bin neu in der MIT, weil ...“

... ich mich an vielen Orten der Welt davon überzeugen konnte, dass unsere Soziale Marktwirtschaft und der starke Mittelstand schützenswert sind.“



Oliver Nill
Offizier,
MIT Potsdam

... Kreativität in allen Bereichen der Wirtschaft von elementarer Bedeutung ist.“



Jana Hartnigk
Kommunikationsdesignerin,
MIT Stuttgart

... der Mittelstand eine wichtige Bedeutung für die Wirtschaft und die Gesellschaft hat. Diesen heißt es weiterhin zu fördern und zu unterstützen.“



Lars Kraus
Geschäftsführer,
MIT Wesel

Oliver Nill (38) wuchs im Rhein-Main-Gebiet auf und kam nach seinem Abitur als Wehrpflichtiger 2001 zur Bundeswehr. Dort dient er heute im Dienstgrad Oberstleutnant i.G. im Stab des Inspektors der Luftwaffe in Berlin. Zuvor absolvierte er Stationen im Verteidigungsministerium in Berlin, in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, am Niederrhein, in Bayern und in den USA. Zudem nahm er an zwei Auslandseinsätzen in Afghanistan und im Kosovo teil. Seine universitären Studiengänge schloss er an den Universitäten der Bundeswehr in München und Hamburg in den Jahren 2006 und 2017 ab. Der zweifache Familienvater ist passionierter Schachspieler und Golfer und in der Kommunalpolitik Potsdams als Stadtbezirksvorsitzender aktiv.

Jana Hartnigk (44) arbeitet seit Juni dieses Jahres in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion. Nach ihrem Master im Studiengang Kommunikationsdesign arbeitete sie zunächst einige Jahre beim Südwestrundfunk (SWR). Anschließend wechselte sie zu einer Tochterfirma der Daimler AG, wo sie den Bereich Design und Kommunikation leitete und als Pressesprecherin tätig war. 2015 gründete sie eine eigene Agentur und arbeitete als selbstständige Designerin. In ihrer Freizeit engagiert sich Jana Hartnigk im CDU-Kreisverband Remseck. Als Gründungsmitglied und erste Vorsitzende des Vereins „Kunst und Medien Remseck e.V.“ liegt ihr zudem die Förderung von Kunst und Kultur besonders am Herzen.

Lars Kraus (37) blickt auf mehr als 17 Jahre Erfahrung in der Gastronomie und der Lebensmittelbranche zurück. Fünf Jahre lang betrieb er ein eigenes Streetfood- und Cateringunternehmen. Während dieser Zeit setzte er sich bereits intensiv mit Premiumölen auseinander. Im Jahr 2017 fasste er schließlich den Entschluss, eine eigene Ölmanufaktur zur Produktion von Nuss- und Saatenölen sowie kohlenhydratarmen Mehlen zu gründen. Diese trägt den Namen „La Vida Verde“, was auf Deutsch „Das grüne Leben“ bedeutet. Der Firmensitz ist in Düsseldorf. Die Produktion findet am Niederrhein in Neukirchen-Vluyn statt, wo er auch der MIT beiträgt. Den Firmen-Leitspruch „Du bist, was Du isst“ beherzigt der Unternehmensgründer jeden Tag aufs Neue.

Die MIT ist mit rund 25.000 Mitgliedern der stärkste und einflussreichste parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. In unserer Vereinigung ist jeder willkommen, der die ordnungspolitischen Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft schätzt. In dieser Rubrik stellen wir mit jeder Ausgabe drei unserer Neumitglieder vor. Mehr Infos zur Mitgliedschaft: www.mit-bund.de/mitgliedschaft

Neumitglieder

Reale Sicherheit in der digitalen Welt.

Starke Lösungen
und Expertise:
von Spezialisten
für Spezialisten.

- > Firmen und Freie Berufe
- > Cyberversicherung

HDI

Das Cyberisiko stellt eines der Top-Drei-Risiken für Unternehmen dar. Durch Corona und die zunehmende Arbeit im Homeoffice ist das Risiko noch mal gestiegen. Die HDI Cyberversicherung bietet eine umfangreiche Absicherung und unterstützt Sie mit einer professionellen Soforthilfe rund um die Uhr. Unser Partner Perseus sorgt mit IT-Sicherheitstrainings bei Ihren Mitarbeitern für nachhaltigen Schutz. Und damit Sie immer auf dem neuesten Stand sind, ist die Leistungs-Update-Garantie kostenfrei enthalten.



www.hdi.de/cyberversicherung

AUFBRUCH

Mensch und Gesellschaft im digitalen Wandel

Bitte beachten Sie die folgende Beilage der Google Germany GmbH.

Lernen und Arbeiten

Unterricht im Videocall:
Wie diese Schule digital wurde

Tausende zu Hause:
Ein Mittelständler im Krisenmodus

Ideenreich:
Ein Zeitungsverlag geht völlig neue Wege

Google

Inhalt



4

Das streamende Klassenzimmer

So führt eine Lehrerin ihre Schülerinnen und Schüler online zum Abschluss
– Seite 4

Gezeigt, gelikt, gekauft

Zwei Modehändler machen in der Krise mithilfe der sozialen Medien Umsätze
– Seite 8

Wenn die Zeitung den Einkauf bringt

Ein Dresdner Verlag wird vom Informations- zum Lebensmittellieferanten
– Seite 11

Mehr vom Aufbruch online erfahren

Alle Texte und ein PDF dieses Magazins finden Sie ab sofort auch online auf goo.gl/aufbruch-de

Endlich die digitale Lücke schließen

Berlins Wirtschaftssenatorin verknüpft klassische Unternehmer mit digitalen Vorreitern
– Seite 14

Und plötzlich sind alle weg

Wie ein Weltmarktführer für Sensortechnik den Umzug ins Homeoffice managt
– Seite 16

Impressum

Google Ireland Limited, Gordon House, Barrow Street, Dublin 4, Irland | Tel.: +353 1 543 1000 | Fax: +353 1 686 5660 | E-Mail: support-deutschland@google.com | Geschäftsführung: Elizabeth M. Cunningham, Nicholas Leeder | Google Ireland Limited ist eine nach irischem Recht gegründete und registrierte Gesellschaft | Registernummer: 368047 | Umsatzsteuer-ID.-Nr.: IE6388047V

Dies ist eine Anzeigenonderveröffentlichung von Google. Danke an das Team von SZ Scala GmbH.

14



22



16

Vom Sofa mitten auf die Bühne

Das Staatstheater Augsburg liefert dem Publikum VR-Brillen – und holt es so auf die Bühne
– Seite 20

Neuer Stolz und alte Kämpfe

ver.di-Chef Frank Werneke spricht über Kurzarbeit und Chancen der Digitalisierung
– Seite 22

Titelfotos: Max Brunnert | Fotos: Max Brunnert, Felix Brüggemann, Constantin Mirbach, Robert Rieger, Google

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

zu den vergangenen Monaten gibt es keinen Vergleich. Unser Leben wird durchgerüttelt, dieses Jahr zwingt uns immer wieder zum Umdenken, zur Neuausrichtung.

Mit der Magazinreihe *Aufbruch* widmen wir uns der Digitalisierung in all ihren Facetten. In dieser Ausgabe versuchen wir uns an einer Zwischenbilanz: Wie verändern sich Bildung und Arbeit in der Krise? An welchen Stellen ist das Digitale hilfreich? Wo zeichnet sich dank digitaler Hilfe so etwas wie Zuversicht ab?

Viele Anwendungen für Smartphone, Tablet oder Computer können beim Lernen und Arbeiten nützlich sein. In den Geschichten auf den folgenden Seiten stellen wir deshalb ausgewählte Programme vor oder verweisen auf weiterführende Informationen. Meine Hoffnung ist, dass Sie Anregungen für Ihren digitalen Aufbruch finden – egal ob in der Schule, für Ihre Weiterbildung oder zur Entwicklung Ihres Unternehmens.

Bleiben Sie gesund!

Ihr Philipp Justus

Managing Director Google Deutschland



Digitale Werkzeuge

An mehreren Stellen in diesem Heft haben wir Hinweise zusammengetragen, mit deren Hilfe Sie Ihren eigenen digitalen Aufbruch angehen können. Ein umfangreiches Angebot an kostenlosen Online- und Präsenzschnulungen hält überdies die Google Zukunftswerkstatt vor: Die Trainerinnen und Trainer vermitteln vielfältiges Wissen, das in der digitalen Wirtschaft nützlich ist: → zukunftswerkstatt.de

Per Videokonferenz zum Abitur



TEXT: CHRISTOPH HENN
FOTOS: MAX BRUNNERT

Schulschließungen haben das deutsche Bildungssystem vor völlig neuen Herausforderungen gestellt, über Nacht gewannen digitale Unterrichtsmethoden an Bedeutung. Ein Erfahrungsbericht von der August-Dicke-Schule, einem Gymnasium in Solingen

Schule

Tom* wirkt ein bisschen nervös, vor allem aber konzentriert. »Amerika war einmal eine britische Kolonie«, sagt seine Lehrerin auf Englisch und fragt dann: »Auf welche Länder trifft das noch zu?« Tom überlegt kurz, ehe er auf Englisch über Indien zu sprechen beginnt. Er ist gut vorbereitet, auch die Nachfragen beantwortet er ausführlich. Tom ist hörbar erleichtert, als die Befragung vorüber ist und die Lehrerin seine Leistung lobt. Immerhin war das gerade kein einfaches Ausfragen, es war eine realitätsnahe Simulation der mündlichen Abiturprüfung in Englisch. Und auch die Umstände sind alles andere als gewöhnlich: Statt im Klassenzimmer sitzt Tom zu Hause vor seinem Computer. Die Lehrerin und die Mitschülerinnen und Mitschüler seines Kurses hören und sehen ihn per Videokonferenz über die Bildschirme ihrer Laptops und PCs.

Die virtuelle Schule ähnelt in mancherlei Hinsicht der echten

»Ich habe meine Klassen online zum Abitur geführt«, sagt Petra Hobrecht mit gelassener Stimme, als sei das eine Selbstverständlichkeit. Dabei gilt gerade Deutschland nicht als Vorbild für digitale Bildung. Im Gegenteil: Als Ende 2019 die zweite Auflage der internationalen Vergleichsstudie »International Computer and Information Literacy Study« (ICILS) erschien, welche die Digitalkompetenz von Achtklässlern untersucht, waren hierzulande kaum Fortschritte zu erkennen. Wie schon 2013 schnitten deutsche Schüler im 14-Länder-Vergleich nur mittelmäßig ab. Noch schlechter sah das Zeugnis für die Schulen aus: Nur gut drei Prozent der Lehrer bekommen einen Computer gestellt, so wenige wie in keinem anderen der untersuchten Länder. Während sich in Dänemark 97 Prozent der Schüler und Lehrer über digitale Lernplattformen austauschen, lag die Quote in Deutschland im Untersuchungszeitraum 2018 nur bei 17 Prozent.

Petra Hobrecht und ihre Klassen gehörten schon vor der Corona-Zeit zur fortschrittlichen Minderheit. Die Gymnasiallehrerin für Englisch und



Kopfhörer auf, Computer und Tablet hochfahren, ab ins virtuelle Klassenzimmer: Lehrerin Petra Hobrecht beim Unterrichten.

Mathematik befasst sich seit Jahren mit digitalen Medien in der Schulbildung. Unter anderem organisierte sie an ihrem Gymnasium, der August-Dicke-Schule (ADS) im nordrhein-westfälischen Solingen, die Anschaffung von elektronischen Tafeln und Tablet-Computern für die Oberstufe. Mithilfe der Tablets können die Schüler auch auf die elektronische Tafel zugreifen und gemeinsam Aufgaben lösen. Die zu bearbeitenden Dateien werden über »Google Classroom« ausgetauscht, einer Anwendung innerhalb von G Suite for Education, in der Lehrkräfte ihren Schülern Aufgaben zuweisen können.

Als im Zuge der Corona-Krise die Schulen in Nordrhein-Westfalen schlossen, erkannte Petra Hobrecht schnell: Was sie in ihren Kursen bereits gelebt hatte, könnte die gesamte Schule durch die Schließzeit tragen. Gleich am ersten Tag des Lockdowns überzeugte sie einen Großteil der Kollegen von Google Classroom. Dabei wurde auch über Datenschutz diskutiert. Dem trägt die Schule Rechnung, indem sie ein zentrales Konto für die Plattform anlegt und die Schülerinnen und Schüler sich dort pseudonymisiert und nur für schulische Zwecke bewegen. Zwei Tage später waren 700 Schüler ab der siebten Jahrgangsstufe über individuelle E-Mail-Adressen, die weder Vor- noch Nachnamen enthalten, mit der Plattform verbunden. »Wir haben sogar noch Anleitungen für die Lehrer und die Schüler verfasst«, erinnert sich Hobrecht. »Dann konnte es losgehen.«

Auf der Classroom-Plattform regulieren Lehrkräfte den Zutritt

Die virtuelle Schule, die an der ADS in kürzester Zeit ihre Pforten öffnete, ähnelt in mancherlei Hinsicht der echten. Auf der Classroom-Plattform richten Lehrkräfte ihre Kurse ein, aber auch Bereiche, zu denen die Kinder keinen Zutritt haben – zum Beispiel ein Lehrerzimmer, in dem sich das Kollegium über die Erfahrungen mit dem digitalen Unterricht austauscht. Die Schüler wiederum nutzen für jedes Fach einen eigenen Bereich, in dem die jeweilige Lehrkraft Aufgaben einstellt und korrigiert, aber auch Erklärungen postet und Fragen beantwortet.

Neben dem schriftlichen Austausch binden Hobrecht und ihre Kolleginnen und Kollegen immer wieder Unterrichtsstunden mit Videoübertragung ein, in denen sich Lernende und Lehrende zumindest ähnlich wie

*Name geändert

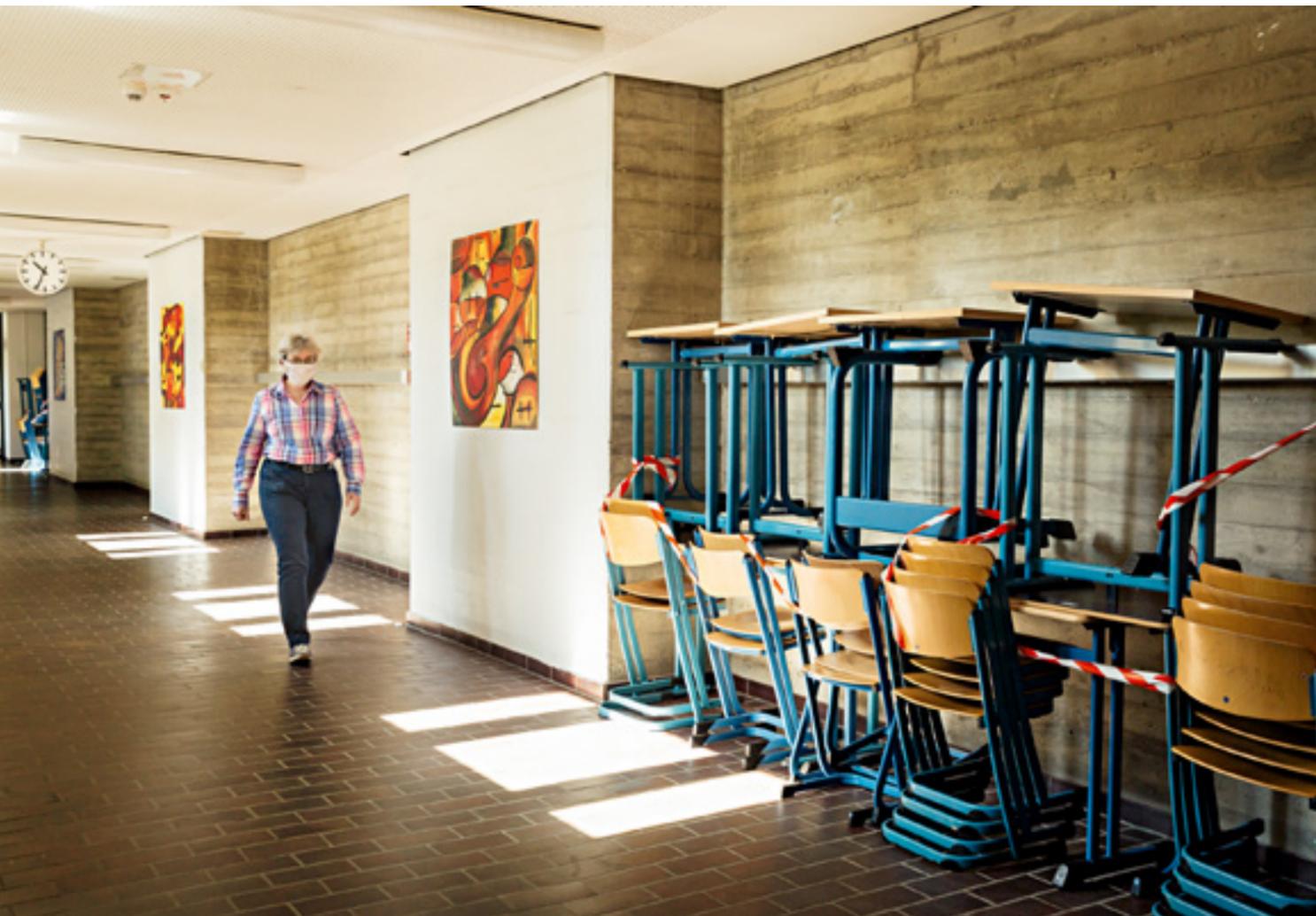
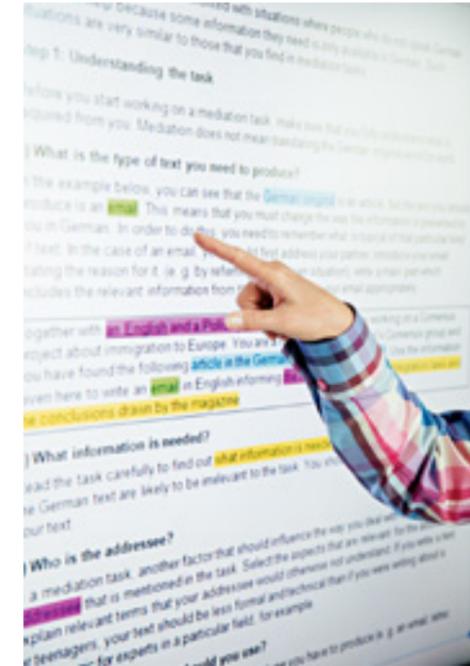
im Klassenzimmer austauschen können. »Der intuitive Umgang vieler Schüler mit der Technik ist von Vorteil«, sagt Hobrecht mit Blick auf die vielfältigen digitalen Anwendungsmöglichkeiten. Weil sich etwa mathematische Gleichungen schneller per Hand als über die Tastatur formulieren und bearbeiten lassen, tun Hobrechts Schüler das auch. Danach fotografieren sie den Lösungsweg mit dem Smartphone und laden ihn direkt über die Classroom-App ins virtuelle Klassenzimmer.

»Wir haben von Schülern, Eltern und Lehrern nur positives Feedback bekommen«, bilanziert Petra Hobrecht nach den ersten Wochen ohne Präsenzunterricht, die sie genauso wie ihre Klassen zu Hause verbracht hat. Am meisten vermisst hat sie dabei die realen sozialen Kontakte mit ihren Zöglingen und dem Kollegium. Die technische Ausstattung der Lernenden und Lehrenden ist an der ADS kein wirkliches Problem. Ihr ist aber auch bewusst, dass die Voraussetzungen für digitales Lernen an

vielen deutschen Schulen deutlich schlechter sind: Längst nicht alle Kinder haben zu Hause Zugriff auf Computer, längst nicht alle Eltern können beim Heimunterricht unterstützen. Viele Experten befürchten, dass dadurch Kinder aus sozial schwächeren Haushalten deutlich benachteiligt werden und die Chancenungleichheit im Bildungssystem wächst. Sie fordern deshalb, diese Familien besser mit digitaler Ausstattung und Betreuungsangeboten zu fördern.

Petra Hobrecht hofft, dass sich die Perspektive auf das digitale Unterrichten verändert. »Ich kann mir gut vorstellen, dass viele Vorbehalte von Eltern, aber auch Lehrern abgebaut werden und die Akzeptanz für digitale Unterrichtsmethoden steigt«, sagt die Lehrerin. Für sie wäre das, nach vielen Jahren der Beschäftigung mit diesem Thema, ein persönlicher Erfolg. Für Deutschland könnte diese Entwicklung einen Weg aus dem internationalen Mittelfeld in Sachen schulischer Digitalkompetenz bedeuten. •

» Ich kann mir gut vorstellen, dass nun viele Vorbehalte von Eltern, aber auch Lehrern abgebaut werden und die Akzeptanz für digitale Unterrichtsmethoden steigt «



Digitale Werkzeuge

Eine Auswahl für Lehrkräfte und Schüler

Unter dem Motto »Schule von zu Hause« stellt Google viele Anwendungen zum Unterricht von zu Hause sowie Links rund um digitale Bildung zur Verfügung:
→ teachfromhome.google

Im März und April 2020 trugen Hunderte Freiwillige eine »Wissensbasis für zeitgemäße Bildung online« zusammen und veröffentlichten die Ergebnisse: → faq-online-lernen.de

Die FWU-Mediathek hält Tausende von Unterrichtsfilmen, Arbeitsblättern und Bildergalerien entsprechend den Lehrplänen der Bundesländer vor: → fwu-mediathek.de

Eine umfangreiche Auflistung von Apps, digitalen Werkzeugen und innovativen didaktischen Methoden findet sich auf den Seiten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft: → gew.de/bildung-digital

»Anton – Lernplattform für die Schule« ist eine kostenlose und werbefreie App für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 mit 10 für die Fächer Deutsch, Mathematik, Biologie und Sachunterricht: → anton.app

»fragFINN« ist eine Suchmaschine für Kinder bis zwölf Jahre. Kinder finden dort nur altersgerechte und von Medienpädagogen überprüfte Internetseiten: → fragfinn.de

Die Videoplattform YouTube versammelt hochwertige Erklärfilme zu unterschiedlichen Fächern unter den Links: → youtube.com/learning sowie: → learnathome.withyoutube.com

»planet schule« ist das gemeinsame Internetangebot des Schulfernsehens von SWR und WDR und bietet Filme, Spiele und interaktive Angebote für das Lernen zu Hause: → planet-schule.de

Die ARD bündelt ihre Lernangebote für Schüler aller Altersklassen auf einer eigenen Website: → bit.ly/3bsx7W8
Das ZDF führt seine Informationen auf dieser Seite zusammen:
→ bit.ly/3dDD6Zl



Morgens halb elf in der August-Dicke-Schule: Der Pausenhof ist leer, die Gänge sind es auch. Und doch lernen die Schüler dank Petra Hobrecht weiter.



TEXT: CHRISTOPH HENN
FOTOS: THOMAS EUGSTER

Solidarität in der Krise

Innerhalb von Tagen brach im März der Umsatz von Hunderttausenden Einzelhändlern, Gastronomen und Dienstleistern ein. Viele entwickelten digitale Rezepte für den Ausnahmezustand, von denen manche nun dauerhaft profitieren – zum Beispiel die Wartners mit ihren Modegeschäften in Waldshut-Tiengen

Seit Anette und Thomas Wartner ihre drei Modegeschäfte nahe der Schweizer Grenze wieder aufsperrten dürfen, machen sie das eine halbe Stunde später als noch vor Beginn der Corona-Krise: Die Türen öffnen sich erst um 10 Uhr. Diese Verzögerung hat allerdings nichts mit Sparmaßnahmen zu tun, denn die Mitarbeiter kommen genauso wie früher um 9 Uhr. Sie nutzen die gewonnene Zeit, um neu angelieferte Accessoires, Hemden, Hosen oder Kleider mit Blick auf die digitalen Kanäle zu analysieren: Welches Stück können sie welchen Kunden gezielt über WhatsApp vorstellen? Welches Teil sollte lieber allen Followern auf Instagram oder Facebook gezeigt werden? Wo ergibt ein Foto Sinn, wann ein Video? Wie wird ein Kleidungsstück präsentiert? Von welchem Teammitglied?

Düstere Branchenprognosen

Als die Wartners am 18. März 2020 mit ihren engsten Mitarbeitern zur Strategiesitzung zusammenkamen, einigten sie sich auf ein neues Motto: »Wir müssen noch digitaler werden.« Es war der Tag, als alle drei Geschäfte schlossen, die das Ehepaar unter dem Namen »Stulz – Mode : Genuss : Leben« in Waldshut-Tiengen betreibt. Die Umsätze der sogenannten Concept-Stores waren schon Tage vorher eingebrochen, als die Grenzen zur Schweiz abgeriegelt wurden – Kunden aus dem Nachbarland sorgen bei »Stulz« und vielen anderen Händlern des historischen Ortes am Rande des Schwarzwalds für bis zu 50 Prozent des Umsatzes. Am 18. März dann der Absturz auf null Prozent Umsatz als Folge von Ausgangssperre und Zwangsschließung von Geschäften auch in Deutschland. »Es ist unfassbar, wenn du auf einmal nicht mehr tun darfst, was du so gern machst«, erinnert sich Anette Wartner an das Gefühl der Ohnmacht. Seit 2008 betreiben sie und ihr Mann das vor mehr als 90 Jahren gegründete Traditionsunternehmen, sie beschäftigen neun Mitarbeiter und statten mehr als 6000 Stammkunden mit Mode aus.

Die Ohnmacht überwältigte damals zeitgleich die gesamte Republik: Mehr als 3,5 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland laut Statistischem Bundesamt im Einzelhandel. Allein 60 000 Bekleidungs- und Schuhgeschäfte schlossen von einem auf den anderen Tag ihre Türen. Inhaber wälzten die Frage, wie sie ohne Einnahmen ihre Mieten und die meist kurz vorher eingetragene Frühjahrsware bezahlen können. Viele

meldeten Kurzarbeit an, auch die Angestellten der Stulz-Concept-Stores waren betroffen. Obwohl der Lockdown erst Mitte des Monats erfolgte, fielen die März-Umsätze des stationären Modehandels in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr laut einer Umfrage der Fachzeitschrift *TextilWirtschaft* um 60 Prozent niedriger aus. Wie rasant Covid-19 die Branche veränderte, verdeutlicht auch ein Blick auf die Titelblätter des wöchentlich erscheinenden Magazins: Noch am 12. März 2020 war die »Corona-Angst« eine Randnotiz auf der Titelseite. Vier Wochen später las sich die Schlagzeile auf der ersten Seite geradezu apokalyptisch: »Viele werden es schaffen. Viele aber nicht.«

Für Anette und Thomas Wartner stand von Anfang an fest, dass sie mit »Stulz« zu denen gehören wollten, die es schaffen – mit unternehmerischer Energie und digitaler Hilfe. Wie viele andere Einzelhändler fingen die beiden nicht bei null an. Das Geschäft unterhält eine Website, auf den Kanälen in den sozialen Medien postet »Stulz« seit Längerem Beiträge, im Herbst wurde sogar die eigene App gelauncht, in der Kunden unter anderem neue Artikel ansehen und reservieren können. Doch so weitreichend das Engagement bislang schon war, es formte sich »nur« zu einem digitalen Schaufenster. Verkauft wurde ausschließlich in den Stulz-Concept-Stores.

Eine erste digitale Strategie

Dabei blieb es in der Krise zunächst auch. »Wir wollten unsere Kunden in dieser schwierigen Zeit nicht sofort mit Verkaufswerbung bombardieren«, beschreibt Thomas Wartner seine digitale Corona-Strategie, die aus mehreren Phasen bestand. In der ersten Phase informierten die Inhaber auf ihrer Website mit dem Hashtag #NichtUnterKriegenLassen über die Schließung der Geschäfte, über den Lieferservice und telefonische und digitale Erreichbarkeit. In den sozialen Medien zeigten die Wartners Gesicht und warben um Solidarität für Kollegen: Statt eigene Produkte zu bewerben, posteten sie auf Instagram und Facebook Fotos und Videos vom Einkauf auf dem Markt und in der örtlichen Konditorei oder schwärmten vom To-go-Burger eines Waldshuter Restaurants. Dabei verwendeten sie den Hashtag #buylocal – ein Motto, das allein bei Instagram bis April rund fünf Millionen Mal benutzt wurde, um regionale Einzelhändler, Gastronomen und Handwerker zu unterstützen.



»Für uns war der Einbruch der Auslöser, viel stärker als vorher auf eine personalisierte Digitalisierung zu setzen«, sagt Thomas Wartner.



Nach etwa einer Woche gingen die Waldshuter Modehändler die zweite Phase ihrer Digitalstrategie an: Sie widmeten sich wieder dem Umsatz. Tag für Tag stellten Mitglieder des Stulz-Teams je drei komplette Outfits bei Instagram und Facebook vor. Zugleich kommunizierten sie mit Stammkunden über WhatsApp und füllten den ursprünglich zur Reservierung von Lieblingsteilen gedachten Bereich der App mit immer mehr Fotos ihres Sortiments. Die Bestellungen, die auf diesem Weg ausgelöst wurden, lieferten Mitglieder des Stulz-Teams wann immer möglich persönlich aus. So kamen während der Zwangsschließung immerhin mehrere Tausend Euro Umsatz zusammen. Weiterer Umsatz entstand durch den Verkauf von Gutscheinen in der App. »An der Aktion beteiligten sich sogar Leute, die nie vorher in unseren Läden eingekauft hatten«, erzählt Anette Wartner. Sie freut sich noch immer über die Solidarität in Zeiten der Krise.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Einnahmen, die das Paar während der Zwangsschließung mithilfe seiner digitalen Kanäle erwirtschaftete, kompensierten nicht annähernd die entgangenen Verkäufe in den Geschäften. Wie sollten sie auch, wenn selbst die großen Online-Modehändler im März und April angesichts verunsicherter Verbraucher deutliche Umsatzrückgänge meldeten. Auf rund 85 Prozent beziffern die Wartners die Einbußen zwischen der Schließung im März und der Wiedereröffnung Ende April. Ihre Mitarbeiter konnten sie nur mithilfe des Kurzarbeitergelds bezahlen. Mit den verschiedenen Modelabels verhandelten sie über Zahlungsaufschub und Verkleinerungen der noch nicht gelieferten Aufträge für Sommer und Herbst, damit sie sich auf den Verkauf des Bestandes konzentrieren können. Gelohnt hat sich die »Digital Only«-Phase nach Angaben der Inhaber dennoch. Sie half ihnen bei der Etablierung einer Strategie, die online und offline besser miteinander verbindet, erklärt Thomas Wartner: »Für uns war der Einbruch der Auslöser, viel stärker als vorher auf eine personalisierte Digitalisierung zu setzen.« Über die App, die bereits 600 Nutzer hat, kann man inzwischen einkaufen. Der aus der Not geborene Lieferservice mit Beratungsoption (»Stulz to go«) hat sich als festes Serviceangebot etabliert. Und anstatt sich mit den großen Modeplattformen in einen überregionalen Online-Wettbewerb um anonyme Kunden zu stürzen,

Anette Wartner liefert persönlich die Bestellung an die Haustür.



nutzen die Unternehmer die verschiedenen digitalen Kanäle als »Live-Touchpoints«: Sie sprechen Modebegeisterte aus der Region direkt und mit möglichst relevanten Informationen an. »Der eine Stammkunde bekommt beispielsweise von seiner Lieblingsverkäuferin über WhatsApp ein Foto der neu eingetroffenen Sommerschuhe, während wir über Social Media eine größere Gruppe über neue Produkte für die nächste Saison abstimmen lassen können«, sagt Anette Wartner. Auf diese Weise stärke sich die Bindung zu den Kunden und damit das Kerngeschäft, ist Thomas Wartner überzeugt. Die Zeit zwischen 9 Uhr und 10 Uhr sei dazu jeden Tag gut investiert. ●



Gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen stellen die Wartners jeden Tag Outfits in den sozialen Medien vor.

Digitale Werkzeuge

Hilfreiche Informationen des »Mittelstand 4.0 Kompetenzzentrum Handel« zur sinnvollen Nutzung von Verkaufs- und Social-Media-Plattformen: → kompetenzzentrumhandel.de

Expertenwissen und Fallbeispiele für kleine und mittlere Unternehmen auf der Plattform des Bundeswirtschaftsministeriums: → mittelstand-digital.de

Mit »Google My Business« erreichen Unternehmer kostenlos Kunden durch die Google-Suche und Google Maps: → google.com/business

Wie Unternehmen mit digitalen Mitteln wachsen, zeigt die Website »Think with Google«: → thinkwithgoogle.com

Mit der Initiative »go-digital« begleitet das Bundeswirtschaftsministerium den Mittelstand bei der Digitalisierung: → bmwi-go-digital.de

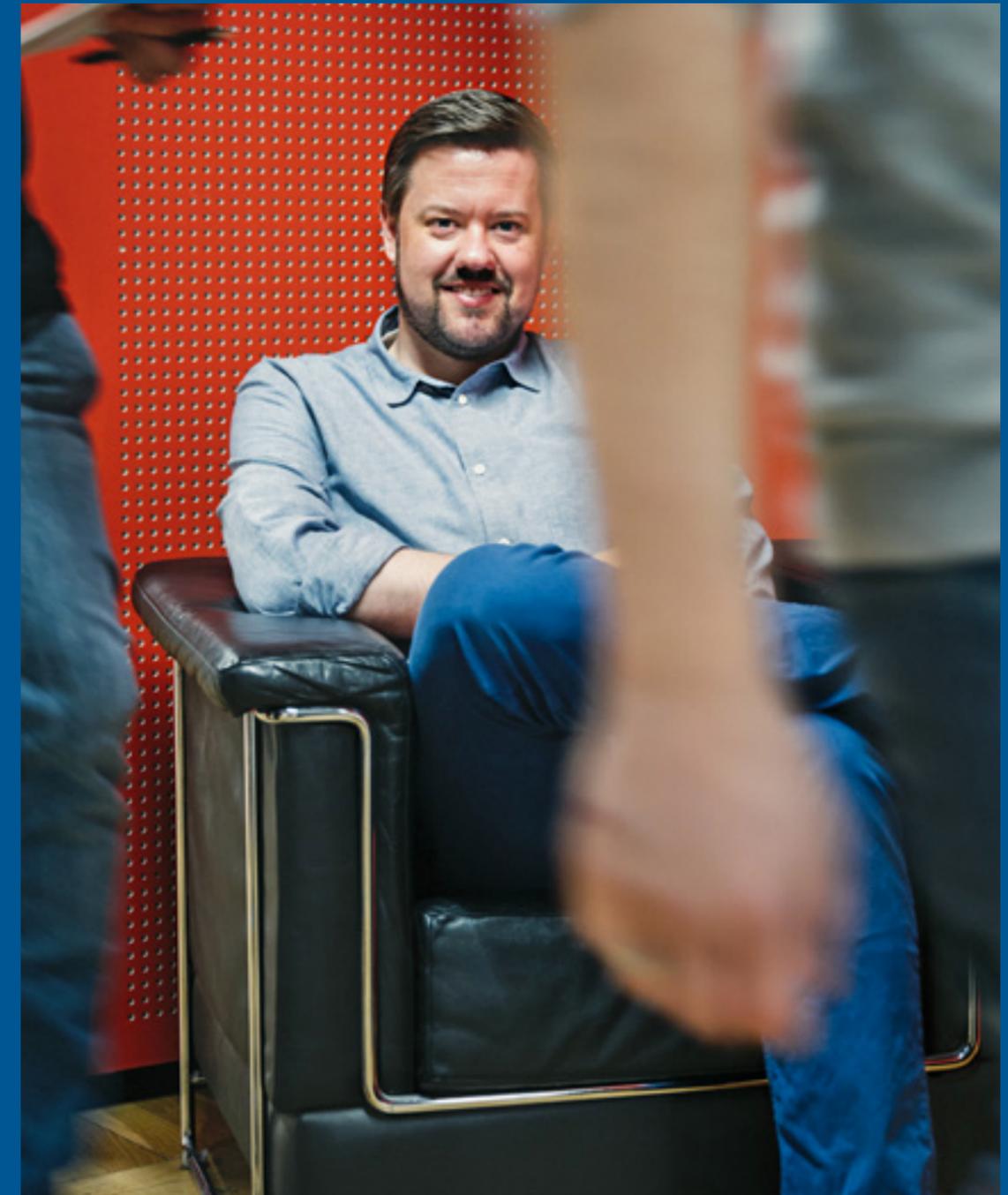
Die Google Zukunftswerkstatt bietet kostenlose Onlinekurse und Live-Webinare zu Themen wie Onlinemarketing, E-Commerce oder IT-Sicherheit: → zukunftswerkstatt.de

Fotos: Stulz-Mode (2)

Was in uns steckt

Manche Unternehmen entdecken in der Krise verborgene Fähigkeiten und erarbeiten sich daraus neue Geschäftsideen – so wie der Verlag hinter der *Sächsischen Zeitung* in Dresden

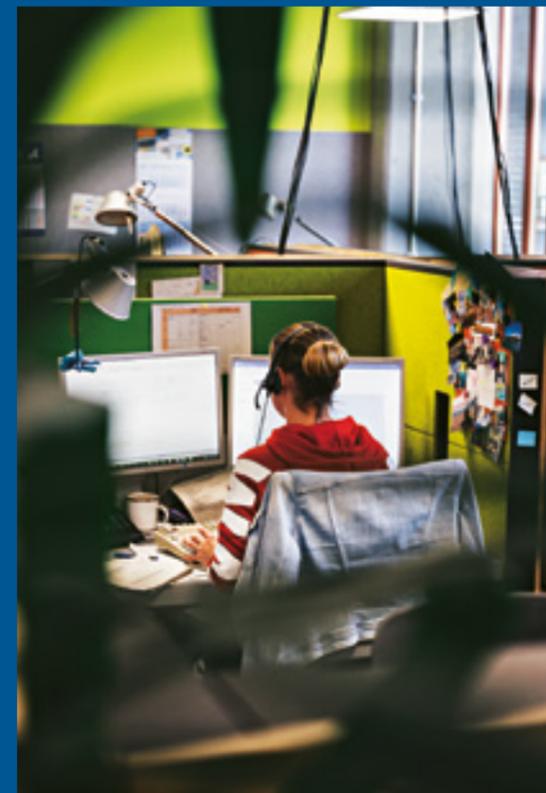
TEXT: CATALINA SCHRÖDER
FOTOS: FELIX ADLER



»Wir können nicht nur Journalismus, sondern auch Logistik«, sagt Denni Klein, Verlagsgeschäftsführer der *Sächsischen Zeitung*.

Als die Corona-Krise begann, schaltete Denni Klein in den Lösungsmodus. Klein ist Geschäftsführer der *Sächsischen Zeitung* mit Hauptsitz in Dresden. Sechsmal pro Woche liefert sein Verlag mit einem hauseigenen Postdienst an knapp 200 000 Abonnenten seine Tageszeitung aus. Als die Bundesregierung Ende März eine Kontaktsperre verhängte, erkannte Klein in seinen Zeitungszustellern neues Potenzial: Warum, fragte er sich, sollten sie nicht während der Corona-Krise neben der Zeitung auch Lebensmittel ausliefern und so dazu beitragen, dass mehr Menschen zu Hause bleiben? »Wir können schließlich nicht nur Journalismus, sondern auch Logistik«, sagt Klein. »Und diese Stärke können wir jetzt noch stärker in den Vordergrund stellen.«

Nur wenige Tage später war der ungewöhnliche Lieferservice einsatzbereit: Jeden Tag druckt die *Sächsische Zeitung* nun in Einkaufszettel-Optik eine Liste mit etwa 50 Produkten, die das Team eines Dresdner Edeka-Geschäfts zusammengestellt hat. Von Milch über Bananen bis zum begehrten Toilettenpapier ist alles dabei. Ihre Bestellung können die Menschen telefonisch in den Geschäftsstellen der *Sächsischen Zeitung* aufgeben. Jeder kann das Angebot nutzen, nicht nur die Abonnenten. Von den Geschäftsstellen gehen die Listen an den Supermarkt. Das Edeka-Team packt die Produkte zusammen und Kleins Zusteller liefern sie an die Kunden aus. »Das Ganze ist eine Win-win-win-Situation«, sagt Denni Klein und freut sich: »Die Kunden profitieren, weil sie das Haus nicht verlassen müssen. Die Gesellschaft hat was davon, weil weniger Menschen unterwegs sind. Edeka profitiert, weil sie Umsatz machen. Und für das Image unseres Verlags ist das auch eine tolle Sache.«



Neue Kooperationen in neuen Zeiten: Die Zeitung druckt die Einkaufsliste, Anzeigenmitarbeiter nehmen sie entgegen, und das Edeka-Team packt die Produkte zusammen.

Weltweit zwingt die Corona-Krise Unternehmer zum Umdenken: Aus analogen Geschäftsmodellen werden digitale. Stationäre Händler werden zu Lieferanten. Einige Unternehmen haben sich mitten in der Krise neu erfunden, weil sie erkannt haben, wie sich ihre Kompetenzen auch in anderen Bereichen einsetzen lassen. Oder weil eine Fähigkeit, die bislang eine untergeordnete Rolle spielte, in der Krise plötzlich besonders gefragt ist. So wie bei Denni Klein und dem Verlag der *Sächsischen Zeitung*. Die Resonanz auf den Lieferservice, erzählt Klein, ist überwältigend. Erwachsene Kinder schreiben ihm Dankmails, weil sie trotz Kontaktsperre ihre betagten Eltern versorgen können. Menschen in Quarantäne sind froh, weil konventionelle Supermarkt-Liefersdienste längst Wartezeiten von mehreren Wochen haben. Und auch viele von Kleins 400 Verlagskollegen sind erleichtert: An der Bestellhotline sitzen Mitarbeiter, die sich sonst beispielsweise um den Verkauf von Veranstaltungstickets kümmern. Eigentlich hätten sie wie gut 60 Prozent der Mitarbeiter des Hauses während der Krise in Kurzarbeit gehen müssen. Durch die Hotline haben sie plötzlich eine neue Aufgabe.

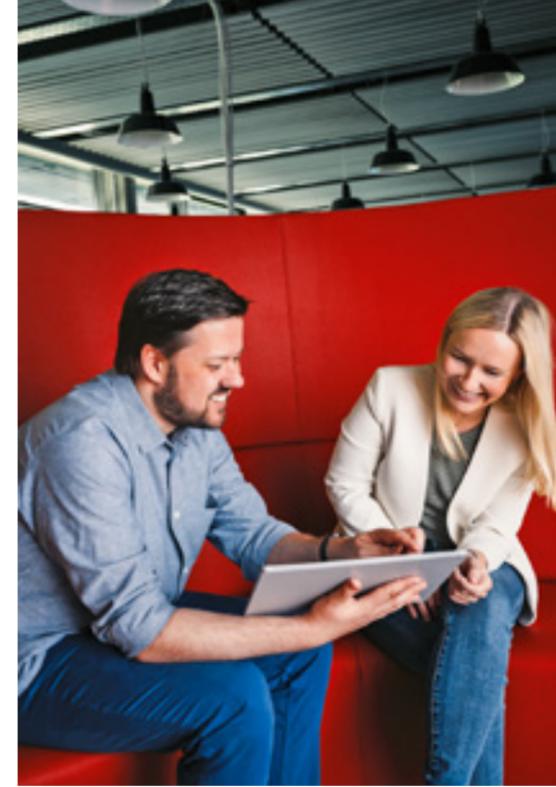
Geld verdient Kleins Verlag mit dem Krisen-Lieferservice allerdings nicht. Die Einnahmen gehen direkt an Edeka. Der Verlag berechnet zwar eine Lieferpauschale von 6,90 Euro, doch die deckt laut Klein nur die tatsächlichen Zustellkosten. Denni Klein hofft aber, dass das Angebot langfristig dem primären Geschäft seines Hauses zugutekommt: dem Journalismus. Jeder Lebensmittellieferung legt der Verlag eine kostenlose Ausgabe der Zeitung bei. Wer noch kein Abonnent ist, kann zunächst ein Probeabo nutzen. »In den vergangenen Wochen wurde das auch schon rege genutzt, und wir merken an vielen Rückmeldungen, dass verlässliche Informationen in der Krise so gefragt sind wie schon lange nicht mehr«, sagt Klein.

Ob es diese Informationen nach der Krise weiterhin geben wird, hängt auch davon ab, wie sich der Anzeigenmarkt entwickelt. Viele Medienhäuser verzeichnen bereits massive Umsatzrückgänge. Auch Denni Klein treibt diese Sorge um. Bricht bei den Unternehmen in der Region das Geschäft ein, schalten sie weniger Anzeigen in der Tageszeitung. Im schlimmsten Fall muss Kleins Verlag in der Konsequenz Stellen abbauen. Doch wer mit Denni Klein spricht, dem wird schnell klar, dass in dem gelernten Journalisten ein Kaufmann steckt, der gern agil arbeitet und ein Händchen für Win-win-Ideen hat. »Unserem Verlag«, sagt Klein, »geht es immer nur so gut wie den Unternehmen in der Region.« Sein Krisen-Portfolio beinhaltet deshalb noch weitere Bausteine: So stellt der Verlag seinen Onlineshop nun Händlern aus der Umgebung zur Verfügung, die selbst noch nicht im Netz sind und ihren Laden auf Anweisung der Regierung vorübergehend schließen mussten.

Mehr als 1000 Einzelhändler aus Dresden und Umgebung haben sich schon in den ersten Tagen registriert. Von jedem Produkt, das sie über den Onlineshop verkaufen, erhält Kleins Verlag zehn Prozent Umsatzprovision. Ein kleines Geschäft, aber immerhin überhaupt ein Geschäft in einer Zeit, in der viele andere fast gar keine Einnahmen haben. Zu den Einzelhändlern kommen noch einmal mehr als 30 Sponsoren, die die Kampagne mit einem mittleren fünfstelligen Betrag unterstützen. Den Versand der Produkte an die Kunden übernimmt jeder Händler selbst.

Und auch für die Zeit nach Corona gibt es in Denni Kleins Krisen-Portfolio eine Idee: Weil viele Unternehmer zunächst vermutlich kaum Geld für Werbung ausgeben werden, will er eine Online-Auktion starten. Händler aus der Region können dafür ein Produkt zur Verfügung stellen, das sie

Um Unternehmer nach der Krise zu unterstützen, hat sich Denni Klein eine Online-Auktions-Software programmieren lassen.



sowieso auf Lager haben. »Wir versteigern dann alle Produkte in einer großen Auktion im Netz, und jeder Händler bekommt für die Summe, die er im Laden dafür verlangen würde, Anzeigen bei uns in der Zeitung«, erklärt Klein. Die Einnahmen aus der Auktion gehen wiederum an seinen Verlag. Für die Online-Auktion hat Klein eine eigene Software entwickeln lassen, die er auch an andere Verlage verkauft.

Für das alte Anzeigengeschäft nutzt Denni Klein in der Corona-Krise einen neuen Erlösweg. Und wer weiß: Vielleicht ist der für die sich wandelnde Medienbranche auch über die Krise hinaus interessant. ●

Digitale Werkzeuge

Leitfäden zum Thema Digitalisierung bieten unter anderen die IHK Bodensee-Oberschwaben: → bit.ly/3dwsiwC oder die IHK Nord Westfalen: → nordwestfalen.ihk-industrie40.de

Tipps und Tutorials für die Entwicklung von Geschäftsmodellen gibt es auf: → gruenderplattform.de

Welche neuen Arbeitsmethoden bringen Unternehmen weiter? Darüber informiert »Haufe«: → bit.ly/2WmpNHi

Die Google Zukunftswerkstatt versammelt kostenlose Online-kurse zu den Themen agiles Arbeiten: → goo.gl/zw-agile-methoden oder Innovation: → goo.gl/zw-innovation

Weiterhin vermittelt die Google Zukunftswerkstatt, wie Unternehmerinnen und Unternehmer online ein erfolgreiches Geschäft aufbauen oder eine digitale Geschäftsstrategie planen: → goo.gl/zw-online-geschäft

Die Plattform »Mittelstand Digital« des Bundeswirtschaftsministeriums widmet sich ausführlich der Digitalisierung vorhandener Geschäftsmodelle: → bit.ly/2Z3ooXV

» Lebenslanges Lernen ist elementar «

TEXT: CHRISTOPH HENN
FOTOS: FELIX BRÜGGEMANN



Die Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop ist überzeugt, dass die Digitalisierung bei der Bewältigung der Corona-Krise hilft – wenn sie den einzelnen Menschen nicht außer Acht lässt

Frau Pop, wie hat sich Ihr Alltag durch Corona verändert?

Privat geht es mir wie vielen anderen: Die Beschränkungen des persönlichen und öffentlichen Lebens belasten. Ich Sorge mich um die Gesundheit nahestehender Menschen. Und natürlich hat sich der Arbeitsalltag radikal verändert.

Inwiefern?

Eine derartige Fokussierung auf ein Thema habe ich in der Politik noch nicht erlebt. Außerdem hat das Tempo enorm zugenommen, mit dem Politik und Verwaltung Entscheidungen treffen und umsetzen. Zugleich sind viele Präsenztermine aus meinem Kalender verschwunden, viele Besprechungen haben sich ins Digitale verlagert.

Welche Veränderungen beobachten Sie bei den Unternehmen?

Für die Wirtschaft hat sich die Welt komplett verändert. Berlin hatte vergangenes Jahr drei Prozent Wirtschaftswachstum, und wir diskutierten über Fachkräftemangel und Flächenknappheit. Nun kämpfen die Unternehmen hier wie im Rest von Deutschland und Europa mit existenziellen Problemen, wobei ich die Auswirkungen unterscheide: Es gibt Unternehmen, die nach Lockerungen wieder normal weiterarbeiten können. Für andere wirkt Corona wie ein Kataly-

sator. Probleme, die es schon vor dem Auftreten des Virus gab, haben sich drastisch verstärkt.

Welche Rolle spielen dabei digitale Lösungen?

Wer vor der Krise digital gut ausgestattet war, hat nun einen Vorsprung. Ich meine etwa Unternehmen mit Homeoffice-Kapazitäten, die stark auf digitale Arbeitsweisen gesetzt und auch ihre internen Abläufe digitalisiert haben. Sie sind im Vorteil gegenüber jenen, die mühsam lernen müssen, dass Teilnehmer von Besprechungen nicht mehr mit dem Billigflieger kommen können. Sie können die Krise hoffentlich nutzen, um ihre Arbeitsweise umzustellen. Aber längst nicht alle Unternehmen haben die Zeit und die finanziellen Mittel dafür. Zudem gibt es Branchen, die immer auch analog bleiben werden. Umso sensationeller finde ich, was zum Beispiel die Gastronomie an kreativen Lösungen auf die Beine gestellt hat. Doch nicht jedes Geschäftsmodell ist dafür geeignet – der Tagungsraum im Hotel bleibt leer, wenn das Meeting virtuell stattfindet.

Inmitten des Lockdowns startete die lang geplante Digitalagentur Berlin – ein glücklicher Zufall?

Es gab schon vor der Krise eine wachsende Lücke zwischen dem digitalen Mittelstand, also

der Start-up-Wirtschaft, und dem klassischen Mittelstand. Letzterer hat, auch weil die Auftragsbücher oft voll waren, die Digitalisierung etwas vor sich hergeschoben. So entstand die Idee zu dieser Digitalagentur: Sie soll die Lücke schließen und die digitale mit der klassischen Wirtschaft zusammenbringen. Wir sind froh, dass wir jetzt dieses Angebot machen können. Das Thema Digitalisierung darf nicht von der Agenda verschwinden, wenn die Krise vorüber ist – schon damit Unternehmen und Gesellschaft für künftige Krisen besser gerüstet sind. Und damit meine ich nicht nur Videokonferenzen und Homeoffice. Digitalisierung heißt, Prozesse zu verändern, nicht, das Gleiche wie vorher digital zu machen.

Wie genau soll dabei die Digitalagentur helfen?

Sie berät Berliner Unternehmen in Digitalisierungsfragen wie beispielsweise IT-Sicherheit und stellt Kontakte und Kooperationen zwischen dem klassischen und dem neuen digitalen Mittelstand her.

Glauben Sie, dass Corona die Digitalisierung insgesamt beschleunigt?

Durchaus, aber mit Einschränkungen: Zum einen lassen sich manche Geschäftsmodelle

nicht digitalisieren. Zum anderen fehlt in Deutschland mitunter die nötige Infrastruktur, etwa bei der Breitbandabdeckung. Jetzt zeigt sich erneut, dass der fehlende Breitbandausbau durch die Bundesregierung nicht nur ein Standort-, sondern auch ein Krisenfaktor ist.

Was bedeutet eine beschleunigte Digitalisierung für Wirtschaft und Gesellschaft?

Die Digitalisierung bietet viele Chancen, weil innovative Geschäftsmodelle entstehen, und damit Unternehmen und Arbeitsplätze. Auch hinsichtlich der Klimakrise kann sie helfen: Smarte Stromnetze beispielsweise verteilen erneuerbare Energien bedarfsgerecht und effizienter. Auf der anderen Seite besteht bei zu hohem Tempo die Gefahr, dass wir gerade im politischen Prozess Abwägungen nicht sorgfältig genug treffen, und dass Menschen nicht mitkommen, wenn es mit der Digitalisierung zu schnell geht.

Wie lässt sich mit diesem Dilemma umgehen?

Dafür muss die Politik Lösungen finden. Ein Teil davon ist, was wir im Kleinen mit der Digitalagentur vorhaben: kommunizieren und verschiedene Welten zusammenbringen. Wir müssen verhindern, dass gesellschaftliche Schichten auseinanderfallen, dass sich digitale Armut bildet. Neben dem Arbeitsplatz gehört der öffentliche Nahverkehr zu den wenigen Orten, an denen unterschiedliche Sphären sich vermischen. Wenn das wegfällt, weil mehr

Menschen im Homeoffice arbeiten, kann das den Rückzug in die eigene Blase verstärken.

Teilen Sie die Befürchtung mancher Kritiker, dass der Trend zum Homeoffice Frauen benachteiligt?

Dass Frauen sich vermehrt um Sorgearbeit und den Haushalt kümmern, ist kein Problem der Digitalisierung oder des Homeoffice, sondern liegt an den immer noch vorherrschenden traditionellen Vorstellungen der Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen. Digitalisierung ist geschlechtsneutral, ja gibt sogar die Chance, Arbeiten neu zu verteilen. Tatsächlich hat sich im Zuge der Corona-Krise gezeigt, dass offenbar mehr Haushalts-, Erziehungs- und Pflegearbeit bei Frauen hängen bleibt, wenn beide Partner im Homeoffice arbeiten.

Sehen Sie auch Auswirkungen jenseits der Geschlechterrollen?

Auch soziale Spaltung kann dadurch verstärkt werden: Wer Regale einräumt, kann sich nicht in die geschützten eigenen vier Wände zurückziehen. Ich finde es richtig, wenn die Unternehmen sich so aufstellen, dass Homeoffice auch in

» Wer vor der Krise digital gut aufgestellt war, hat nun einen Vorsprung «



normalen Zeiten stärker genutzt werden kann. Doch sie sollten darauf achten, dass nicht nur der büroarbeitende Teil der Belegschaft profitiert, während die anderen wie bisher arbeiten müssen.

Manche sagen: Die Digitalisierung verändert Arbeit nicht nur, sie bedroht auch Arbeitsplätze.

Ich glaube nicht, dass neue Technologien in Summe Arbeitsplätze kosten. Es finden Strukturveränderungen statt, bei denen sich Arbeitsplätze in andere Bereiche verschieben. Mich treibt allerdings um, dass dadurch tendenziell hoch qualifizierte Jobs entstehen, vor allem im IT-Bereich, während Arbeitsplätze für weniger gut qualifizierte Menschen abnehmen. Deshalb ist lebenslanges Lernen elementar: Wir müssen die Menschen entsprechend der erhöhten Anforderungen aus- und weiterbilden, damit wir niemanden zurücklassen. Das ist Aufgabe der Politik, aber auch der Unternehmen, die ja ein Interesse an vielen gut qualifizierten Mitarbeitern haben.

Wie machen Sie als Wirtschaftspolitikerin Menschen Mut, die gerade mit Sorge in die Zukunft blicken?

Ich will die Dinge nicht schönreden. Uns alle sucht eine heftige, globale Krise heim. Eine Krise, die übrigens auch eine Ursache im Eingriff in sensible Ökosysteme hat und eine Vorwarnung für die Klimakrise ist. Aber gerade in Berlin haben wir in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach schwierige Zeiten erlebt und sie mit Kreativität, Offenheit und Innovationskraft bewältigt. Das werden wir auch diesmal schaffen. ●

Zur Person

Ramona Pop wurde 2001 als damals jüngstes Mitglied ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt. Seit 2016 ist die Grünen-Politikerin Bürgermeisterin und Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe in Berlin. In dieser Funktion trieb sie maßgeblich die Gründung der landeseigenen Digitalagentur voran, die kürzlich ihre Arbeit aufgenommen hat.



Ein Weltmarktführer bleibt daheim: Wie die Sensortechnikexperten von IFM ihre Arbeit aus dem Homeoffice organisieren

TEXT: TATJANA KRIEGER
FOTOS: CONSTANTIN MIRBACH

**Selbstbestimmt
und teamorientiert**



»Unsere Softwareentwickler kommen im Homeoffice gut zurecht«, sagt Steffen Fischer. Anders verhalte es sich bei den Ingenieuren: »Unsere Hardwareentwickler müssen einen Sensor anfassen, aufschrauben und dann hineinschauen. Diese Arbeit gehört an einen Arbeitsplatz und nicht an den Küchentisch.«

Um Steffen Fischer ist es ruhig geworden. Während 80 Prozent der Mitarbeiter der IFM Electronic GmbH ihre Arbeit im Homeoffice erledigen, hält der Geschäftsführer Personal in seinem Einzelbüro im Betrieb in Tettng am Bodensee die Stellung. »Wir Führungskräfte wollen unseren Produktions- und Logistikmitarbeitern zeigen: Wir befolgen alle die neuen Hygieneregeln. Ihr seid hier sicher«, sagt Fischer. Für alle anderen gilt: Zu Hause bleiben. Denn wie bei vielen Unternehmen wurde auch bei der IFM, dem Weltmarktführer für Sensortechnik für die Industrie 4.0 mit über 7300 Beschäftigten in 95 Ländern, im Zuge der Corona-Krise praktisch über Nacht die Arbeit an die heimischen Schreibtische verlagert. Für Kollegen, die ihren Dienst zuvor ausschließlich vor Ort verrichteten, schaffte das Familienunternehmen 200 neue Laptops an. Mitarbeiter an Wohnorten mit unzureichender IT-Infrastruktur wurden mit mobilen Access Points versorgt. »Die VPN-Zugänge halten«, sagt Steffen Fischer. »Obwohl sich plötzlich dreimal mehr Kollegen aufschalten.«

Was der Personalchef derzeit erlebt, sind Führungskräfte und Mitarbeiter, die sich teilweise erstmals mit dem Thema Homeoffice beschäftigen. »Die Krise wirkt als Katalysator für New Work und stärkt die Eigenverantwortung, etwa bei der Vertrauensarbeitszeit«, so Fischer. »Außerdem fördert sie die Veränderungsbereitschaft.« Studien bestätigen diese Einschätzung: Eine vom Bayerischen Forschungsinstitut für Digitale Transformation (bidt) mithilfe von »Google Surveys« initiierte deutschlandweite Befragung unter berufstätigen Internetnutzern ergab, dass die Arbeit im Homeoffice zuletzt zugenommen hat. Vor Beginn der Krise gingen nur 35 Prozent der knapp 1600 Umfrageteilnehmer ihrem Job zumindest ab und zu in den eigenen vier Wänden nach. Schon Ende März traf das auf 43 Prozent zu. Dass vorher nicht mehr Berufstätige daheim arbeiteten, lag nicht zuletzt an den Vorgesetzten: Gut 70 Prozent der Befragten gaben an, der eigene Arbeitgeber sei technisch für mobile Arbeit gerüstet, in knapp 40 Prozent der Fälle aber sperre sich der Chef.

Nun hatten viele Vorgesetzte im März nicht mehr die Wahl, ob sie Homeoffice nun erlauben sollten oder nicht. Sie waren zum Handeln gezwungen. Den IFM-Personalchef Steffen Fischer erreichen vor allem positive Stimmen. »Gerade wer einen langen Weg zur Arbeit hat, freut sich, dass er jetzt eine Stunde länger schlafen, mit den Kindern frühstücken kann – und trotzdem pünktlich am Schreibtisch sitzt.«

Jedoch stellt sich in diesem deutschlandweiten Ad-hoc-Feldversuch auch heraus, wem der heimische Arbeitsplatz wirklich nutzt und welche Berufsgruppen diese Form der Arbeit womöglich bremst. »Unsere Softwareentwickler kommen im Homeoffice gut zurecht«, sagt Steffen Fischer. »Sie werden deutlich seltener unterbrochen und sind effizienter als im Büro.« Je nach Familiensituation spiele stattdessen aber die Betreuung der Kinder eine größere Rolle. Anders verhalte es sich bei den Ingenieuren, die normalerweise nicht ausschließlich am Computer arbeiteten, nun aber auch tageweise daheim tätig sind: »Unsere Hardwareentwickler müssen einen Sensor anfasen, aufschrauben und dann hineinschauen. Diese Arbeit gehört an einen Arbeitsplatz und nicht an den Küchentisch.« Es zählt laut Fischer zu den großen Herausforderungen, dass Aufgaben, die vor der Umstellung arbeitsteilig im Team erledigt wurden, nun plötzlich räumlich getrennt zu bewältigen sind.

Unabhängig von der individuellen Produktivität müssen sich alle Mitarbeiter an die neuen Bedingungen gewöhnen. Die IFM und Steffen Fischer haben deshalb nicht nur einen Leitfaden für die Hygiene, sondern auch für das Arbeiten zu Hause erstellt. Die wichtigsten Tipps: »Strukturiere den Tag. Mache dir bewusst, dass du arbeitest. Lerne, mit Störungen umzugehen,



Weniger Personal vor Ort bedeutet bei IFM häufig auch ruhigeres Arbeiten: Vor allem die Software-Entwickler kommen mit der Heimarbeit bei IFM gut zurecht – sie werden seltener unterbrochen.

» Die Krise wirkt als Katalysator für New Work und stärkt die Eigenverantwortung, etwa bei der Vertrauensarbeitszeit «

Steffen Fischer, Geschäftsführer Personal IFM Electronic

» Strukturiere den Tag. Mache dir bewusst, dass du arbeitest. Lerne, mit Störungen umzugehen, die es im Büro nicht gibt «

Aus einem Leitfaden der IFM für die Mitarbeiter



die es im Büro nicht gibt.« Und natürlich entstehen neue Routinen im Umgang mit der veränderten Situation. Fischer erzählt von einem Kollegen, der sich im heimischen Arbeitszimmer eine Krawatte umbindet. »Wenn seine Kinder in den Raum kommen, sehen sie sofort: Papa ist beschäftigt.«

Viele Berufstätige in Deutschland machten sich in den vergangenen Monaten nicht nur mit einem veränderten Arbeitsumfeld, sondern auch mit modernen digitalen Werkzeugen vertraut. Sie folgten damit einem globalen Trend: Unter den zehn im April 2020 weltweit am häufigsten heruntergeladenen Apps (außer Spiele) im Google Play Store und im iOS-App-Store rangierten laut dem Analysedienst SensorTower drei Business-Anwendungen für Online-Videokonferenzen, darunter auch Google Meet. Die IFM arbeitet neuerdings vermehrt mit Kollaborations-Anwendungen. »Es gibt an der Stelle viel digitale Neugier«, berichtet Steffen Fischer. »Und auch Stolz ist spürbar, etwa wenn sich jemand zum ersten Mal ohne Anleitung in eine Online-Konferenz eingewählt hat und dort auf 30 Kollegen trifft.« Im Umgang mit den Tools setzt das Unternehmen auf die Eigeninitiative der Kollegen, auf zusätzliche Schulungen und die vorhandene Innovationskultur, aus der bislang bis zu 100 Patente im Jahr hervorgehen. »Wir fragen einander um Hilfe und antworten möglichst unkompliziert«, so Fischer.

Und wie blickt der Personalchef auf die Zeit nach dem Ausnahmezustand? »Viele Kollegen und Führungskräfte denken heute anders über Präsenzarbeit, andere bleiben bei ihrer eher konservativen Sicht«, sagt Steffen Fischer. »Aber ich finde es nicht schlimm, darüber in einen sachbezogenen Diskurs zu gehen.« Laut bidt-Befragung hoffen zwei Drittel der Befragten nach Ende der Krise auf eine großzügigere Homeoffice-Regelung als zuvor. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil kündigte sogar einen Gesetzentwurf an, der ein »Recht auf Homeoffice« ermöglichen soll.

Immerhin: Die Funktionstüchtigkeit der Arbeit von zu Hause wurde in der Krise vielen vor Augen geführt. Als neue Dogmen aber möchte Steffen Fischer New Work, Homeoffice und agiles Arbeiten nicht verstanden wissen. »Letztlich setzt sich durch, was erfolgreich macht. Maßnahmen dürfen auch wieder zurückgenommen werden, wenn sie nicht passen.« Und doch erwartet Steffen Fischer, dass es in der künftigen Arbeitswelt selbstbestimmter und teamorientierter zugehen wird, dass Zeit- und Arbeitsort-Souveränität eine größere Rolle spielen werden. Ob auch 2021, nach einem möglichen Ende der Corona-Zeit, noch 80 Prozent seiner Kollegen im Homeoffice sitzen werden? Steffen Fischer glaubt es nicht. »Wir arbeiten bei IFM gern zusammen, vor Ort. Dieses Zusammenarbeiten kann, bei allen Vorteilen des Homeoffice, sehr effizient sein.«

Digitale Werkzeuge

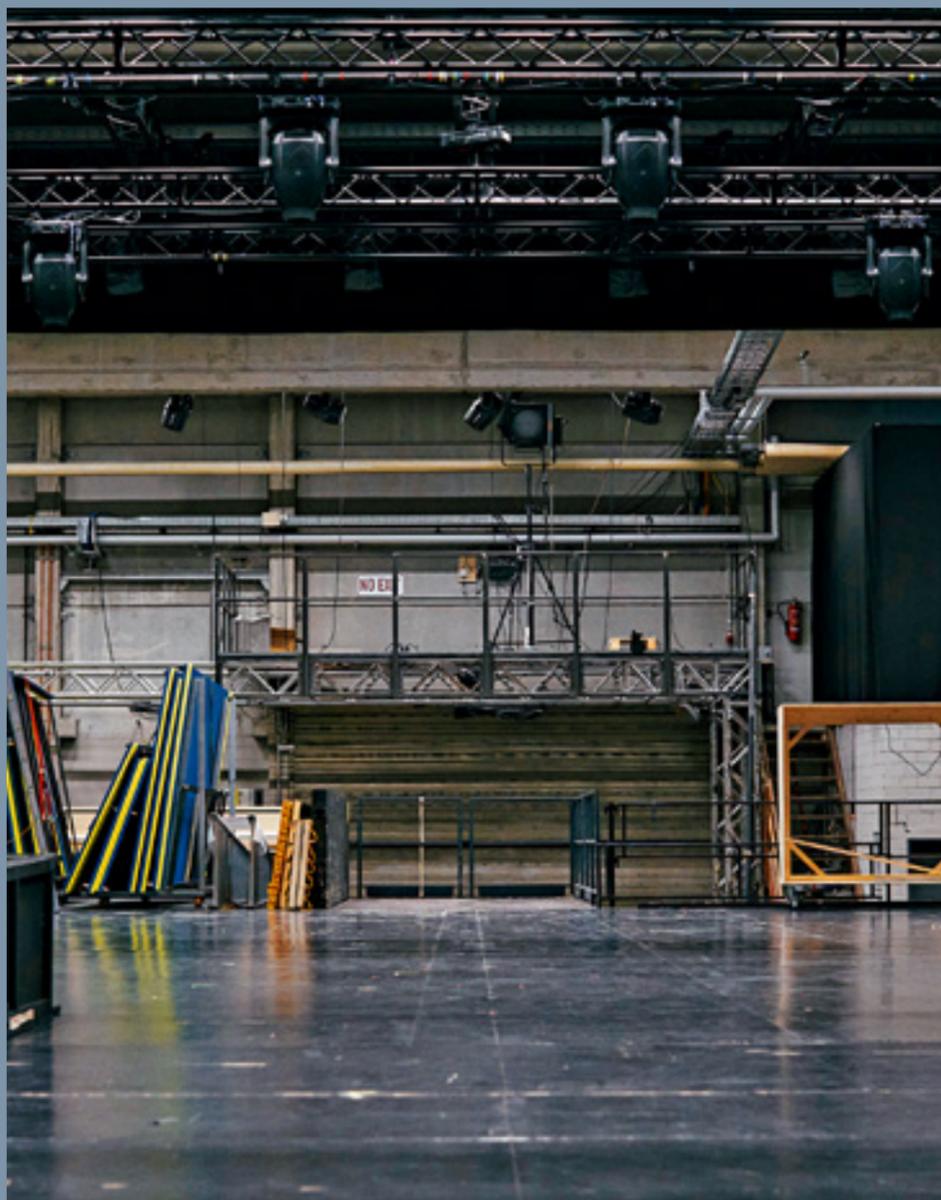
Neben Videochat-Angeboten wie Zoom, Skype oder Microsoft Teams gewinnt Google Meet an Popularität. Allein im April 2020 griffen jeden Tag drei Millionen neue Nutzer auf das Programm zu: → meet.google.com

Die Google Zukunftswerkstatt widmet sich in kostenlosen Live-Webinaren den Themen »Produktives Arbeiten im Homeoffice« und »Führung eines Teams aus dem Homeoffice«: → zukunftswerkstatt.de

Eine große Übersicht zum Thema »Arbeiten von zu Hause« haben die Trainerinnen und Trainer der Google Zukunftswerkstatt auf einer eigenen Webseite versammelt: → goo.gle/zw-remote



Völlig neue Perspektiven



TEXT: CATALINA SCHRÖDER
FOTOS: CONSTANTIN MIRBACH

In der Kulturszene entsteht in diesen Monaten eine neue Sparte: das Digitale. Im Augsburger Staatstheater erhoffen sich die Macher dadurch ein neues, internationales Publikum



»Durch die Brille erleben Sie die Inszenierung in 3-D«, sagt Intendant André Bückler. »Der Schauspieler spricht Sie ganz direkt an, er kommt auf Sie zu oder steht auch mal neben Ihnen.«

Wenn man es nicht besser wüsste, könnte man meinen: André Bückler hat die Krise kommen sehen. Bückler ist Intendant des Augsburger Staatstheaters. Als wegen der Corona-Pandemie sämtliche Vorstellungen von Ballett über Theater bis zu Konzerten in allen Kulturstätten der Republik abgesagt wurden, hatte André Bückler eine Idee: Er wollte die Kultur zu den Menschen nach Hause bringen. Aber nicht in Form einer »Konserven«, wie Bückler ins Netz gestellte Streams vergangener Aufführungen nennt, sondern als »eigene künstlerische und ästhetische Leistung«. Praktisch, dass im Keller seines Theaters seit Kurzem 500 Virtual-Reality-Brillen lagern.

Was Bückler, die Schauspieler, Musiker und Tänzer des Staatstheaters zusammen mit der Augsburger Filmproduktionsfirma »Heimspiel« dann binnen zwei Wochen auf den Weg brachten, ist deutschlandweit einmalig: Sie inszenierten Theater- und Ballettaufführungen, die ihre Augsburger Zuschauer nun auf dem heimischen Sofa über eine Virtual-Reality-Brille anschauen können. Nach Hause gebracht und auch wieder abgeholt werden die Brillen von den Mitarbeitern des Theaters. Ein Lieferservice ist seit Beginn der Krise schließlich auch dort selbstverständlich, wo er früher völlig absurd schien.

Die Kulturbranche dürfte zu den großen Verlierern der Corona-Pandemie gehören. Tausende Künstler hangeln sich auch in guten Zeiten von einem Auftrag zum nächsten, leben von kleinen Honoraren und haben kaum Rücklagen. Kleine Theater können mit ihren Einnahmen oft gerade ihre Kosten decken. Die Krise hat viele sofort in Existenznot gestürzt, denn die staatliche Unterstützung reicht längst nicht in jedem Fall aus. Und trotzdem bieten diese Zeiten auch Chancen. Wenn das gewohnte Umfeld aus Bühnen und Konzertsälen, Drehorten und Clubs plötzlich zur Sperrzone wird, entstehen neue Ideen. Ganz besonders im Netz, aber auch mit anderen digitalen Hilfsmitteln. So wie am Augsburger Staatstheater. Intendant André Bückler wollte im Frühjahr ohnehin ein Stück inszenieren, das Virtual Reality integriert: Mit *Orfeo ed Euridice* (*Orpheus und Eurydike* von Christoph Willibald Gluck) stand eine Oper im Spielplan, deren Protagonisten zeitweise in die Unterwelt abtauchen. »Eine perfekte Gelegenheit für den Einsatz von Virtual Reality (VR), weil die klassische Bühne hier an ihre Grenzen stößt«, sagt Bückler. Als er das Stück wegen der Pandemie absagen musste, kam ihm die Idee zur VR-Inszenierung samt Lieferservice.

Die erste Aufnahme, die das Augsburger Publikum zu sich nach Hause bestellen konnte, war *Judas*, ein Ein-Personen-Stück über den Mann, der laut Bibel Jesus verriet. Bückler ließ es von Regisseur Magz Barrawasser in der Goldschmiedekapelle der St.-Anna-Kirche in Augsburg inszenieren. Das Besondere: Der Zuschauer hat dank VR-Brille das Gefühl, alleine mit Judas in der Kapelle zu sein. »Durch die Brille erleben Sie die Inszenierung in 3-D. Der Schauspieler spricht Sie ganz direkt an, er kommt auf Sie zu oder steht auch mal neben Ihnen«, erklärt Bückler. »Das ist eine neue Form von Theater, und Sie tauchen fast noch direkter in die Handlung ein, als würden Sie im Theatersaal vor der Bühne sitzen.«

Ganz ähnlich funktioniert auch die zweite Inszenierung: ein Ballett mit 14 Tänzern. Weil sie sich nicht gemeinsam in einem Raum aufhalten durften, filmte Bückler jeden von ihnen einzeln aus insgesamt drei Perspektiven beim Tanzen. »Im Schnitt haben wir dann alles zusammen anderen Stellen haben wir einen Tänzer in zwei verschiedenen Perspektiven im Bild, und es sieht so aus, als würde derjenige mit sich selbst tanzen. Und manchmal haben wir die Inszenierung so geschnitten, dass mehrere Tänzer gleichzeitig zu sehen sind.« Auch hier scheint der Zuschauer mit dem Stück zu verschmelzen, weil es durch die VR-Technik so wirkt, als

würden die Tänzer auf ihn zu oder um ihn herumtanzen. Das Digitale ist hier kein Ersatz zum analogen Kulturerlebnis, sondern eine eigene Form.

Rund zehn Euro kostet das Ausleihen der Theater-VR-Brille inklusive Lieferservice. Das ist weniger als eine Theaterkarte, aber André Bückler wollte die finanzielle Hürde nicht zu hoch setzen und sehen, wie die Idee angenommen wird. Das Ergebnis? »Uns haben sogar Menschen aus anderen Städten angeschrieben und gefragt, ob wir die Brillen auch zu ihnen liefern können«, erzählt Bückler.

»Diese Kostenlos-Kultur sollte sich gar nicht erst etablieren«

André Bückler, Intendant des Augsburger Staatstheaters

Zu den wenigen Künstlern, die in diesen Wochen Umsätze generieren, gehört auch Miss Allie. Die Singer-Songwriterin aus Hamburg musste ihre Frühjahrestournee Mitte März abbrechen und viele Konzerte verschieben. Doch sie nutzte die gewonnene Zeit für ein neues Projekt: »Ich wollte mir schon immer ein Konzept für Live-Konzerte im Netz überlegen.« Einmal pro Woche singt sie nun im Internet, unterstützt von einem Team aus Technikern und Kameralenten. Für deren Gage sammelt sie Geld per Crowdfunding. Während der Konzerte können ihre Fans außerdem über einen Link im Stream Geld spenden. »Eine Art digitales Eintrittsticket«, sagt Miss Allie.

Ähnlich gehen zahlreiche Festivals mit den neuen Gegebenheiten um. Eines von ihnen ist »United We Stream«. Es wurde in Berlin erdacht, um den Clubs der Hauptstadt durch die Krise zu helfen. Mittlerweile findet es in zahlreichen Gegenden Deutschlands Nachahmer, so auch im Rhein-Neckar-Gebiet. Auch dort können die »Gäste« über einen Link Geld spenden. »Wir wünschen uns, dass sie genauso viel zahlen wie für einen normalen Clubbesuch«, sagt Matthias Rauch. Er leitet die kulturelle Stadtentwicklung in Mannheim und gehört zu den Festival-Organisatoren im Rhein-Neckar-Raum. Rauch begrüßt es, dass so viele neue Ideen aus dem Netz kommen. Er sieht aber auch Gefahren, wenn Künstler gratis streamen: »Diese Kostenlos-Kultur sollte sich gar nicht erst etablieren.«

Singer-Songwriterin Miss Allie und Intendant André Bückler wollen die Erfahrungen aus der Krise auch später nutzen. Miss Allie kann sich vorstellen, neben den analogen Konzerten zukünftig ein eigenes, regelmäßiges Online-Format zu etablieren. André Bückler will die Menschen weiterhin mit VR-Inszenierungen für zu Hause überraschen: Eines der nächsten Stücke wird er sowohl auf Deutsch, als auch auf Englisch inszenieren lassen. Es soll im Netz gegen Bezahlung bereitstehen, als Download auf die eigene VR-Brille. »Im besten Fall machen wir auf diese Weise ein internationales Publikum auf unser Haus in Augsburg aufmerksam«, hofft Bückler. ●

Digitale Werkzeuge

Mit »Google Arts & Culture« durch den Louvre in Paris oder das Munch-Museum in Oslo spazieren: → artsandculture.google.com
Auf → boilerroom.tv streamen DJs live aus ihren Wohnzimmern.
Das Kompetenzzentrum Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes versammelt hilfreiche Informationen für Künstler:
→ kreativ-bund.de/die-gute-idee

» Wir erleben einen Digitalisierungsschub «

Zwischen Selbstbewusstsein und Sorge: ver.di-Vorstand Frank Werneke über die Auswirkungen der Krise auf die Angestellten und neue Perspektiven durch onlinebasiertes Lernen

TEXT: FELIX ROHRBECK
FOTOS: ROBERT RIEGER

Herr Werneke, Sie sind erst seit vergangennem September Vorsitzender von ver.di. Den Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie sich vermutlich etwas anders vorgestellt, oder?

Na ja, der Beginn war eigentlich noch so, wie ich ihn mir vorgestellt hatte. Schlagartig geändert hat sich das ab der zweiten Märzwoche, als nach und nach die Shutdown-Maßnahmen beschlossen wurden. Am Freitag, dem 13. März, war ich im Kanzleramt. Die Bundeskanzlerin hatte die Spitzen von Wirtschaft und Gewerkschaften eingeladen. In das Treffen hinein prasselten neue Entwicklungen, die Ankündigung von Grenzschließungen und alarmierende Meldungen aus Italien. Es war der Beginn einer Entwicklung, die uns alle, mich eingeschlossen, unerwartet und damit auch weitgehend unvorbereitet getroffen hat.

Sie vertreten rund zwei Millionen Mitglieder, von denen viele unter den Folgen der Corona-Krise leiden. Gibt es Einzelschicksale, die Sie besonders betroffen gemacht haben?

Die Hälfte unserer Mitglieder arbeitet in systemrelevanten Berufen, etwa im Gesundheitswesen, in der Pflege oder im Lebensmittelhandel. Hier ging es für uns in den ersten Wochen der Krise vor allem darum, den Arbeitsschutz zu verbessern und möglichst auch für eine finanzielle Anerkennung zu sorgen. Für die 1,2 Millionen Beschäftigten in der Altenpflege konnten wir einen einmaligen Bonus von bis zu 1500 Euro pro Person durchsetzen. Es bleibt aber noch viel zu tun. Und immer wieder erreichen uns Fälle, die mich richtig wütend machen. Zum Beispiel, wenn einer Kollegin, die als Reinigungskraft bei der Tochtergesellschaft einer Klinik angestellt ist, auf dem Höhepunkt der Pandemie völlig unrealistische Vorgaben gemacht werden, wie schnell sie ein Zimmer zu reinigen hat. Schon in normalen

Zeiten ist das nicht möglich, wenn die Hygienevorschriften eingehalten werden sollen. In Zeiten der Pandemie können solche Vorgaben aber tödlich wirken.

Überwiegt bei den Beschäftigten in systemrelevanten Berufen der Stolz, Außergewöhnliches zu leisten? Oder der Frust, dass diese Leistung nicht immer ausreichend anerkannt wird?

Der Stolz und das Selbstbewusstsein ist bei vielen Menschen gewachsen. Aber ich nehme auch die Sorge wahr, dass sich an ihren Einsatz in einem halben Jahr niemand mehr erinnert. Erst recht nicht, wenn die nächsten Tarifverhandlungen beginnen. Ich teile übrigens diese Skepsis, so wohlthuend heute der Applaus ist. Verbesserte Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen werden wir uns auch in der Zukunft erkämpfen müssen.

Und wie ergeht es der anderen Hälfte Ihrer Mitglieder, die nicht in systemrelevanten Berufen arbeiten?

Viele waren und sind noch massiv von Kurzarbeit betroffen. Es geht hier um Menschen, die zum Beispiel im Einzelhandel arbeiten, an Flughäfen, in der Touristikbranche, der Kulturwirtschaft oder im Bildungsbereich. Wenn plötzlich bis zu 40 Prozent des Gehalts wegbrechen, ist das für alle hart. Für Menschen, die wenig verdienen und in ihren Berufen zum Teil auch auf Trinkgeld angewiesen waren, wird es aber schnell existenzbedrohend.

Wie hilft ver.di ihnen?

Gewerkschaften wurden schon lange nicht mehr so sehr gebraucht wie jetzt. Wir führen jeden Tag Tausende von Beratungsgesprächen durch. Bei unseren Mitgliedern gibt es einen hohen Bedarf an individueller Unterstützung, manchmal auch einfach an Zuspruch. Auf der anderen Seite geht

es darum, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Nehmen Sie das Kurzarbeitergeld. Unser erster Ansatz ist es gewesen, die 60 Prozent durch die Arbeitgeber auf 80 oder 90 Prozent aufstocken zu lassen. Das ist uns in vielen Fällen gelungen, aber eben nicht in allen. Deshalb haben wir uns im politischen Bereich dafür eingesetzt, Kurzarbeitergeld auch gesetzlich anzuheben. Mit Erfolg, auch wenn ich mir eine weitergehende Regelung für Menschen mit niedrigem Einkommen gewünscht hätte.

Eines der Themen, das Ihnen besonders am Herzen liegt, ist die Digitalisierung. Hat sich Ihr Blick auf die mit ihr verbundenen Chancen und Gefahren durch die Krise verändert?

Wir erleben durch die Krise einen Digitalisierungsschub. Das ist Segen und Fluch zugleich.



»Wir führen jeden Tag Tausende von Beratungsgesprächen«, sagt ver.di-Chef Frank Werneke.

» Gewerkschaften wurden schon lange nicht mehr so sehr gebraucht wie jetzt «

Digitale Werkzeuge

»Digital qualifizieren. Maximal weiterkommen.« Unter diesem Motto entwickelten die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die Industrie- und Handelskammern München und Oberbayern und Düsseldorf sowie die Google Zukunftswerkstatt die »Zukunftsoffensive: Basisbox«, ein Paket mit kostenfreien Grundlagentrainings wie zum Beispiel »Webentwicklung in 30 Minuten«, »Big Data und Algorithmen« oder »Herausforderungen im Management der digitalen Transformation«. Mehr Informationen zu dem Angebot auf: → basisbox.de

Natürlich helfen Videokonferenzen und vernetztes Arbeiten. Und vieles von dem, was wir uns jetzt an digitaler Kommunikation und an Vernetzung erschließen, wird auch nach der Krise bleiben. Andererseits darf man aber nicht vergessen, dass die Mehrzahl der Menschen keine 100-Quadratmeter-Wohnung hat, in der sie in Ruhe arbeiten kann. Die meisten Beschäftigten sind froh, wenn sie an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

Viele Menschen nutzen digitale Angebote, um sich fortzubilden. Kann das helfen, den Umbruch zu gestalten?

Digitalisierung kann helfen, Umbrüche zu gestalten – übrigens auch solche, die sie selbst ausgelöst hat. Zusammen mit Google und verschiedenen Industrie- und Handelskammern in Deutschland entwickeln wir deshalb im Rahmen der »Zukunftsoffensive« entsprechende Lernmodule, die den Transformationsprozess in ausgewählten Branchen begleiten. In der Versicherungswirtschaft etwa führen digitalisierte Prozesse dazu, dass der klassische Sachbearbeiter nicht mehr in gleichem Umfang benötigt wird. Dafür entstehen neue Arbeitsplätze im Bereich der IT-Systeme. Onlinebasierte Weiterbildung kann helfen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Situation für neue Tätigkeiten zu qualifizieren. Das gilt vom Grundsatz her auch in der Krise. Digitale Angebote sind eine Chance, sich auf die Zeit nach Corona vorzubereiten.

Wie nutzt ver.di diese Chance?

Bei ver.di etwa können unsere Beschäftigten an Webinaren teilnehmen, viele Angebote sind unter diesen besonderen Bedingungen entstanden. Dabei geht es um Schulungen im Rahmen unserer Organisationsentwicklung, um Software-Skills, aber auch um politische Bildungsarbeit. Und diejenigen, die in unserer Mitgliederberatung tätig sind, qualifizieren wir gerade digital zu Themen wie Kurzarbeitergeld oder Insolvenz weiter. Das klappt ganz gut.

Wenn Sie sich etwas für die digitale Welt wünschen könnten, was wäre es?

Für große Gruppen finde ich die Videokonferenzen noch immer nicht optimal. Entweder sehe ich 30 oder 40 Minibildchen, auf denen ich die Teilnehmer kaum erkennen kann. Oder aber ich sehe nur den Sprecher und vielleicht vier, fünf weitere Teilnehmer, weiß aber nicht, wer sonst noch dabei ist. Das wäre schon schön, wenn jemand dieses Problem mit einer guten Idee lösen würde.

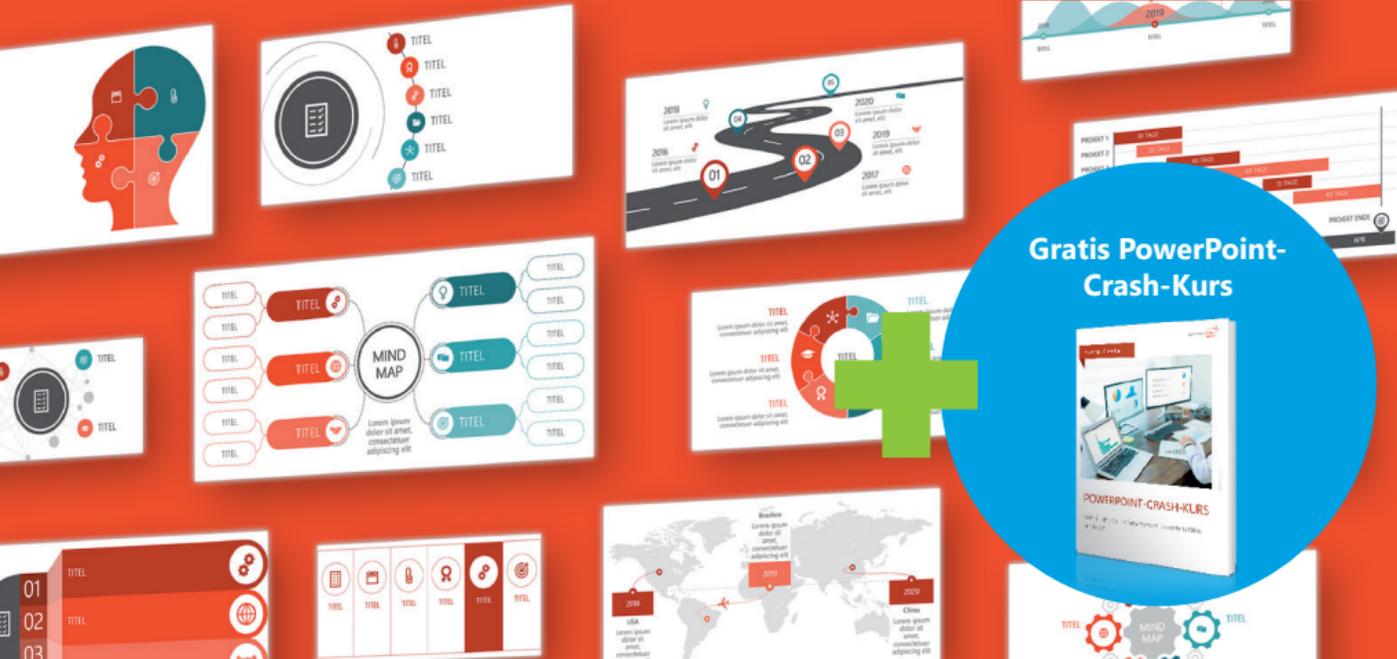


Google

**Bitte beachten Sie die
folgende Beilage vom
VNR Verlag für die
Deutsche Wirtschaft AG.**

Deine Geschenke für perfekte Präsentationen:

Gratis-Zugriff auf mehr als 2.000 PowerPoint-Vorlagen
+ Gratis PowerPoint-Crash-Kurs im PDF-Format



Jetzt deine GRATIS Geschenke sichern!

Einfach den QR-Code scannen und den gratis PowerPoint-Crash-Kurs im PDF-Format + 7 Tage-Testzugang zu Cleverslide sichern.

Mit dem Code **CLS0230** erhältst du Zugang zu über 2.000 professionellen PowerPoint-Vorlagen.



<https://www.lp.cleverslide.de/>

gratis-geschenke

Erhalte jetzt deine Gratis-Geschenke!



Praktischer Crash-Kurs für deinen
15-Minuten Schnelleinstieg in PowerPoint.
So wirst du schnell und einfach zum Experten.



7 Tage Gratis-Zugriff auf über 2.000
professionelle PowerPoint-Vorlagen.



Sowohl der Crash-Kurs als auch der
Testzugang zu Cleverslide sind für dich GRATIS!

Cleverslide ist ein Digitalprodukt der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Sitz: Bonn
Amtsgericht: Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop

CLS-Flyer/Geschenke-V2-32/20



Tel.: 0228 9550-150 · E-Mail: info@cleverslide.de

Deine GRATIS PowerPoint-Geschenke!

Jeder der deine Präsentationen sieht, wird davon begeistert sein!

Sichere dir den gratis PowerPoint-Crash-Kurs im praktischen
PDF-Format + 2.000 PowerPoint-Vorlagen, mit denen:



Du dein Publikum GARANTIERT überzeugst und begeisterst!



Du deine Präsentation auf Knopfdruck zusammenbauen kannst.



Du nur wenige Minuten für eine professionelle Präsentation benötigst.

Löse deinen Gutschein-Code ein!

Mit dem Code **CLS0230** bis zum 11.11.2020 anmelden und deine
GRATIS PowerPoint-Geschenke sichern!

Hol dir deine Geschenke: <https://www.lp.cleverslide.de/gratis-geschenke>



2.000
gratis
Vorlagen